

*Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse an der Lüneburger Straße*

mit Spenden der Bürger finanzierte Konzertorgel.<sup>171</sup> Die "Magdeburgische Zeitung" schwärmte: "Magdeburg besitzt einen 'Saal der Tausend', in dem sich Klang-Einzelheiten wie Klang-Massen frei und ungehindert entfalten.... Man kann die Akustik mit keinem anderen Wort als mit 'edel' bezeichnen, in dem Sinne, wie man von einer echten Stradivarius spricht".<sup>172</sup> In Fachkreisen wird der 4.000 Personen Platz bietende Hallenbau zu den bedeutendsten architektonischen Leistungen der Weimarer Zeit gezählt.



*Stadtbaurat Johannes Göderitz*

Das jahrhundertlang vom Dom und den Kirchen geprägte Panorama der Innenstadt erfuhr im Jahre 1930 eine interessante Bereicherung. Unweit des Hauptbahnhofes ließ der Faber-Verlag das erste Hochhaus (Architekt Schaeffer) Magdeburgs errichten.<sup>173</sup>

Die Bemühungen der Stadt um weiteres Bauland waren bereits vor der Jahrhundertwende auf die östlich der Strombrücke gelegene Zitadelle, die militärisch bedeutungslos geworden war, gerichtet. Verhandlungen mit der Preußischen Staatsregierung über den Erwerb der Zitadelle gestalteten sich schwierig. Obwohl noch alles in der Schwebelage blieb, begann die Stadt 1920 mit dem Abtragen der Befestigungsanlagen. Zeitweilig beschäftigte Arbeitslose legten die Bastionen König, Kronprinz und Markgraf nieder und führten Vorarbeiten für die Anlage einer Uferstraße an der Zollebe durch.<sup>174</sup> Als



*Fernmeldeamt an der Listemannstraße*



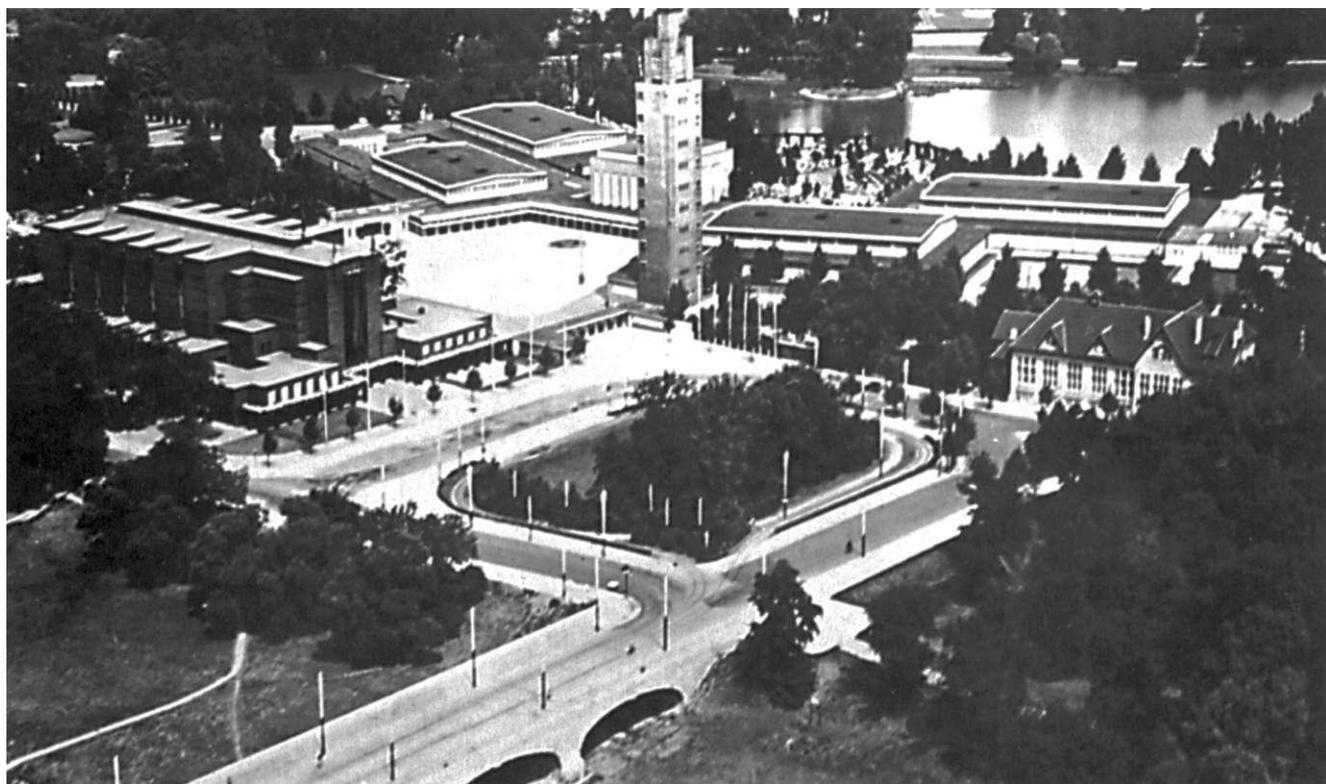
*Stadthalle, östliche Seitenansicht*



*Pferdetor, Eingang zum Ausstellungsgelände. Nach Plänen von P. Albinmüller geschaffen von Fritz Maenicke und Max Roßdeutscher*

endlich 1923 ein Vertrag paraphiert worden war, - Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ihm bereits zugestimmt hatten - verlangte plötzlich der Staat Preußen als Tauschobjekt ein weiteres Grundstück am Domplatz. Die Stadt lehnte im Januar 1924 das Ansinnen ab. Erst im März 1927 konnte ein Hohelied preußisch-deutscher Bürokratie endlich ausklin-

gen. Nach 35 Jahren Verhandlungen(!) erwarb der Magistrat der preußischen Provinzhauptstadt Magdeburg vom Staat Preußen die Zitadelle. Unverzüglich begannen die Abbrucharbeiten, um Baufreiheit für ein Rathaus, ein Volkshaus und Planetarium zu bekommen.<sup>175</sup> Die Weltwirtschaftskrise verhinderte letztlich die Ausführung der Projekte.



*Blick auf das Ausstellungsgelände*

## Einzug des technischen Fortschritts und drängende kommunale Fragen



*Sternbrückenzug*

Die durch den technischen Fortschritt geprägte Zeit verlangte von den städtischen Körperschaften auf vielen Gebieten schnelle Entscheidungen und tatkräftiges Handeln. Mit dem Kraftfahrzeug befand sich ein neues Verkehrsmittel auf dem Vormarsch. Trotz der im Vergleich mit anderen Kommunen großzügigen Linienführung und Breite der Hauptstraßen in der Innenstadt (Breiter Weg; Otto-von-Guericke-Straße) und in den Vororten beschworen das stetig zunehmende Verkehrsaufkommen und die begrenzten Parkmöglichkeiten immer größere Probleme herauf. Vor allem war es erforderlich, die Altstadt zu entlasten. Dabei war sich der Magistrat bewußt, daß hier den Verkehrsverbesserungen durch die gedrängte Bebauung und die augenblickliche Unmöglichkeit, größere Summen für den Kauf und Abriß von Gebäuden bereitstellen zu können, "sehr enge Grenzen gezogen" waren.<sup>176</sup> Deshalb mußte der Fernverkehr am Stadtzentrum vorbeigeführt werden. Der dringend benötigten Süd-Ost-Umgehung (von der Halberstädter Straße nach der Berliner Chaussee) stand jedoch die Eisenbahn im Wege. Um die beschränkten Bahnübergänge zu beseitigen, wurden die Gleise zwischen dem Hauptbahnhof und dem Bahnhof Buckau höher gelegt. Besondere Bedeutung bei der Umsetzung des Planes war einem Südbrückenzug zugedacht. Er sollte durch den Rotehornpark eine Verbindung zur Berliner Chaussee herstellen. Bereits vor der Jahrhundertwende hatten die städtischen Körperschaften aus den oben angeführten Gründen den Bau der Südbrücke erwogen. Nachdem ein Jahr vor Kriegsbeginn ein entsprechender Beschluß gefaßt worden war, begannen Anfang 1914 die Arbeiten, die jedoch wegen erheblicher Mängel in der Ausfüh-

rung (Absenken der Standpfeiler) unterbrochen werden mußten. Nach dem völligen Abbruch der maroden Bausubstanz wurde 1919 ein neuer Anlauf genommen. Am 14. Juni 1922 konnte die Südbrücke (Sternbrücke) eingeweiht werden. Das Projekt der Süd-Ost-Umgehung, das den Rotehornpark zerrissen hätte, wurde später nicht ausgeführt.<sup>177</sup> Im Jahre 1927 kam es aus verkehrspolitischen Erwägungen zur Umgestaltung des südlichen Nadelöhrs der Innenstadt - des Hasselbachplatzes. Der repräsentative Hasselbachbrunnen wurde abgebaut, um Platz für die Straßenbahn zu bekommen. Der Brunnen fand einen neuen Standort in den Anlagen des Kaiser-Otto-Ringes gegenüber der Deutsch-Reformierten Kirche.<sup>178</sup>

Mitte der zwanziger Jahre waren die finanziellen Voraussetzungen gegeben, um - oft im Zusammenhang mit dem Schienennetz der Straßenbahn - eine durchgreifende Erneuerung der Hauptverkehrs- und -ausfallstraßen in Angriff nehmen zu können. So begann die "Aufbringung geräuschlosen Pflasters auf die Straßen der inneren Altstadt" (Asphalt).<sup>179</sup> In einem Mehrjahresprogramm wurden die Halberstädter Straße, die Leipziger Straße, die Rogätzer Straße und die Königsborner Straße (Berliner Chaussee) verbreitert, befestigt und gepflastert. Besonderes Augenmerk galt dem Ausbau des Straßenzuges durch die Vororte Fermerleben, Salbke, Westerhüsen nach Frohse und Schönebeck.<sup>180</sup>

Ein weiteres Aufgabenfeld der städtischen Hoch- und Tiefbauverwaltung bildete die Einbindung und Integration der Stadtteile und Wohngebiete, die unter gänzlich anders gearteten Lebensbedingungen und viel einfacheren Kommunikationsbeziehungen ihrer damaligen Bewohner entstanden waren.



*Abbruch der Zitadelle*



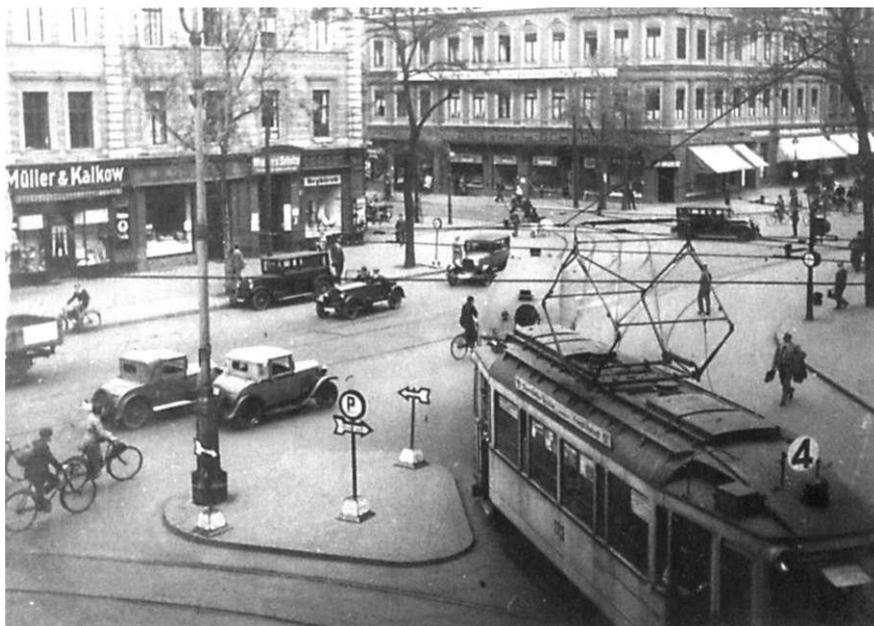
*Hasselbachplatz vor dem Kriege*

Das traf auch auf die peripheren Neubausiedlungen zu. Hier mußten Straßen angelegt bzw. ausgebaut und die Versorgung mit Wasser, Elektrizität und Gas gesichert werden.<sup>181</sup>

In den zwanziger Jahren setzte der Siegeszug der Kraftfahrzeuge ein. Von der "Automobilisierung" wurden neben Unternehmern und Privatpersonen die Behörden und Institutionen ergriffen. Im Mai 1919 hob der Landeshauptmann der Provinz Sachsen in Magdeburg die "Kraftverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt" aus der Taufe. Vordergründiges Ziel der neuen Vereinigung sollte es sein, mittels freierwerdender PKW und LKW des Heeres den Transportverkehr zu beleben.<sup>182</sup> Die Gelegenheit, jetzt aus Heeresbeständen preiswerte Kraftwagen kaufen zu können, ergriff zum Beispiel die Magdeburger Feuerwehr beim Schopfe. Bis zum Frühjahr 1920 konnte mit Ausnahme der Feuerwache Sudenburg die Motorisierung zum Abschluß gebracht werden. Die Ankäufe wurden auch durch die Tatsache beschleunigt, daß "mehrere Pferde für den Dienst bei der Feuerwehr unbrauchbar wurden, und neue Pferde sehr große einmalige Ausgaben erforderten".<sup>183</sup>

Da 1919 alle in der Stadt polizeilich zugelassenen Autos und Motorräder erneut angemeldet werden mußten, gibt es über den Fahrzeugbestand für das erste Nachkriegsjahr recht zuverlässige Zahlen. Danach waren 227 PKW,

225 LKW und 51 Motorräder in Magdeburg beheimatet. In den folgenden zwölf Jahren stieg die Anzahl der PKW auf das 13,5fache, die der Motorräder auf das 58,8fache, dagegen die der LKW nur auf das 3,8fache. Hatte es im Jahre 1919 in der Stadt 533 registrierte Fahrzeuge (einschließlich Feuerwehr, Straßenreinigung, Zugmaschinen) gegeben, so belief sich ihre Zahl 1927 auf 4.753 und 1931 auf 7.192 Autos und Motorräder.



*Straßenverkehr Otto-von-Guericke-Straße/Ecke Kölner Straße*

Angemeldete Kraftfahrzeuge in der Stadt Magdeburg 1919-1931<sup>184</sup>

Jahr	PKW	LKW	Motorräder	Zugmaschinen	Feuerwehr	Straßenreinigung	gesamt
1919	227	255	51				533
1920	255	96	80				431
1921	260	166	200				626
1922	266	151	340				757
1923	324	95	300				719
1924	694	92	610				1.396
1926	1.601	709	1.876	10			4.196
1927	1.947	788	1.968	21	21	8	4.753
1928	2.346	949	1.958	49	22	11	5.335
1929	2.773	988	2.550	66	24	13	6.414
1930	3.000	982	2.896	85	24	13	7.000
1931	3.076	980	3.000	91	24	16	7.192

Das Ende der Inflationszeit ließ - wie auch die voranstehenden Zahlen verdeutlichen - den Straßenverkehr sprunghaft zunehmen. Auf einer im Oktober 1925 vom Polizeipräsidenten Dr. Menzel veranstalteten Konferenz kamen die Fragen des innerstädtischen Verkehrs zur Sprache. Bürger beschwerten sich über die Erschütterungen ihrer Häuser - einige befürchteten sogar deren Einsturz - und setzten auf dem Breiten Weg für Autos und Motorräder eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 15 Stundenkilometer durch. In der Innenstadt wurden Schilder mit der Aufschrift "Schritt fahren" aufgestellt. Ab Sommer 1930 markierte man die Fußgängerüberwege der Fahrbahnen durch Leuchtsäulen.<sup>185</sup>

Um den ständig wachsenden Verkehrsfluß besser einschätzen zu können, wurden seit 1926 an den wichtigsten Knotenpunkten (Ecke Breiter Weg/Alter Markt; Ecke Otto-von-Guericke-Straße/Kölner Straße; Polizeipräsidium) Zählungen durchgeführt. So registrierte man am 20. Januar 1926 an der Ecke Breiter Weg/Alter Markt zwischen 13.30 Uhr und 14.30 Uhr 127 Kraftwagen, 177 Pferdefuhrwerke und Handwagen(!), 782 Radfahrer und 208 Straßenbahnwagen; am 31. März 1928 zwischen 13.15 Uhr und 14.15 Uhr wurden an der gleichen Stelle gezählt: 362 Kraftwagen, 64 Motorräder, 303 Pferdefuhrwerke und Handwagen, 1.369 Radfahrer und 232 Straßenbahnwagen. Das Polizeipräsidium

passierten am 26. Mai 1928 zwischen 08.00 Uhr und 20.00 Uhr einschließlich Fahrräder 3.000 Fahrzeuge.<sup>186</sup> Aufschluß über den Verkehr auf den Ausfallstraßen erbrachte eine Erhebung vom 25. Juli 1927. Im Zeitraum zwischen 08.00 Uhr und 20.00 Uhr wurde die folgende Zahl an Kraftfahrzeugen festgestellt: Berliner Chaussee 2.170; Halberstädter Straße 1.299, Leipziger Straße 752, Lübecker Straße 337, Olivenstedter Straße 425.<sup>187</sup>

Um den Verkehr nach einheitlichen Prinzipien zu regeln und um die Sicherheit der Bürger - 1926 676 Verkehrsunfälle; 1929 2.149 Verkehrsunfälle - zu erhöhen, erarbeitete die Stadt entsprechende Vorschriften. Am 15. Februar 1925 wurde eine Straßenpolizeiverordnung erlassen. Obwohl dieselbe sich bewährt hatte, mußte sie aufgrund neuer Gesetze zur einheitlichen Regelung des Straßenverkehrs in den deutschen Ländern und bei Berücksichtigung der eigenen kommunalen Erfahrungen überarbeitet



Magdeburg, Bahnhof.

Hauptbahnhof, Ausgang Kölner Platz



Verkehr auf dem Alten Markt

werden. Am 22. Dezember 1927 erließ der Polizeipräsident eine Verkehrsverordnung für Magdeburg.<sup>188</sup> In typischer deutscher Definitionssucht wird eingangs beschrieben, was unter "Fahrzeugen" zu verstehen sei. Dann erfolgt die Bestimmung des Charakters von Verkehrsstraßen 1. Ordnung, Einbahnstraßen, Hauptverkehrswegen und Parkplätzen. Eine Fülle interessanter Details enthalten die Abschnitte Fahrzeugverkehr, Radfahrverkehr, Reiten und Führen von Pferden sowie Fußgängerverkehr. So lesen wir: "Auf den Straßenübergängen im Zuge des Fußgängerverkehrs, auf den Bahnhofsvorplätzen, vor den Eingängen zu den Bahnhöfen, auf den Straßen überall dort, wo öffentlicher Anschlag es verbietet, ist das Stillhalten von Fahrzeugen einschl. Handwagen untersagt. An Straßenkreuzungen und Straßenmündungen darf nur 10 Meter von der Straßenbegrenzung oder Einmündung (gemessen von der Häuserecke) entfernt gehalten werden.... In der Alten und Neuen Ulrichstraße, ferner in der Schönebeckstraße dürfen Personenfahrzeuge, Last- und Handwagen von 15-19 Uhr nicht länger halten, als das Ein- und Aussteigen oder das Be- und Entladen es erfordern".<sup>189</sup> Der §16 verbot Radfahrern für eine Reihe von Straßen (u.a. Kölner Straße, Erzberger Straße, Walter-Rathenau-Straße) das gegenseitige Überholen. Den Fußgängern wurde untersagt, sich auf die Fahrbahn zu stellen und dort zu verweilen. Zuwiderhandlungen konnten "mit Geldstrafe bis zu 150 RM, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft" werden.<sup>190</sup> Um die Beteiligung von Kindern an Straßenunfällen zu senken, hieß es: "Eltern, Vormünder, Aufseher, Pfleger, Wärterinnen usw. sind strafbar, wenn sie es unterlassen, ihre oder die ihnen anvertrauten Kinder von mit Strafe bedrohten Handlungen abzuhalten, oder wenn sie die ihnen obliegende Aufsicht vernachlässigen".<sup>191</sup>

Als Straße 1. Ordnung fand lediglich der Breite Weg zwischen Kreuzgangstraße und Große Schulstraße Anerkennung. Die schmalen Gassen in der Altstadt brachten es mit sich, daß 40 Einbahnstraßen festgelegt werden mußten. 16 Straßen wurden für den Durchgangsverkehr gesperrt.<sup>192</sup> Anfang des Jahres 1925 hatten die städtischen Körperschaften den Bau der ersten drei Tankstellen genehmigt. In der Begründung hieß es, daß bislang der Treibstoff ohne jegliche Schutzbestimmungen in Kannen und Eisenfässern aufbewahrt worden sei und es daher häufig Explosionen gegeben hätte.<sup>193</sup> Aufgrund der sprunghaft zunehmenden Kraftfahrzeuge mußte die Stadt 1927 die Erlaubnis für die Einrichtung weiterer 18 Tankstellen erteilen.<sup>194</sup>

Das wichtigste und populärste öffentliche Verkehrsmittel, die Straßenbahn, konnte 1927 auf ein fünfzigjähriges Bestehen und eine wechselvolle Geschichte zurückblicken.<sup>195</sup> Im März 1877 hatte die preußische Regierung gegen den Willen der Stadt die Konzession für das Betreiben einer Pferdebahn auf der verkehrsreichsten Straße der Altstadt einem Privatunternehmen erteilt. Das war damals möglich gewesen, da das Verfügungsrecht über den Breiten Weg als frühere Staatsstraße der Provinzialverband Sachsen - und damit der Staat Preußen - besaß.<sup>196</sup> Gegen den Widerstand der städtischen Körperschaften wurden auf der Prachtstraße der Innenstadt Schienen verlegt. Da die ertragreichste Straßenbahnlinie ihr nicht zur Verfügung stand, war den Stadtvätern die Lust am Straßenbahnbau vergangen. So wurden weitere kleine Linien von einer zweiten Privatgesellschaft eingerichtet und betrieben. Als das letztere Unternehmen angesichts des bevorstehenden Übergangs zum elektrischen Betrieb die



*Straßenbahnen auf dem Breiten Weg.*

Investitionen scheute und die Straßenbahn veräußern wollte, fand sich Magdeburg nicht bereit, die wenig Gewinn abwerfenden Nebenlinien zu übernehmen. Erst als beide Straßenbahngesellschaften verschmolzen waren, meldete der Magistrat in einem Vertragsabschluß 1897 sein verstärktes Interesse am öffentlichen Verkehrsmittel an. In dem Dokument sicherte er sich das Recht, alle fünf Jahre zu prüfen, ob er die Straßenbahn nicht in eigene Regie zu bringen gedachte. Unter diesem Vorzeichen hatten weder die Gesellschaft noch die Stadt ein Interesse am Ausbau des Straßenbahnnetzes. Es begann die Phase der völligen Stagnation. Mit den Eingemeindungen gerieten jedoch die städtischen Körperschaften in Zugzwang. In den im Oktober 1909 abgeschlossenen Verträgen mit den drei Vororten im Südosten war der Magistrat die Verpflichtung eingegangen, innerhalb von drei Jahren den Anschluß an das Straßenbahnnetz herzustellen. Als entsprechende Verhandlungen mit der Straßenbahn-Gesellschaft ergebnislos blieben, gründete die Stadt unter Beteiligung der "Bergmann-Elektrizitäts-Unternehmungen AG Berlin" die "Magdeburger Vorortbahnen-Aktiengesell-

schaft" mit 2,5 Millionen Mark Kapital, von dem 56 Prozent der Stadt gehörten. Unverzüglich wurde mit den Planungen nach Fermerleben - Salbke - Westerhüsen und einem Anschluß an die Gemeinden Frohse, Schönebeck und Bad Salzelmen sowie in das Industriegelände und nach Cracau-Prester begonnen.<sup>197</sup> Durch diesen Winkelzug der Stadt in die Enge getrieben, drängte die "Magdeburger Straßenbahn-Gesellschaft" die Kommune zur Beteiligung bzw. zur Übernahme. Die letztere, nun am längeren Hebel sitzend, lehnte zwar ab, strebte jedoch seit 1915 die Aktienmehrheit an, um so entscheidenden Einfluß auf die Gesellschaft zu erhalten. Nach jahrelangen Rechtsstreitigkeiten über die Straßenbahntarife und Zahlungen in die Kämmereikasse kam am 19. Mai 1920 ein Vergleich zustande. Die Stadt wurde mit zwei Millionen Mark Aktienkapital Teilhaber und erhielt zugebilligt, zwei Vertreter in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu entsenden. Gezielt konnten weitere Aktien angekauft werden, so daß auf der Generalversammlung im Mai 1921 der Magistrat über die Mehrheit der Stimmen verfügte.<sup>198</sup> Auch bei der "Magdeburger Vorortbahnen-Aktiengesellschaft" gab es eine Veränderung. Anstelle der Firma Bergmann wurde die Provinz Sachsen Teilhaber. Obwohl beide Gesellschaften mehrheitlich der Stadt gehörten, blieben sie während der gesamten Weimarer Zeit getrennt bestehen.

Mit der Klärung der Kompetenzfragen und Besitzstände konnte - nachdem 15 Jahre kein Kilometer Schiene neu verlegt worden war - mit dem Ausbau sowie mit der Erweiterung des Streckennetzes begonnen werden. Bereits während des Krieges hatte sich die Vorortbahn-Gesellschaft bemüht, bei den Militärbehörden die geplante Straßenbahnlinie nach Schönebeck als "kriegswichtig" einstufen zu lassen. Der genehmigte Bau mußte 1917 eingestellt werden. Bereits gelieferte Schienen wurden als rüstungswichtige Rohstoffe beschlagnahmt. Eine Intervention der Großunternehmen in Buckau und im Südosten der Stadt erreichte jedoch die Baufreigabe für die Teilstrecke zwischen Buckau und Westerhüsen. Nach mehreren Unterbrechungen konnte dieselbe zweigleisig am 16. September 1921 in Betrieb genommen werden. Unverzüglich wurde eine Verbindung zum Gleisnetz der Innenstadt hergestellt.<sup>199</sup>



*Einweihung der Straßenbahnlinie nach Frohse (1926)*

Beide Gesellschaften wetteiferten nun beim weiteren Ausbau der Straßenbahn. Ab dem 1. Oktober 1921 rollte der Jungfern-Triebwagen in Richtung Industriegelände. Am 14. Juni 1922 wurde die Linie über die Südbrücke in den Rotehornpark eingeweiht.<sup>200</sup> Zwei Jahre später erhielten die "Halle Land und Stadt" sowie der Schlachthof einen Straßenbahnanschluß. Am 8. September 1926 nahm die "Außenstrecke" der Vorortbahn zwischen Westerhüsen und Schönebeck den Betrieb auf. Acht Tage später fuhr die Straßenbahn erstmals nach Diesdorf.<sup>201</sup> Im November 1928 kamen schließlich die Cracauer in den Genuß der "Elektrischen".<sup>202</sup>

Betriebsergebnisse der Magdeburger Straßenbahnen im Zeitraum von 1914 bis 1930<sup>203</sup>

Jahr	gefahrenre Kilometer	beförderte Personen
1914	9.326.719	28.578.021
1919	9.953.382	54.914.176
1920	8.696.932	38.223.116
1921	7.148.507	30.972.763
1922	7.029.175	26.570.512
1923	4.501.636	15.364.263
1924	7.243.691	30.143.289
1925	10.304.491	45.118.493
1926	10.660.127	47.292.426
1927	12.635.086	52.933.548
1928	13.932.138	57.643.189
1929	14.482.415	60.814.423
1930	13.510.215	52.108.048

Die voranstehenden Zahlen machen deutlich, wie eng die Wirtschaftlichkeit des populären Verkehrsmittels an die sozialen Probleme der Menschen gekoppelt war. Beeindruckend der "Absturz" in den schweren Nachkriegsjahren, der in erster Linie die Vorortbahn traf, da die Fahrgäste auf die billigere Eisenbahn umstiegen. Im Frühjahr 1923 wurde die Betriebsführung der Vorortbahn einschließlich Personal von der Straßeneisenbahn-Gesellschaft übernommen. Trotz der wiederkehrenden Wirtschaftsflauten mit einhergehender Arbeitslosigkeit fand die Straßenbahn - nicht zuletzt wegen des erweiterten Streckennetzes (1930 betrug die Bahnlänge 100,4 km) - immer größeren Zuspruch. Dazu trugen die Modernisierung des Wagenparkes - Ende 1928 verfügte man über 161 Triebwagen und 192 Beiwagen<sup>204</sup> - sowie die Umstellung der Oberleitung und der Triebwagen vom Rollen- auf Bügelbetrieb und der Einbau elektrischer Weichen bei. Um die Sicherheit der Fahrgäste zu erhöhen, wurden an verkehrsreichen Punkten Warteinseln - die ersten 1927 an der Einmündung des Breiten Weges und der Otto-von-Guericke-Stra-

ße in den Hasselbachplatz - angelegt.<sup>205</sup> Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen warfen die bisherige Aufwärtsentwicklung der Straßenbahn zurück. 1930 mußte der Fahrpreis von 15 auf 20 Pfennige erhöht werden. Um zu sparen, wurde ab Mai der Verkehr in den Morgen- und Abendstunden stark eingeschränkt. Entlassungen bei den 1.264 Angestellten und Arbeitern waren unvermeidlich.

Zu den Segnungen des technischen Fortschritts zählte die Elektrizität. Im Jahre 1896 war die Aktiengesellschaft "Magdeburger Elektrizitätswerke" gegründet worden. Nach der Anfang des Jahrhunderts erfolgten Übernahmen des Unternehmens durch die Stadt wurde der Betrieb zu einem für die damalige Zeit modernen Dampfturbinen-Kraftwerk umgerüstet, das jedoch bei der schnell steigenden Zahl der Abnehmer - 1914 23.231 Abnehmer; 1918 50.148 Abnehmer<sup>206</sup> - nur dank der während des Krieges verfügbaren Einschränkungen des Stromverbrauches den Bedarf befriedigen konnte. Zwischen 1914 und 1918 mußte die Elektrizität vorrangig für die Rüstungsindustrie, die Reichsbahn und die Saccharinfabrik im Südosten der Stadt bereitgestellt werden.<sup>207</sup>

Seit Kriegsende reichte die eigene Stromerzeugung nicht mehr aus. Am 1. Januar 1919 kam der erste Lieferungsvertrag mit dem Harbker Kohlewerken zustande. Die begrenzte Leistungsfähigkeit des neuen Partners zwangen die städtischen Körperschaften bereits ein Jahr später, sich nach anderen Kraftwerken umzusehen. So wurde eine Vereinbarung mit dem Provinzunternehmen "Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt AG" (ESAG) geschlossen.<sup>208</sup> Außerdem konnte seit März 1922 im Bedarfsfall Strom aus dem Reichskraftwerk Golpa bei Bitterfeld bezogen werden.<sup>209</sup> Ein 1924 neu abgeschlossener Vertrag mit der ESAG räumte Magdeburg die Möglichkeit ein, täglich 10000 KWh Elektrizität in Anspruch nehmen zu können, ein Nachtragsvertrag erhöhte 1925 die maximale Fremdstromleistung auf täglich 15000 KWh.<sup>210</sup> Gleichzeitig entschieden die städtischen Körperschaften, das heimische Kraftwerk schrittweise zu modernisieren, um so über eine tägliche Eigenleistung von 16000 KWh - und damit entsprechenden Einnahmen von den Abnehmern - zu verfügen. Der seit Mitte der zwanziger Jahre hochschnellende Energieverbrauch verlangte jedoch nach anderen Lösungen. Immer mehr Häuserzeilen wurden an das Stromnetz angeschlossen. Die Glühbirne verdrängte in den Wohnungen, Geschäften und auf den Straßen die Gasbeleuchtung. In der Innenstadt - zuerst auf dem Breiten Weg, in der Kölner Straße und in der Jakobstraße - begann man, die Preßgasbeleuchtung durch das elektrische Licht zu ersetzen. Auch wechselten immer mehr Industrieunternehmen von der eigenen Krafterzeugung zum kommunalen Strombezug. Der vom Städtischen Elektrizitätswerk seit 1923 betriebene Ausbau der Anlagen sowie neue Transformatoren und stärkere Kabel halfen nur wenig. Daher verfolgten seit 1927/28 die Stadtväter das Ziel, ein neues leistungsfähiges Kraftwerk errichten zu lassen. Schon bald überschritt sich diese Absicht mit weiterführenden Überlegungen, die darauf hinausliefen, zusammen mit anderen Interessenten ein Großkraftwerk im Industriegelände zu bauen. Auf das Anfang der dreißiger Jahre verwirklichte Projekt wird an anderer Stelle näher eingegangen.<sup>211</sup>

Energie- und Wasserverbrauch  
in der Stadt Magdeburg 1918 - 1931<sup>212</sup>

Jahr	Elektrizität KWh	Gas m <sup>3</sup>	Wasser m <sup>3</sup>
1918	24.126.559	19.957.640	13.853.283
1919	24.863.388	20.238.630	13.052.589
1920	25.931.835	20.804.840	11.456.297
1921	28.011.274	18.426.560	12.204.945
1922	28.943.300	17.676.350	11.845.867
1923	23.515.454	14.852.890	10.136.659
1924	29.987.190	16.249.140	10.801.913
1925	36.232.990	17.763.500	12.020.377
1926	39.657.804	18.825.940	11.503.050
1927	54.588.232	20.024.570	12.174.758
1928	67.248.661	20.625.425	12.573.853
1929	75.795.313	21.476.930	13.922.076
1930	72.173.766	21.477.090	13.126.174
1931	68.273.711	22.081.335	12.100.907

Der ältere, für die Institutionen, Unternehmen und Bürger wichtige Energiespender war das Gas. Die gute Entwicklung des 1853 an der Rogätzer Straße entstandenen Gaswerkes, das unter Beteiligung der Stadt als Aktiengesellschaft betrieben wurde, hatte den Magistrat 1871 bewogen, den Betrieb in eigene Regie zu nehmen. In den folgenden Jahrzehnten eine Haupteinnahmequelle der Kommune und einen "städtischen Vorzeigebetrieb"<sup>213</sup> bildend, war die Anlage zur Zeit des ersten Weltkrieges veraltet. Sie konnte ihre Kunden nur recht und schlecht zufriedenstellen. Fehlende billige Importkohle in den Kriegsjahren, zu hohe Rohstoffpreise sowie Streiks in den Kohlegruben führten zu laufenden Einschränkungen und Unterbrechungen der Versorgung. Durch die sich häufenden "Gassperrstunden" wanderte ein Teil der Verbraucher zur attraktiveren Elektrizität ab.<sup>214</sup> Ab Mitte der zwanziger Jahre begann das Gaswerk eine großangelegte Werbekampagne, um Kunden zu gewinnen. In den Neubaugebieten verstand man es mit Erfolg, die Genossenschaften und Mieter vom "Gas im Haushalt" zu überzeugen. Vorträge, Werbeschriften und Aufklärungskurse - unter anderem zu "Praktische Ausnutzung des Gasbackofens"; "Sparsames Kochen", "Bad und Haushalt" - ließen den Verbraucherkreis wieder anwachsen. Ende 1932 wurden von 88.300 Wohnungen 65,2 Prozent mit Gas versorgt.<sup>215</sup>

Eine feste Größe blieb das Gas bei der Straßenbeleuchtung. Aus Sparsamkeits-

gründen während des Krieges stark eingeschränkt, konnten die den Bürgern vertrauten Gaslaternen nur Schritt für Schritt wieder in Betrieb genommen werden. Im Jahre 1925 brannten in der Elbestadt 3.861 Laternen. Das waren jedoch immer noch erst 52 Prozent der Lichtquellen der Vorkriegszeit.<sup>216</sup> Sieben Jahre später erhellten die abendlichen Straßen 5.796 Gaslaternen und 686 elektrische Lampen.<sup>217</sup> Inzwischen waren auch die sogenannten Laternenwärter - die abends das Licht anzündeten - durch die selbsttätige Druckwellenentzündung überflüssig geworden.<sup>218</sup>

Obwohl der Gasverbrauch sich in dem hier behandelten Zeitraum nicht wesentlich erhöhte, war eine Modernisierung der Anlage unumgänglich. 1925 wurde ein neues Apparatehaus in Betrieb genommen. Um die Jahreswende 1928/29 gab es bezüglich der zukünftigen Gasversorgung einen "Schritt von weitgehendster Bedeutung".<sup>219</sup> Zwischen der Stadt Magdeburg und der "Deutschen Continental-Gasgesellschaft Dessau" wurde der Bau einer Großgaserei im Industriegelände vereinbart. Am 22. August 1929 erfolgte der erste Spatenstich, ein Jahr später ging das Werk bereits in Betrieb. Magdeburg war ein mitteldeutsches Ferngaszentrum geworden. Im August 1930 faßte der Magistrat den Beschluß, das bisherige Städtische Gaswerk mit einer Jahresproduktion von 11 Millionen Kubikmeter weiter betreiben zu wollen. Der Mehrbedarf wurde durch eine Verbindungsleitung von der Großgaserei in das kommunale Gasrohrnetz - 1930 hatte dasselbe eine Länge von 327 km - eingespeist.<sup>220</sup>

Die Eingemeindungen und der Bau neuer Wohnkomplexe stellten der kommunalen Abwasser- und Fäkalienentsorgung neue Aufgaben. Bis in das letzte Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts hatte man sich auf diesem Gebiet aller Sorgen entledigt, indem die Abwässer ungeklärt in die Elbe geleitet wurden. Obwohl das aufgrund der günstigen Höhenlage der linkselbischen Seite der Stadt gegenüber dem Fluß keine Schwierigkeiten bereitete, war wegen der fortlaufenden Typhus- und Choleraerkrankungen 1855 entschieden worden, in der Innenstadt die offenen Rinnen durch ein unterirdisches Abflusssystem zu ersetzen. Das zu geringe Gefälle in den Plattenkanälen ließ jedoch die Anlage zu einer "Faulgrube" mit entspre-



Gaswerk, Rogätzer Straße (Ofenhaus A)

chenden hygienischen Folgen werden.<sup>221</sup> Zudem flossen weiterhin alle mit Unrat angereicherten Abwässer in den Fluß. Als der Magistrat sich über die von der Kaliindustrie verursachten Verunreinigungen der Elbe bei den übergeordneten Behörden beschwerte, ließen dieselben wissen, daß Magdeburg zunächst selbst etwas zur Reinhaltung des Wassers tun solle, und zwar die Abwässer vor Eintritt in die Elbe - am besten durch Rieselung - zu klären. Die Stadt fühlte sich durch ein derartiges Schreiben der Preußischen Staatsregierung im Vergleich mit der Kaliindustrie ungerecht behandelt,<sup>222</sup> gab aber 1886 ein Kanalisationsprojekt für die bebauten und zukünftig zu erschließenden bzw. anzugliedernden Gebiete in Auftrag. Das im August 1891 von den kommunalen Körperschaften verabschiedete Dokument sah vor, die Regen- und Abwässer aus der Innenstadt, Buckau, Sudenburg, Wilhelmstadt über ein Sammelsystem in einen Hauptabfangkanal am Fürstenwall und Fischerufer zu leiten. Von dort sollten sie in den oberhalb des Neustädter Hafens gelegenen Sandfang fließen. Die Alte und Neue Neustadt wurden über einen gesonderten Hauptsammler entwässert.<sup>223</sup>

Vom Neustädter Hafenvorstand gelangten alle Abwässer - unter den Fluß hindurch geleitet - zu einer Pumpstation auf den Cracauer Anger, die dieselben durch ein 12,5 km langes gußeisernes Rohr von 1 m Durchmesser zur späteren Verrieselung in ein 550 ha großes Sandboden-Terrain bei Körbelitz beförderte. Zu diesem Zweck hatte die Stadt im Jahre 1888 in den Gemarkungen Körbelitz, Gerwisch und Lostau über 1000 ha Land erworben.<sup>224</sup> Um die Jahrhundertwende besaß Magdeburg ein insgesamt gut funktionierendes Entwässerungssystem.<sup>225</sup>

In den Eingemeindungsverträgen mit den "Elbdörfern" Cracau, Prester, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen sowie mit Rothensee, Lemsdorf und Diesdorf war die Stadt die Verpflichtung eingegangen, die betreffenden Orte zu kanalisieren. Während des Krieges mußte die Ausführung unterbrochen und später gänzlich eingestellt werden.<sup>226</sup> Nachdem 1921 die Hauptkanäle für die rechtselbischen Vororte (Friedrichstadt, Cracau, Prester) - die unter der Höhe des Elbspiegels lagen - angelegt worden waren und die Abwässer einschließlich der des Werders zur Pumpstation auf dem Cracauer Anger beförderten, begann das Tiefbauamt, die Kanalisation der linkselbischen Gebiete systematisch voranzutreiben. Die südöstlichen Vororte wurden über drei Hebestellen an das Kanalnetz der Innenstadt angeschlossen. Großer Handlungsbedarf bestand in Lemsdorf und Diesdorf, die bislang ihre Abwässer in die Bäche Klinke bzw. Schrote laufen ließen. Mitte des Jahrzehnts wurden die "Stadt bäche" Sülze, Klinke, Schrote, Faule Renne, Neustädter Sülze, Itschenpitte gründlich gesäubert und ausgebaut.<sup>227</sup>

Die Ausweitung des Kanalnetzes - dasselbe hatte 1931 eine Länge von 290 km<sup>228</sup> - stellte an die Abwasserentsorgung neue Anforderungen. Mußten vor dem Kriege und Anfang des Jahrzehnts jährlich ungefähr 13 Millionen Kubikmeter Abwässer entsorgt werden, so waren es seit 1926/27 18 bis 19 Millionen Kubikmeter. Die Pumpstation war trotz laufender technischer Verbesserungen den anfallenden Mengen nicht mehr gewachsen. Interventionen des Magistrats bei den übergeordneten Behörden hatten Erfolg. So hielt es die "Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene" 1923 in einem Gutachten "unter den in Magdeburg obwaltenden Verhältnissen für zulässig, die bestehende Reinigung auf Rieselfeldern aufzugeben und an deren Stelle eine nur mechanische Reinigung des Abwassers mittels Siebscheiben zu setzen".<sup>229</sup> Der

Magistrat griff diese "Empfehlung" dankbar auf. In einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung schlug er vor, die "Abwasserreinigungsanlage der Stadt Magdeburg auf die einfachste mögliche Grundlage zu stellen, nämlich mit einer Sieb- und Rechenanlage die festen Bestandteile zurückzuhalten und den Rest in die Elbe zu leiten, zumal viele Kilometer elbabwärts keine Gemeinde Wasser aus dem Fluß entnehmen würde."<sup>230</sup> Im Frühjahr 1925 stimmte das Stadtparlament dem Bau der mechanischen Abwasserreinigungsanlage zu. Der im selben Jahr errichtete Betrieb beförderte rund 80 Prozent der mittels Siebscheiben vorgeklärten Abwässer in die Elbe, den Rest auf die Rieselfelder bei Körbelitz und bei einem hohen Wasserstand auf die Elbwiesen beim Herrenkrug.<sup>231</sup> Führt die Elbe Hochwasser, so war man besonders "großzügig" und pumpte kurzentschlossen die ungeklärten Abwässer in den aufgewühlten Fluß. Während die Stadtväter einerseits gegen andere Kommunen und Unternehmen wegen verursachter Verunreinigung des Elbwassers prozessierten, vertraten sie andererseits die Meinung, daß die Abwässer und Fäkalien aus Magdeburg den Fluß nur unwesentlich höher belasten würden.<sup>232</sup>

Mit der zunehmenden Industrialisierung des mitteldeutschen Raumes und der damit verbundenen Einleitung der Abwässer der Unternehmen in die Flüsse stellte sich für Magdeburg im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts die Frage der zukünftigen Versorgung mit Trinkwasser. So hatte der um 1880 einsetzende Aufschwung der Kaliindustrie im Staßfurter und Bernburger Gebiet die Wasserqualität - vor allem bei niedrigen Pegelständen - spürbar verschlechtert. Einsprüche des Magistrats fanden bei den Behörden und Unternehmensleitungen wenig Gehör. Im Jahre 1888 riet eine Denkschrift der Kaliindustrie, die Schöpfstelle des städtischen Wasserwerkes auf das rechte Elbufer zu verlegen. Zwei Jahre später verneinte ein Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, daß das Elbwasser wegen des Salzgehaltes zum Trinken ungeeignet sei. Das Preußische Staatsministerium wies 1894 das Ansinnen der Stadt, durch den Bau eines "Effluvien-Kanales" die Abwässer der Kaliindustrie erst unterhalb Magdeburgs in den Fluß zu leiten, als undurchführbar und zu kostspielig zurück. Dem Magistrat wurde empfohlen, zu überlegen, wie das Problem des Trinkwassers auf andere Weise gelöst werden könne.<sup>233</sup>

In dieser Hinsicht waren die städtischen Körperschaften bereits aktiv geworden. Als 1892 die Sole aus überfluteten Salzschächten bei Eisleben in die Saale gepumpt wurde und so in die Elbe gelangte, - in Magdeburg die Trinkwasserversorgung zeitweilig zusammenbrach - befanden sich die Stadtväter im Zugzwang. Bereits Anfang des folgenden Jahres gab der Magistrat Untersuchungen für eine zukünftige Grundwasserversorgung in Auftrag. Mehrere Projekte wurden ins Auge gefaßt (Elbniederung östlich von Magdeburg, Fläming, Elbaue südlich der Saalemündung, Fiener Bruch) und bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges entsprechende Studien erstellt. Ein 1914 abgefaßtes Gutachten der Geologischen Landesanstalt und der Landesanstalt für Wasserhygiene favorisierte die Letzlinger Heide, aus der nach Meinung der Fachleute ohne Schädigung der Natur und der Anlieger das von Magdeburg benötigte Grundwasser entnommen werden könnte.<sup>234</sup> Der erste Weltkrieg blockierte jedoch alle weiteren Initiativen. Die Stadt blieb einseitig vom Flußwasser abhängig. Die Trinkwasserversorgung wurde in den zwanziger Jahren immer problematischer. Vor allem in der heißen Jahreszeit, bei ausbleibenden Niederschlägen, niedrigem Wasserstand und geschlossener Eisdecke häuften sich die Klagen der Einwohnerschaft. In kritischen Zeiten griffen viele Magdeburger auf



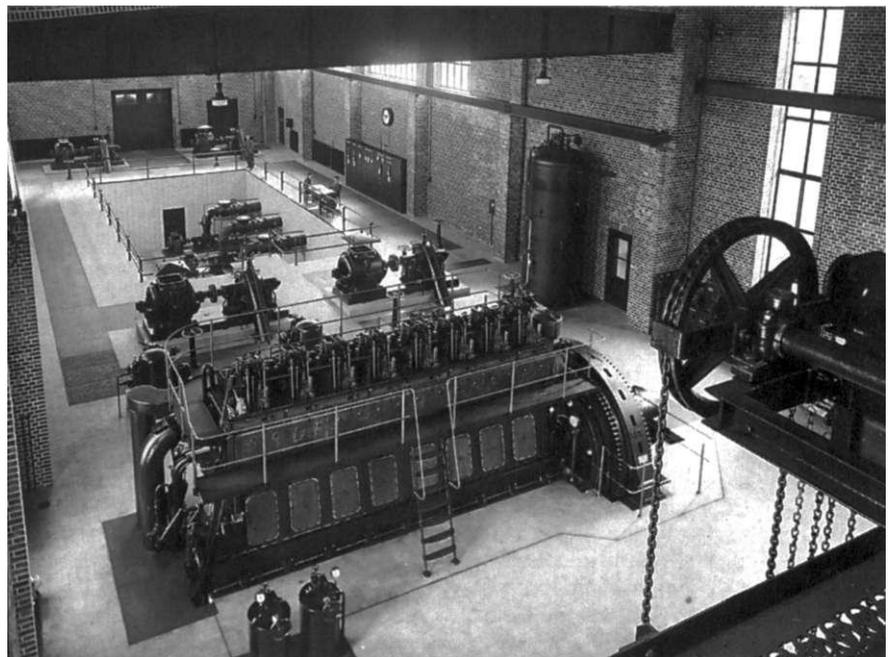
Einweihung des Wasserwerkes Colbitz durch Oberbürgermeister Reuter

die 177 öffentlichen Pumpbrunnen zurück, deren Wasser zwar besser schmeckte, dessen Genuß jedoch vom gesundheitlich-bakteriologischen Standpunkt bedenklich blieb.<sup>235</sup> Mehrere Verfahren zur Geschmacks- und Geruchsverbesserung des Elbwassers wurden ausprobiert. 1921 verdoppelte man - als infolge des niedrigen Wasserstandes das Planktonwachstum stark zunahm - die Filterreinigungen des Rohwassers. Im Winter 1923 hatte die Elbe eine feste Eisdecke. An 47 Tagen mußte eine "durchgreifende Chlorierung" des Trinkwassers vorgenommen werden. Auch im folgenden Jahr waren die Wasserwerke, da "die selbstreinigende Kraft der Elbe wiederum während der kälteren Jahreszeit" versagt hatte, gezwungen, stark zu chlorieren. Trotzdem, so stellte der Verwaltungsbericht des Magistrats fest, konnte "der stark faulige Geruch und Geschmack des Leitungswassers nicht ganz beseitigt werden."<sup>236</sup> Das kühle und regenreiche Jahr 1927 schien eine, Verschnauftpause zu bringen, aber Mitte November trat der Umschlag des üblichen "muffig-modrigen" Geruchs und Geschmackes "in der Richtung nach stark faulig bis rauchig-phenolig" ein, der über drei Monate anhielt.<sup>237</sup> Ende 1927 hatte das Elbwasser vor allem durch die Einleitungen der Kupferschiefergruben des Mansfeld-Eislebener Reviers die vom Reichsgesundheitsamt festgelegte Höchstversalzungsgrenze erreicht. Die chemischen Werke, Zuckerfabriken und die Maisstärkefabrik bei Barby ließen immer mehr Phenol in den Fluß gelangen. Interventionen des Magdeburger Magistrats - allein 1930 hatte die Stadt 68 Einsprüche gegen Abwasser-einleitungen oberhalb des Flusses angemeldet<sup>238</sup> - blieben erfolglos.

Nachdem Anfang 1927 das Wasserwerk ein eigenes Laboratorium eingerichtet

hatte und zu laufenden Wasseranalysen übergegangen war, versuchte man das Elbwasser chemisch aufzubereiten. Der erfolgreiche Beginn brachte jedoch keine durchgreifende Änderung, da es nicht möglich war, das gesamte Nutzwasser zu behandeln, zumal die Filter nun noch schneller verschlammten. Die sogenannte chemische Reinigung half recht und schlecht über die Trockenperioden - zeitweilig sank der Magdeburger Pegel der Elbe unter Null - von 1928 bis 1930 hinweg, konnte jedoch lediglich die Spanne zu einer grundsätzlichen Lösung überbrücken helfen. Magdeburg war endgültig an dem Punkt angelangt, wo chemische Reinigung, verbesserte Filteranlagen und Verlagerung der Wasserentnahme auf das rechte Elbufer bei Prester keine Abhilfe mehr bringen konnten. Zudem schätzten Fachgutachten ein, daß der Fluß nicht mehr fähig sei, sich biologisch selbst zu reinigen.<sup>239</sup>

Die akute Notlage zwang die Stadtväter zu schnellen Entscheidungen. Im Januar 1928 richteten sozialdemokratische Stadtverordnete eine Anfrage an den Magistrat und erinnerten den Oberbürgermeister an eine in der Stadthalle gehaltene Rede, in der er als wichtigste Aufgabe die Bereitstellung eines guten und gesunden Trinkwassers genannt hatte.<sup>240</sup> Das Rathaus intensivierte seine Bemühungen, um, wie es Oberbürgermeister Beims formulierte, in der Trinkwasserversorgung das "Los-von-der-Elbe" in die Tat umzusetzen.<sup>241</sup> Es wurden Gutachten erstellt, denen zufolge die Stadt zukünftig entweder mit Wasser aus dem geplanten Osthartzalsperrenbau oder aus dem Grundwasserreservoir der Letzlinger Heide - hier hatte man bereits 1913 Probebohrungen durchgeführt - versorgt werden sollte.<sup>242</sup> Mit Erlaß vom 17. Februar 1929 genehmigte



Wasserwerk Colbitz



Stadtmedizinalrat  
Dr. Paul Konitzer

die Preußische Staatsregierung den Bau einer Pumpstation und mehrerer Beobachtungsbrunnen - um den Grundwasserspiegel zu kontrollieren - in der Heide. Die Bohrungen verliefen erfolgreich. Auch die Absenkung des Grundwasserspiegels hielt sich in Grenzen. Aber noch war das Wasser der Rappbode im Gespräch. Bereits im Jahre 1920 hatte ein städtisches Projekt darauf orientiert, im Zusammenhang mit dem Bau des Mittellandkanals Magdeburg mit dem Wasser der Rappbode, die angestaut werden sollte, zu versorgen.

Nachdem der Magistrat Anfang 1930 eine vom Regierungspräsidenten verlangte verbindliche Erklärung, jährlich 15 Millionen Kubikmeter Wasser aus dem Harz abzunehmen, abgelehnt hatte, war die Entscheidung zugunsten der Letzlinger Heide endgültig gefallen.<sup>243</sup> Nach Eingang der entsprechenden Fachgutachten\*der zuständigen Behörden schlossen der Staat Preußen und die Stadt Magdeburg einen Vertrag betreffs der Errichtung von Wasserwerksanlagen, dem die Stadtverordnetenversammlung im März 1931 zustimmte.<sup>244</sup> Bis zum Sommer entstanden in Colbitz das Grundwasserwerk sowie zwei Leitungen nach Magdeburg. Am 12. August 1932 konnte Oberbürgermeister Ernst Reuter den lang ersehnten Neubau der Bestimmung übergeben. Von nun an wurden täglich um 25000 Kubikmeter Wasser zum Hochbehälter auf den Magdeburger Kroatenberg gepumpt. Von dort gelangten sie über ein Verbindungsrohr zum Wasserwerk in Buckau. Es war

- wie es in einem Magistratsbericht hieß - "ein jahrzehntelanger Wunsch der Magdeburger Bevölkerung in Erfüllung gegangen, ein besseres, hygienisch einwandfreies Trinkwasser zu erhalten."<sup>245</sup> Natürlich reichte das kostbare Naß vor allem in den Sommermonaten nicht aus, so daß die Magdeburger in dieser Zeit mit "Mischwasser" vorlieb nehmen mußten.

Das städtische Gesundheitswesen litt in der Vorkriegszeit unter einer großen behördlichen Zersplitterung. Ungeklärte bzw. sich überschneidende Kompetenzfragen hatten eine planvolle Entwicklung verhindert. Lediglich der Säuglings- und Tuberkulosefürsorge sowie der Schulgesundheitspflege war eine gewisse Aufmerksamkeit gewidmet worden.<sup>246</sup> Die gesundheitlichen Auswirkungen der Hunger- und Notzeit von 1914 bis 1918 und der schweren Folgejahre verlangten Veränderungen. 1921 begann der Magistrat, verschiedene städtische Behörden und Einrichtungen, die kommu-

nale Aufgaben im Gesundheitswesen wahrnahmen, zusammenzuführen.<sup>247</sup> Die Mitte 1925 eingerichtete Stelle eines leitenden Fürsorgearztes wurde 1926 mit dem Amtsantritt von Dr. Paul Konitzer zum Stadtmedizinalrat ausgebaut.<sup>248</sup> Konitzer übernahm die bis dahin vom Kreisarzt in nebenamtlicher Tätigkeit wahrgenommenen Stadtarztgeschäfte. Gleichzeitig führte er den langwierigen Entstehungsprozeß eines Gesundheitsamtes 1926 zum Abschluß. Die von ihm geleitete Behörde gliederte sich in vier Sachgebiete: allgemeine Gesundheitspflege (u.a. hygienische Volksbelehrung, Nahrungs- und Genußmittelhygiene, Wohnungshygiene, Körperpflege), Gesundheitsfürsorge für besonders Gefährdete (Eheberatung, Hebammenwesen, Säuglings- und Kleinkinderberatung, Behinderte), Krankenpflege (Krankentransport, Rettungswesen) und die Seuchenbekämpfung (Impfwesen, Desinfektionswesen, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose)<sup>249</sup> Das Krankenhauswesen, die Untersuchungsämter (Nahrungsmittel- und Medizinaluntersuchungsamt) und das Veterinärwesen blieben selbständig und unterstanden je einem Dezernenten.<sup>250</sup>

Aufgrund der unzumutbaren Behausungen mit den katastrophalen Sanitäranlagen und den schlimmen hygienischen Verhältnissen sowie der Unterernährung der Menschen aus den armen Volksschichten waren die Schwerpunkte des kommunalen Gesundheitswesens gesetzt: Säuglings- und Kleinkinderbetreuung, Schuljugend- und Tuberkulosefürsorge, Behandlung der Geschlechtskrankheiten.

Fehlende finanzielle Mittel und Mangel an Fachpersonal hatten die bereits vor 1914 vorhandenen guten Ansätze in der Säuglingsfürsorge weitgehend verkümmern lassen.<sup>251</sup> Anfang 1925 gab es im Stadtgebiet nur noch fünf Säuglingsberatungsstellen. Der an die Elbe geholte Dr. Albert Uffenheimer verstand es in Zusammenarbeit mit dem Stadtmedizinalrat, die Beratungsstellen innerhalb von drei Jahren auf 17 zu erhö-



Kinderuntersuchungen des Wohlfahrtsamtes (1929)

hen. 1926 wurden bereits 68 Prozent der Säuglinge durch die Fürsorge erfaßt. Wenn auch alljährlich noch ungefähr 400 Kleinkinder starben, so konnten jedoch erste Erfolge im Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit - wo Magdeburg unter den Großstädten einen traurigen "Spitzenplatz" einnahm - erreicht werden. Von 1920 bis 1932 sank sie bezogen auf je 100 Säuglinge von 16,4 Prozent auf 7,75 Prozent.<sup>252</sup>

Seit Anfang des Jahrhunderts existierte in Magdeburg die Schulgesundheitspflege, die von Ärzten nebenamtlich wahrgenommen wurde. Seit dem Jahre 1926 gab es in sechs Stadtbezirken (Bezirksgesundheitsstellen Nord, Nordwest, Mitte, West, Südwest, Süd) je einen hauptamtlich angestellten Schularzt. Da dieselben nicht alle Schüler betreuen konnten, bildete sich ein "gemischtes System" heraus. Das Schulgesundheitsamt beschäftigte nebenamtlich weitere zehn Schulärzte und vier Fachärzte.<sup>253</sup> Zu den wichtigsten Aufgaben der Schulgesundheitspflege gehörten neben den Sprechstunden Reihenuntersuchungen, Aufklärung und Belehrung der Lehrer, Schüler und Eltern, Inspektionen der hygienischen Verhältnisse in den Schulen. Dem Schulgesundheitsamt standen Erholungsheime in Georgenthal (Thüringen), Trassenheide (Ostsee) und Bad Salzeimen zur Verfügung.<sup>254</sup> Im Oktober 1926 wurde die Schulzahnklinik als Abteilung des Stadtgesundheitsamtes gegründet. Sie gliederte sich in zwei Stationen mit je zwei Zahnärzten und je zwei Helferinnen. Fortan mußte sich jeder Schüler zweimal im Jahr einer zahnärztlichen Kontrolle unterziehen.<sup>255</sup>

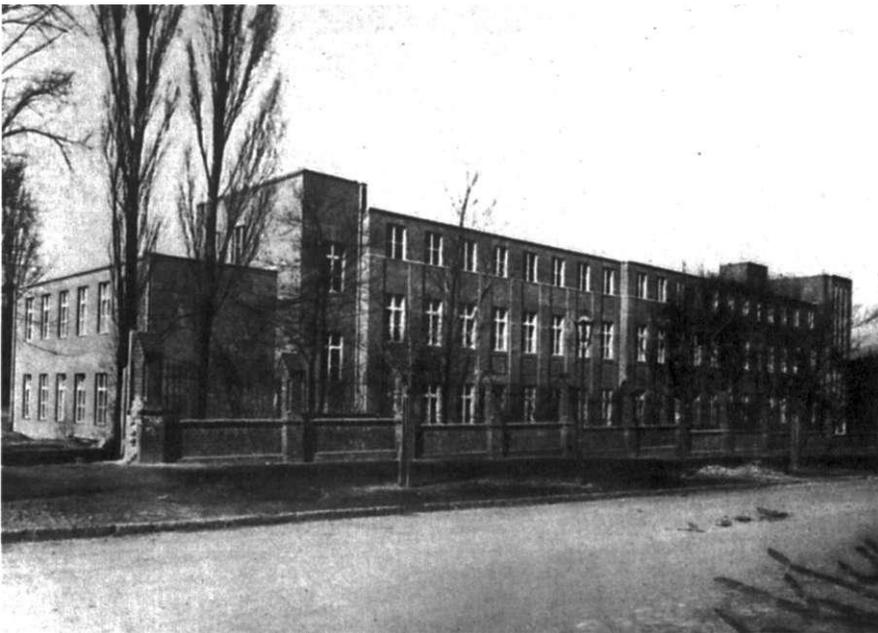
Seit 1908 widmete sich der "Vaterländische Frauenverein" der Betreuung Lungenkranker. Aus eigenen Mitteln wurden eine



*Chirurgischer Pavillon im Krankenhaus Sudenburg (Entwurf Stadtbaurat Gödelitz)*

Fürsorgestelle eingerichtet und nebenamtlich tätige Ärzte gewonnen. Als auf dem Höhepunkt der Inflation die Frauenvereinigung aus Geldmangel ihre bis dahin so segensreiche Arbeit aufgeben mußte, befand sich die Stadt in die Pflicht. 1923 übernahm die Kommune die Tuberkulosefürsorge. Zwei bis drei Ärzte und Fürsorgerinnen betreuten mehrere tausend Kranke und Gefährdete.<sup>256</sup>

Seit dem Kriege war die Zahl der Geschlechtskranken sprunghaft gestiegen. 1920 wurde die Errichtung einer Spezialklinik (Hautklinik) beschlossen, die jedoch wegen des fehlenden Geldes zunächst nur als Provisorium eingerichtet werden konnte.<sup>257</sup> Anfang Oktober 1927 wurden zwei Beratungsstellen für Geschlechtskranke geschaffen. Die unzureichend ausgestattete Hautklinik im Krankenhaus Altstadt machte einen Neubau dringend erforderlich. Erst 1931 konnte im Krankenhaus Sudenburg die städtische Hautklinik der Bestimmung übergeben werden.<sup>258</sup>



*Frauenklinik im Krankenhaus Sudenburg (Entwurf Stadtbaurat Gödelitz)*

Seit Mitte der zwanziger Jahre setzte das Stadtgesundheitsamt neue Maßstäbe in der Gesundheitsaufklärung und der hygienischen Volksbelehrung. Neben einer umfangreichen Vortragstätigkeit wurden Ausstellungen organisiert. Gemäß einer ministeriellen Anordnung fand im April 1926 eine "Reichsgesundheitswoche" statt. Die zahlreichen Veranstaltungen wurden von 35.000 Menschen besucht.<sup>259</sup> Ein Jahr später wurde die erste "Magdeburger Sexualpädagogische Woche" durchgeführt. Den Höhepunkt in den zwanziger Jahren bildeten die vom 11. März bis 12. April 1928 veranstalteten "Magdeburger Gesundheitswochen". Vom Präsidenten des Re-

gierungsbezirkes, Pohlmann, und Oberbürgermeister Beims in der Stadthalle eröffnet, fanden sie großen Zuspruch in der Bevölkerung. Filmvorführungen über Säuglingspflege und Säuglingsernährung, über Geschlechtshygiene wurden mit ebensolchen Interesse angenommen wie der gewerbehygienische Vortragszyklus über das mitteldeutsche Industriegebiet. Den größten Andrang registrierte die Hygiene-Ausstellung, an deren Ausstattung sich das einheimische Gesundheitswesen aktiv beteiligt hatte.<sup>260</sup>

Die städtischen Krankenhäuser (Altstadt, Sudenburg) hatten nach dem ersten Weltkrieg ebenfalls unter der Finanzmisse zu leiden. So hieß es in dem Verwaltungsbericht des Magistrats für den Zeitraum 1921 bis 1926, es sei wegen des knappen Geldes bisher nicht möglich gewesen, die Inneneinrichtungen beider Krankenhäuser "auf den Vorkriegsstand" zu bringen.<sup>261</sup> Die oberste Aufsichtsbehörde, die Krankenhausdeputation, war gezwungen, Prioritäten zu setzen. Diese konzentrierten sich seit Mitte des Jahrzehnts auf das Krankenhaus Sudenburg, während das Krankenhaus Altstadt wenig Förderung erfuhr. In einem Bericht sind die entscheidenden Aufgaben aufgelistet: "Das im Jahre 1924 auf-



*Die städtischen Krankenhäuser auf der Hygiene-Ausstellung Magdeburg 1928*

gestellte Ausbauprogramm der städtischen Krankenhäuser wurde einer Nachprüfung unterzogen, die ihren Niederschlag in einer an die städtischen Körperschaften gerichteten Denkschrift fand. Hiernach sind für die allernächste Zeit die Aufstockung der Frauenklinik, die Fortsetzung des Baues der Chirurgischen Klinik Sudenburg, die Erweiterung der Wirtschafts-



*Blick vom Dom auf den nordwestlichen Teil der Stadt*

anlagen Sudenburg und der Neubau der Hautklinik vorgesehen worden.<sup>262</sup>

Bereits 1924 wurde der Grundstein für die dringend benötigte Chirurgische Klinik gelegt, deren erster Trakt Ende 1927 bezogen werden konnte. Im selben Jahr begann der Ausbau der Frauenklinik. Sie wurde zu einer "der besten und modernsten Frauenkliniken" über die Grenzen der Provinz Sachsen hinaus.<sup>263</sup> Anfang 1929 beschlossen die städtischen Körperschaften, die Arbeiten am Chirurgischen Pavillon weiterzuführen, eine neue Hautklinik sowie mehrere selbständige Abteilungen - unter anderen eine Tuberkulose-Station - im Sudenburger Krankenhaus zu errichten. Im August 1931 konnte die Hautklinik der Bestimmung übergeben werden.<sup>264</sup> Die bisherige Hautklinik im Krankenhaus Altstadt wurde geschlossen.<sup>265</sup> Im Jahre 1932 legte der verdienstvolle Arzt und mehrjährige Direktor des Krankenhauses Sudenburg, Prof. Dr. Ricker, sein Amt nieder. Im Krankenhaus Altstadt übernahm Prof. Dr. Otten den ärztlichen Direktorenposten.

Für die Gesundheitspflege und die medizinische Betreuung hatten die in der Stadt niedergelassenen Ärzte und Apotheker große Bedeutung. In der Statistik für das Jahr 1929 stehen die folgenden Angaben:

Zahl der Ärzte, Dentisten, Hebammen und Apotheken in der Stadt Magdeburg im Jahre 1929<sup>266</sup>

Freipraktizierende Ärzte	367
davon allgemein praktizierende Ärzte	185
Fachärzte	101
Anstaltsärzte	81
im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst stehende Ärzte	39
Zahnärzte	86
Dentisten	108
Hebammen	68
Apotheken	31
Krankenhausapotheken	2

## Geistig-kulturelles Leben, Schul- und Bildungswesen

Die städtischen Körperschaften waren bemüht, den Einwohnern ein breitgefächertes Angebot zur Befriedigung der geistig-kulturellen Bedürfnisse zu unterbreiten und der jungen Generation eine gute schulische Bildung zu geben.<sup>267</sup> Im Kulturbetrieb der zwanziger Jahre nahm das Theater weiterhin eine dominierende Stellung ein. Die auf eine lange Tradition zurückblickenden Magdeburger Bühnen verfügten 1918 über fünf Spielstätten, die allesamt privat betrieben wurden. Mit insgesamt 5.949 Plätzen kam auf ungefähr 50 Einwohner ein möglicher Theaterbesucher. Im Stadttheater (1.425 Plätze) wurden Opern und Schauspiele, sehr selten Operetten gegeben. Das Zentraltheater (1.800 Plätze) war den Operet-

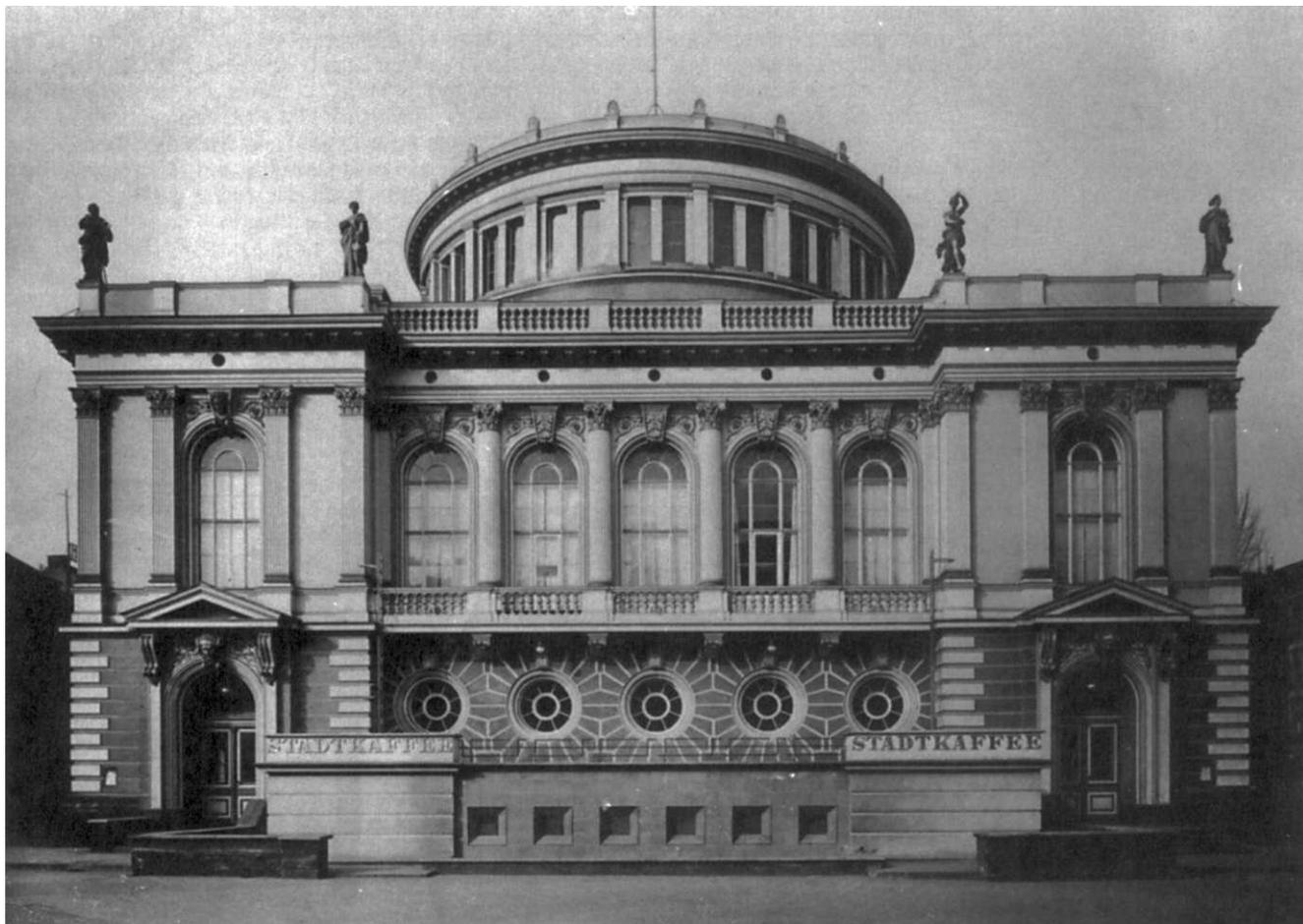
ten und Revuen vorbehalten, während im Wilhelmtheater (1.050 Plätze) ausschließlich Operetten, im Walhallatheater (750 Plätze) Revuen zur Aufführung gelangten. Das nicht heizbare Viktoriatheater (924 Plätze) überbrückte die spielfreien Sommermonate des Stadttheaters.<sup>268</sup>

Die schwierigen wirtschaftlich-sozialen und finanziellen Probleme der Nachkriegszeit hatten tiefgreifende Auswirkungen auf das gesamte geistig-kulturelle Leben und damit auch auf das Theater. Das seit 1919 von Sozialdemokraten und Demokraten geführte Rathaus ging, unterstützt von einer breiten Mehrheit im Stadtparlament, unverzüglich daran, die

Kultur- und Bildungspolitik in der Stadt entsprechend den eigenen Vorstellungen zu beeinflussen und zu gestalten. Mit Hilfe des Theater- und Orchesterausschusses (beide Ausschüsse waren 1920 zusammengeführt worden) - dem 7 Magistratsmitglieder, 13 Stadtverordnete und 4 Bürger angehörten - nahmen die städtischen Körperschaften entscheidenden Einfluß auf den Theaterbetrieb. Dabei war ihnen bewußt, daß das Niveau der Bühnen sowohl für das geistig-kulturelle Klima in der Kommune als auch für das Ansehen Magdeburgs im Reich wichtig war. Bei den leeren Kassen bereitete die finanzielle Unterstützung des der Stadt gehörenden, jedoch verpachteten Stadttheaters die größten Sorgen. Um dessen Spielbetrieb aufrechterhalten zu können, mußte der Magistrat es bereits vor 1918 subventionieren. Entsprechend eines Vorschlages des Theaterausschusses, dem das Stadtparlament im März 1919 zugestimmt hatte, wurde der im April 1920 auslaufende Pachtvertrag nicht



Aufführung im Viktoria-Theater



Stadttheater

verlängert. In dem nun wieder unter städtischer Regie betriebenen Theater bekam der bisherige Pächter Heinrich Vogeler für fünf Jahre eine Anstellung als Intendant.<sup>269</sup> Außerdem pachtete der Magistrat das Wilhelmtheater, das Vogeler mit zu leiten hatte. Fortan blieb das Stadttheater in erster Linie der Oper, das Wilhelmtheater dem Schauspiel vorbehalten. Trotz der prekären Finanzlage wurden an beiden Häusern bauliche und technische Veränderungen vorgenommen. Der Platz vor dem Stadttheater erhielt ein würdiges Aussehen.

Die vom Magistrat eingeleitete Neuregelung der Theaterverhältnisse betraf auch die Länge der Spielzeit. Sie wurde mit der Saison 1919/20 von acht auf zehn Monate, später sogar auf zwölf Monate ausgedehnt. Die Neuerung vermehrte einerseits die städtischen Einnahmen, kam andererseits auch den künstlerischen Mitarbeitern zugute, für die als Angestellte der Stadt die verlängerte Spielzeit größere wirtschaftliche Sicherheit bedeutete. Die Ausweitung des Spielbetriebes war auch für das geistig-kulturelle Ansehen der Elbestadt wichtig, denn Städte, deren Theaterspielzeit sich nur über acht Monate erstreckte, galten als "hoffnungslos provinziell".<sup>270</sup>

Alle Bemühungen der städtischen Körperschaften konnten bei der in der Inflationszeit um sich greifenden sozialen Not, bei der Verarmung des Mittelstandes und des Kleinbürgertums den rapiden Rückgang des Theaterbesuches nicht aufhalten. Eine feste Einnahmequelle, das Theateranrecht, schrumpfte von Jahr zu Jahr.

Besucherszahl des Magdeburger Stadttheaters in den Spielzeiten von 1918/19 bis 1929/30<sup>271</sup>

Jahr	Oper		Schauspiel	
	gesamt	davon Anrecht	gesamt	davon Anrecht
1918/19	78.183	69.293	49.392	46.569
1919/20	85.288	50.825	20.679	20.679
1920/21	95.078	39.729	17.006	14.875
1921/22	73.244	41.120	13.360	8.344
1922/23	107.325	31.050	12.496	8.468
1923/24	74.067	46.003	8.750	6.975
1924/25	49.285	33.427	8.083	6.330
1925/26	41.733	36.883	6.216	4.131
1926/27	33.590	29.867	7.946	4.225
1927/28	40.154	32.804	7.383	4.840
1928/29	43.722	40.996	5.406	4.863
1929/30	34.697	31.606	10.540	9.023



Generalintendant Egon Neudegg  
(Foto von Xanti Schawinsky 1930)

In die Bresche sprangen die Theatergemeinden. Sie unternahmen es, den Abwärtstrend zu stoppen und "die Reste der ehemaligen ständigen Theaterbesucher zu sammeln bzw. an Stelle des abgefluteten alten Publikums ein neues heranzubilden."<sup>272</sup> Dank ihrer engagierten Werbung war es möglich, Menschen zu gewinnen, die bis dahin dem Theater fern gestanden hatten.

Die bedeutendste Theatergemeinde war die Volksbühne. Sie stellte sich die Aufgabe, ihren Mitgliedern - vor allem Arbeiter und Angestellte - einen preiswerten Theaterbesuch zu ermöglichen.

Die "Magdeburger Volksbühne e.V." wurde 1922 gegründet. Sie schloß sich dem "Verband deutscher Volksbühnenvereine" an. In den ersten drei Jahren ihres Bestehens stieg in der Elbestadt die Zahl der Volksbühnenmitglieder von 3.000 auf 8.000. Bürgerlich-christliche Kreise fanden sich in der "Gesellschaft für Theater und Kunst" - seit 1925 unter dem Namen "Bühnenvolksbund" - zusammen.<sup>273</sup> Beide Theatergemeinden kauften geschlossene Vorstellungen und garantierten damit feste Einnahmen. Die Volksbühne nutzte vor allem das Wilhelmtheater, in dem seit 1922 ungefähr 90 Prozent aller Aufführungen den Theatergemeinden vorbehalten blieben.<sup>274</sup>

Die tatkräftige Förderung der städtischen Bühnen durch den Magistrat - allen voran Oberbürgermeister Beims, Theaterdezernent Dr. Fresdorf und Stadtbaurat Göderitz - trug auch bei der Gewinnung fähiger und dem Neuen aufgeschlossener Künstler und Theaterleute Früchte. Mit der Verpflichtung von Walter Beck als Erster Städtischer Kapellmeister im Juni 1924 wurde bei den Bühnen gleichzeitig die Stelle eines Generalmusikdirektors eingerichtet. Beck oblag von nun an in beiden Häusern die Programmgestaltung und Leitung der Sinfonie- und Solistenkonzerte sowie der Oper. Das Orchester bestand aus 59 Musikern. Die Stadt engagierte als Oberspielleiter des Schauspieles Dr. Adolf Winds und als Oberspielleiter der Oper Alois Schultheiß. Intendant blieb weiterhin Heinrich Vogeler.<sup>275</sup>

Die geographische Nähe zum Theatermittelpunkt im gesamten deutschsprachigen Raum, der Reichshauptstadt Berlin, stellte an den Behauptungswillen des Magdeburger Theaters ständig hohe Anforderungen. Wenn das künstlerische Niveau auch nicht mit dem der führenden deutschen Bühnen in Berlin, München und Dresden auf eine Stufe gestellt werden konnte, so nahmen Oper und

Schauspiel einen achtbaren Platz in der "zweiten Reihe" der deutschen Theater ein. Sowohl vom Umfang der zur Aufführung gebrachten Werke als auch von der künstlerischen Qualität wurde den Magdeburgern Theaterleuten Anerkennung zuteil. So standen in den ersten fünf Nachkriegsjahren 91 Musikstücke von 75 Komponisten auf dem Spielplan. In der Oper nahm Richard Wagner - mit 11 Werken und 170 Vorstellungen - eindeutig den ersten Platz ein. Hier setzte die Stadt ihre traditionellen Bemühungen um die Wagner-Pflege - der große Komponist war von 1833 bis 1835 Erster Kapellmeister am Magdeburger Theater gewesen - fort. Das Schauspielrepertoire umfaßte von 1919 bis 1924 213 Stücke von 112 Autoren. An der Spitze standen Ibsen, Hauptmann, Shakespeare, Schiller und Goethe. Auffallend war die Experimentierfreudigkeit der Magdeburger Bühnen. Trotz des finanziellen Risikos wurden Werke von bislang wenig gespielten bzw. unbekanntem Komponisten und Autoren zur Aufführung gebracht.<sup>276</sup>

Die Mitte der zwanziger Jahre einsetzende wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilisierung schlug sich nicht in einem steigenden Theaterzuspruch nieder. Das Gegenteil war der Fall. Neue Angebote der Freizeitgestaltung - vor allem Kino, Rundfunk und Massensportveranstaltungen - sowie die Möglichkeiten, nun die nach Jahren der Entbehrung angestauten Konsumbedürfnisse besser befriedigen zu können, ließen Theater und Kunst weiter in den Hintergrund treten. Die Mitgliederzahl der Theatergemeinden schrumpfte, in der Magdeburger Volksbühne halbierte sie sich zwischen 1925 und 1928. Die Theaterleitung konnte zudem das gestellte Ziel, 5.000 Anrechte an die Bürger zu verkaufen, nicht erreichen. Unter diesen düsteren Vorzeichen knüpfte man große Erwartungen an die "Deutsche Theaterausstellung 1927". Alle mit Theaterfragen Befassten erhofften für die heimischen Bühnen - denen von den städtischen Körperschaften zur Pflicht gemacht worden war, "ihren Spielplan dem großzügigen Rahmen der Ausstellung anzupassen"<sup>277</sup> - kräftige Impulse. Die Enttäuschung war um so größer, als dieselben ausblieben. Dazu kam, daß sich bereits 1928 eine erneute Talfahrt der Magdeburger Wirtschaft - in erster Linie der Maschinenbauindustrie - mit allen sozialen Konsequenzen abzuzeichnen begann. Die finanziellen



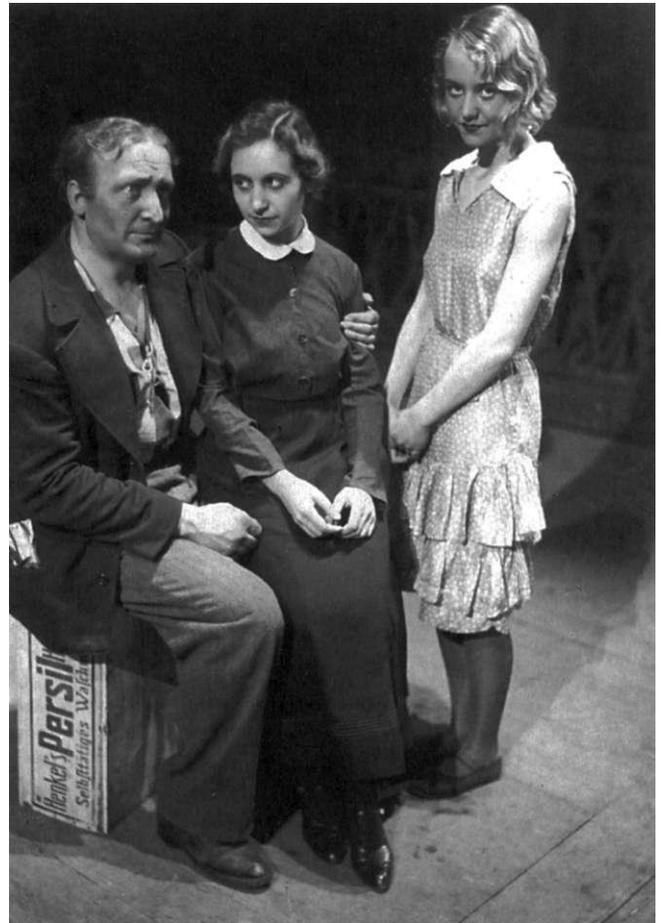
Theaterzuspruch bei "Kassenschlagern" (Foto von Xanti Schawinsky 1930)

Einnahmen der Stadt gingen schnell zurück, zumal die Ausrichtung der Theaterausstellung mit einem Defizit abgeschlossen werden mußte. Für das Rechnungsjahr 1928/29 konnte der Magistrat keinen ausbalancierten Haushaltsentwurf vorlegen. Die notwendigen Einsparungen trafen in erster Linie die Kultur und Kunst. Hatte sich Magdeburg während der Theaterausstellung im Sommer 1927 noch als ein "kulturelles Zentrum Europas" feiern lassen, so stellte im Januar 1929 die Rechtsfraktion, unterstützt von den völkischen Abgeordneten, im Stadtparlament den Antrag, aus wirtschaftlichen Gründen die städtischen Bühnen wieder zu verpachten oder am Ende der Spielzeit 1929/30 zu schließen. Die Mehrzahl der Stadtverordneten forderte den Magistrat auf, Vorbereitungen für die völlige bzw. teilweise Aufgabe der Theater zu treffen. In der Stadtverordnetenversammlung bezeichnete deren Vorsteher Baer das Theater als Schmerzenskind der Gemeinde.<sup>278</sup> Es war dem engagierten Eintreten des Oberbürgermeisters zu danken, daß der Theaterbetrieb trotz der sich weiter anhäufenden Schwierigkeiten nicht eingestellt wurde. Bemühungen, aus Ersparnisgründen mit dem Theater der anhaltischen Hauptstadt Dessau einen Verbund zu bilden, blieben ohne Ergebnis.

Im Sommer 1929 wurde das Theaterangebot für die Bürger durch ein anderes Ereignis spürbar eingeschränkt. Nach einem verheerenden Theaterbrand in der spanischen Hauptstadt, dem zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen waren, hielt das zwischen Wohnhäusern eingepferchte Wilhelmtheater der Brandschutzüberprüfung nicht stand. Für den dringend erforderlichen Umbau fehlten die Mittel. Die Schauspielbühne - vor allem durch die Theatergemeinden genutzt - mußte geschlossen werden.<sup>279</sup> Für Oper und Schauspiel stand fortan nur das Stadttheater zur Verfügung.

Im Jahre 1930 gab es an der Spitze der Theaterleitung eine wichtige personelle Veränderung. Der bisherige Intendant Vogeler ging in Pension. Sein Nachfolger wurde der erfahrene Theatermann und Opernregisseur Egon Neudegg, der sich gemeinsam mit dem Generalmusikdirektor Beck um einen Aufschwung des Theaterlebens in schwerer Zeit bemühte.<sup>280</sup> Der am 1. Juli sein Amt antretende Neudegg - ab 1931 durfte er den Titel Generalintendant führen - war vom ersten Tage an mit den angehäuften Schwierigkeiten des Theaters konfrontiert. In einem Magistratsbericht hieß es: "Durch die erschwerte Wirtschaftslage konnten seitens der Besucherorganisationen (Theatergemeinden M.W.) die etatmäßig vorgesehenen Aufführungen im Wilhelmtheater nicht abgenommen werden .... Die sich immer fühlbarer auswirkenden ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse waren während der Spielzeit nur durch restlose Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte, vorsichtigen Aufbau des Spielplanes und weitgehendste Sparmaßnahmen zu überbrücken."<sup>281</sup>

Unverzagt begann der neue Intendant, vor allem mit niveauvollen Inszenierungen von Erfolgsgstücken, aber auch mit Erst- und Uraufführungen moderner Werke - den "Kampf um die Zuschauer". Um die Angebotspalette zu verbreitern und um die Wirtschaftlichkeit der Bühnen zu erhöhen, überzeugte Neudegg die städtischen Körperschaften, daß bislang privat betriebene Zentraltheater mit Beginn der Spielzeit 1931/32 zu pachten. Auch das notdürftig umgebaute Wilhelmtheater wurde an den Wochenenden wieder genutzt. Die mit dem "Drei-Häuser-Betrieb" erwartete finanzielle Sanierung - auch durch die Aufnahme von "Kassenschlagern" in den Spielplan - der Bühnen blieb jedoch aus. Der Schwund der Theateranrechte konnte nicht gestoppt werden (1930/31 4.400; 1931/32 3.800; 1932/33 3.400). Die Volksbühne geriet in finanzielle Schwierigkeiten.



Hans Albers mit Gertrud Boll und Hilde Albersheim in "Liliom" (Stadttheater 29.1.32)

Dem Experiment, durch Gastspiele in den umliegenden Kleinstädten (Burg, Genthin, Calbe, Schönebeck) die finanzielle Situation des Theaters zu bessern, war nur ein bescheidener Erfolg beschieden. Auch der Ensemble-Austausch mit Dessau, Halle, Leipzig und Braunschweig blieb in den Anfängen stecken.<sup>282</sup> Zum 31. März 1932 kündigte die Stadt den Pachtvertrag des Zentraltheaters. Das dort angestellte Operettenpersonal wurde vom Wilhelmtheater übernommen.<sup>283</sup>

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise mußten wiederum Überlegungen angestellt werden, wie der Theaterbetrieb weiterhin zu finanzieren sei. Der bisherige jährliche Zuschuß von 1 Million RM war nicht mehr aufzubringen. Um Personalkosten einzusparen, schlug der Theater- und Orchesterausschuß vor, die Spielzeit 1932/33 auf achteinhalb Monate zu begrenzen. Notgedrungen wurde für Mai 1933 die Schließung der Bühnen ins Auge gefaßt.<sup>284</sup>

Neben den wirtschaftlichen Problemen geriet das Theater immer mehr in die politische Auseinandersetzung zwischen den Demokraten und den Rechtsradikalen. Die letzteren, in erster Linie die Nazis, machten Front gegen die sozialdemokratisch geprägte Theaterpolitik der Stadt, vor allem gegen das "linkslastige Spielangebot". Als der neue Generalintendant Hellmuth Götz - Neudegg war im Frühjahr 1932 nach Köln gegangen - das Stück "Der Silbersee" von Georg Kaiser und Kurt Weill zur Aufführung brachte, verlangten Nazis und Völkische dessen Absetzung vom Spielplan. Nach der Errichtung der NS-Herrschaft wurde auch im Magdeburger Theater

Magdeburg. Gruson-Gewächshäuser.



Gruson-Gewächshäuser

"reiner Tisch" gemacht. In einem Bericht des NS-Stadtreghimes lesen wir: "In der zweiten Hälfte der Spielzeit 1932/33 und nach der Machtergreifung des Staates durch den Nationalsozialismus hielt es die damalige Intendanz für richtig, im Wilhelm-Theater ein das Judentum verherrlichendes Stück wie "Die Braut von Torotzko" herauszubringen und krönte diese "Kulturpolitik" mit der Uraufführung des kommunistischen Tendenzstückes "Der Silbersee".<sup>1285</sup> Das hätte - so der Bericht - einen Entrüstungssturm "in den noch deutsch denkenden Kreisen der Magdeburger Bevölkerung" ausgelöst und das Vertrauen des Publikums in das Theater tief erschüttert. Der neu zusammengesetzte Theaterausschuß ersuchte deshalb am 3. April 1933 den Magistrat, die Leitung der Theater "in andere Hände zu legen".<sup>286</sup> Generalintendant Götze, Generalmusikdirektor Beck und weitere Mitarbeiter der Theaterleitung wurden "beurlaubt". Ein Jahr später erhielt das gesamte Personal die Kündigung. Lediglich die beamteten Orchestermitglieder durften bleiben, wurden jedoch zunächst nur "in Gartenkonzerten in den hiesigen Gartenlokalen beschäftigt".<sup>1287</sup>

Nicht nur bezogen auf das Theater, sondern auch auf das gesamte geistig-kulturelle Leben läßt sich das mitunter bemühte Klischee einer angeblichen Kunst- und Kulturarmut der Industriestadt am mittleren Lauf der Elbe nicht aufrechterhalten. Ausdruck des reichen Musiklebens waren die über Magdeburg hinaus bekannten Mittwochkonzerte des städtischen Orchesters, die großen Sonderkonzerte mit namhaften Solisten im "Kristallpalast", die Volkskonzerte im "Hofjäger" sowie die musikalischen Veranstaltungen im Stadtmissionssaal (1924 zum Kammermusiksaal umgebaut), im "Fürstenhofprunksaal" und im Großen Saal des "Hofjäger". Alle Konzerte waren "fast ausabonniert".<sup>1288</sup> Die vom "Kaufmännischen Verein" veranstalteten Abende holten berühmte Dirigenten und Orchester nach Magdeburg. Ansehen genossen der Reblingsche Kirchengesangverein, der Domchor, der Lehrergesangverein, die Volkssing-Aka-

demie und der Magdeburger Männerchor. Jubiläen großer Komponisten wurden würdig begangen. Beispielsweise stand die Konzertsaison 1920/21 im Zeichen Ludwig van Beethovens (150. Geburtstag). Besonders fühlte sich Magdeburg der Pflege des Werkes von Richard Wagner verpflichtet. Ebenfalls wurde das Andenken an berühmte Söhne der Elbestadt - unter ihnen Literaten, Komponisten, Künstler - wachgehalten. So enthüllten Oberbürgermeister Beims und der Fabrikant Otto Gruson im Rahmen der "Deutschen Theaterausstellung 1927" am Geburtshaus Carl Leberecht Immermanns in der Klosterstraße 18 eine Gedenktafel.<sup>289</sup> Das Städtische Orchester widmete sich dem Werk Georg Philipp Telemanns.<sup>290</sup>

Zu den Einrichtungen, die sich über die Stadt und das Territorium hinaus der Anerkennung der Fachleute und der Be-

liebtheit der interessierten Bürger sicher sein konnten, gehörten das Kaiser-Friedrich-Museum mit einem beachtlichen kunst- und kunstgewerblichen Fundus, das Museum für Natur- und Heimatkunde mit umfangreichen naturkundlichen und vorgeschichtlichen Abteilungen sowie die Grusonschen Gewächshäuser mit einer der größten Kakteensammlungen Europas.

Die Wurzeln des Kaiser-Friedrich-Museums reichen in das Jahr 1860 zurück. Damals gründete der "Kunstverein zu Magdeburg" das erste Museum.<sup>291</sup> Am 1. November 1893 eröffnete im Gebäude des bisherigen Generalkommandos am Domplatz das städtische Museum seine Pforten. In ihm hatten die Sammlungen der Stadt, des Kunstgewerbe-Vereins und des Kunstvereins Aufnahme gefunden. In der oberen Etage des Gebäudes brachte der Naturwissenschaftliche Verein seinen Fundus unter. Damit waren alle in der Stadt heimischen repräsentativen Kollektionen zusammengeführt worden. Von Bedeutung war, daß im Jahre 1892 mit Dr. Theodor Volbehre ein engagierter Museologe und Kunsthistoriker vom Germanischen

Magdeburg. Museum



Kaiser-Friedrich-Museum



Dr. Theodor Volbehr (Bild von Rudolf Bosselt 1913)

Museum Nürnberg nach Magdeburg kam.<sup>292</sup> Der von 1893 bis 1922 als Museumsdirektor tätige Volbehr organisierte eine Vielzahl von Vorträgen und Ausstellungen und erwarb sich große Verdienste um die Verbreitung von Kunstinteresse und -Sachverstand in der gebildeten Bürgerschaft.<sup>293</sup> Durch Ankauf sowie Schenkungen und testamentarische Übereignungen vergrößerten sich die Sammlungen schnell.<sup>294</sup> Die Räumlichkeiten reichten bald nicht mehr aus. Im Jahre 1906 siedelte das "Städtische Museum für Kunst und Kunstgewerbe" in einen Neubau an der Kaiserstraße (später Otto-von-Guericke-Straße) um. Eine "Allerhöchste Kabinettsorder" genehmigte den Antrag des Magistrats, das Haus zukünftig "Kaiser-Friedrich-Museum der Stadt Magdeburg" nennen zu dürfen.<sup>295</sup>

Nach dem Kriege brachen auch für die Museen schwere Zeiten an. Infolge der Geldentwertung waren Ankäufe so gut wie ausgeschlossen. Volbehr und ab 1922 sein Nachfolger Kustos Dr. Greischel (ab 1.10.23 Direktor) bemühten sich, durch Abgabe weniger bedeutender Gemälde und kunstgewerblicher Gegenstände aus dem Bestand bzw. durch Tausch vor allem wichtige Bilder der Moderne der Sammlung zuzuführen. So wurden Werke der Expressionisten Karl Schmidt-Rottluff, Emil Nolde und Ernst Ludwig Kirchner erworben. Seit 1922 ging das Museum dazu über, Bilder aus Privatbesitz als Leihgabe aufzunehmen. Neben weiteren Schöpfungen der bereits genannten Künstler kam mit Werken von Lovis Corinth, Lyonel Feininger, Erich Heckel, August Macke, Franz Marc und

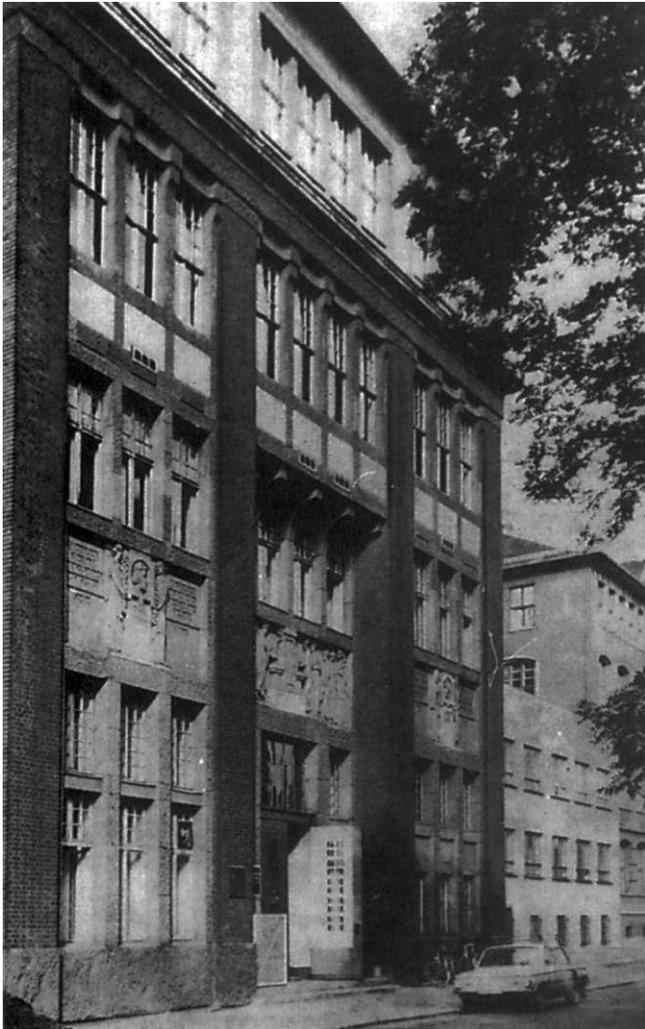
Otto Mueller ein beachtenswerter Bestand der Avantgarde und Moderne in die Ausstellungsräume an der Kaiserstraße.<sup>296</sup> Besonders verdient machte sich der Fabrikbesitzer Farenholtz, der unter anderem dem Museum die "Segelboote" von Feininger und "Badende" von Mueller übergab.<sup>297</sup>

In den zwanziger Jahren setzten die Museumsleute die knapp bemessenen Mittel in erster Linie für die Anschaffung von Bildern, Zeichnungen und Grafiken ein. Kunstgewerbe- und Münzsammlung, die vom Stadtarchivar Dr. Neubauer betreut wurde, mußten zurückstehen. Durch Schenkungen konnten jedoch die "Magdeburgica" vermehrt werden.<sup>298</sup>

Sehr fruchtbringend für die Magdeburger Kunstszene wirkte sich die enge Zusammenarbeit zwischen dem Museum und dem Kunstverein aus. Der auf das Jahr 1835 zurückgehende "Kunstverein zu Magdeburg" hatte sich im Gründungsauf die "Förderung der echten Kunst nach allen ihren Richtungen" zum Ziel gesetzt.<sup>299</sup> Entsprechend dieses Anspruches fühlte er sich in den zwanziger Jahren - zeitweilig standen Fabrikbesitzer Farenholtz bzw. Oberbürgermeister Beims an seiner Spitze - sowohl der traditionellen als auch der modernen Kunst verpflichtet. Alljährlich veranstaltete er in der Kunsthalle an der Brandenburger Straße und seit Anfang der dreißiger Jahre im Rundbau des Ausstellungsgeländes zwischen vier bis zehn Ausstellungen. Dabei beeindruckt die Öffnung zur modernen Malerei. Im November 1921 holte man die Ausstellung "Neue Deutsche Malerei" des Kunstvereins Basel mit Werken von Feininger, Kirchner, Klee, Kokoschka, Marc, Mueller und Nolde an die Elbe. In den folgenden Jahren gab es Sonderschauen der Bilder von Otto Mueller (1923), Emil Nolde (1924), August Macke (1925) und Karl Schmidt-Rottluff (1926). Auch wurde der neuen einheimischen Malerei Aufmerksamkeit geschenkt. Dreimal stellte die Magdeburger Künstlervereinigung "Kugel" aus. So waren im April 1922 Arbeiten von Franz Jan Bartels, August Bratfisch, Wilhelm Höpfner, Alfred John, Günther Vogler, Rudolf Wewerka sowie der Architekten Oskar Fischer und Carl Krayl zu sehen. Zu den Ehrengästen der Schau zählte der Maler Otto Dix.<sup>300</sup> Die Vielseitigkeit des Ausstellungsangebotes belegen Expositionen zur modernen amerikanischen Architektur (1927), Münchener Sezession (1925), Flämische Maler (1928), Dresdener Künstlervereinigungen (1929), Adolf Rettelbusch (1929) und der Magdeburger Künstlervereinigung "Börde".<sup>301</sup> In Zusammenarbeit mit dem Reichsverband für deutsche Werkkunst und dem Kunstgewerbe-Verein fand 1930 die Fachausstellung "Kunst und Form" statt.<sup>302</sup>

Der Kunstverein machte sich auch um eine rege Vortragstätigkeit verdient. Die von einem dankbaren Zuhörerkreis angenommenen Veranstaltungen ließen nicht nur die einheimischen Sachverständigen (so die Museumsdirektoren Volbehr, Greischel, Mertens, den Stadtarchivar Neubauer, die Direktoren der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Bosselt und Deffeke) zu Wort kommen, sondern führten bekannte Kunstschafer, Architekten (Mies van der Rohe) und Wissenschaftler (Prof. Pinder) in die Elbestadt. Die 1924 entstandene Gesellschaft "Freunde des Kaiser-Friedrich-Museums" organisierte ebenfalls Ausstellungen - die erste im Gründungsjahr mit Werken von Böcklin, Feuerbach und Marees - und Vorträge. Seit 1927 widmete sich die Gesellschaft der Publikationstätigkeit. Sie förderte die Herausgabe von Veröffentlichungen - so 1928 "Der Magdeburger Dom" von Walter Greischel - und unterstützte die Drucklegung der Museumsschriften.<sup>303</sup>

Protesthaltungen gegen Krieg, Völkermord und gegen die bisherige Gesellschaft hatten im Januar 1919 eine Gruppe von



Teilansicht der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Brandenburgerstraße

Künstlern um die Maler und Grafiker Bruno Beye und Franz Jan Bartels, den Bildhauer Rudolf Wewerka und den Musiker Hans-Heinz Stuckenschmidt zu einer lockeren Künstlervereinigung, der auch zeitweilig Erich Weinert angehörte, zusammengeführt, die sich "Kugel" nannte.<sup>304</sup> Im avantgardistischen Sinne brachen die Gleichgesinnten mit der bisherigen "bürgerlichen Kunst". Die expressionistischen Künstler organisierten Ausstellungen, literarische Abende und musikalische Veranstaltungen. Sie stellten in den ersten Nachkriegsjahren Kontakte zu anderen Gruppierungen, zum Beispiel in Berlin und Dresden, her.

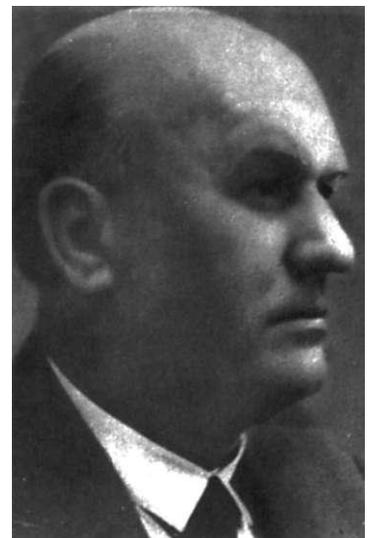
Mit Interesse verfolgten Mitte der zwanziger Jahre die heimatverbundenen Magdeburger die kulturhistorischen Grabungen auf dem Domplatz. Wenn auch hier der vermutete ottonische Dom nicht gefunden wurde, so gab es doch Überlegungen, die freigelegten noch älteren Fundamente zu einer dauernden Sehenswürdigkeit zu gestalten. Wenig später - im Jahre 1926 - verliefen Grabungen im Dom erfolgreich. Zwischen Remter und Chor konnten Mauerreste der Krypta seines ottonischen Vorgängers entdeckt werden.<sup>305</sup> Drei Jahre später gab es ein mit dem Dom in Zusammenhang stehendes kulturelles Ereignis. Die Preußische Staatsregierung schenkte der Domgemeinde ein über zwei Meter hohes, aus Eichenholz gefertigtes Gefallenenmal von Ernst Barlach. Am

Abend des 21. November 1929 wurde das bedeutende Kunstwerk in der Kirche aufgestellt.<sup>306</sup>

Eine Institution, die das geistig-kulturelle Leben Magdeburgs nachhaltig beeinflusst hat, war die "Kunstgewerbe- und Handwerkerschule."<sup>307</sup> Bis in die unmittelbare Nachkriegszeit standen Lehrer und Schüler der auf das Jahr 1793 zurückgehenden Ausbildungsstätte fast ausnahmslos in der bisherigen Tradition. Das begann sich zu ändern, als auf Empfehlung des Stadtarchitekten Taut 1923 der Fotograf, Maler und Grafiker Johannes Molzahn Lehrer wurde. Molzahn verkehrte mit vielen führenden Künstlern der Moderne. 1919 hatte er ein "Manifest des absoluten Expressionismus" veröffentlicht.<sup>308</sup> Fünf Jahre später konnte mit Walter Dixel ein anerkannter Vertreter des Konstruktivismus, der enge Kontakte zum Bauhaus unterhielt, für die Übernahme eines Lehramtes gewonnen werden.<sup>309</sup>

Die Arbeit der dem Neuen aufgeschlossenen Künstler und Lehrkräfte fand noch mehr Förderung, als der Architekt und Gebrauchsgrafiker Wilhelm Deffke im Oktober 1925 als Direktor der Schule die Nachfolge von Rudolf Bosselt antrat.<sup>310</sup> Gemeinsam bemühte man sich in der künstlerischen und kunstgewerblichen Arbeit um die Durchsetzung neuer gestalterischer Prinzipien. Die Lehrpläne wurden den praktischen Erfordernissen angepaßt. Dazu mußten sich die Lehrenden "vor Ort" mit neuen technischen Entwicklungen und den Bedürfnissen der Gesellschaft und Wirtschaft vertraut machen.<sup>311</sup> Deffke, dem 1927 die Amtsbezeichnung Professor verliehen wurde, führte Arbeitsrichtlinien ein, "die vor allem dem mit der Zeit un bequem gewordenen "Dilettantismus" ein Ende machen sollten."<sup>312</sup> Bei der Ausbildung der Architekten, Bauhandwerker, Bildhauer, Fotografen, Gebrauchsgrafiker, Graveure, Kunsthandwerker, Modelleure und Zeichner wurde fortan mehr die Qualität in den Vordergrund gestellt. Obwohl die "Kunstgewerbe- und Handwerkerschule" von den städtischen Körperschaften als "besonders bedeutungsvoll" eingestuft wurde<sup>313</sup>, reichten die finanziellen Mittel zum Unterhalt der gelobten Einrichtung nie aus. Ausdruck der großen Anerkennung der Schule war, daß sie von Firmen und Interessenverbänden ganz Deutschlands finanzielle und materielle Unterstützung erfuhr. So gelang es der Schulleitung, "durch intensivste Ausnutzung von Beziehungen zu Firmen" im Jahr 1930 Apparate und Maschinen im Werte von 158.000,- RM zu beschaffen.<sup>314</sup>

Aber nicht alles lief an der Ausbildungsstätte, die auch Provinzial-Meisterkurse für Handwerker und Zeichenklassen für begabte Schüler betreute, wunschgemäß. Die Schülerzahlen gingen, da viele Interessierte das Geld nicht aufbringen konnten, zurück. Schmerzlich schlug auch zu Buche, daß 1928 der "hauptamtliche Hilfslehrer der graphischen Abteilung" Johannes Molzahn - dem man keine seiner Fähigkeiten entsprechende berufliche Perspektive anzubieten vermochte - Magdeburg verließ.<sup>315</sup>



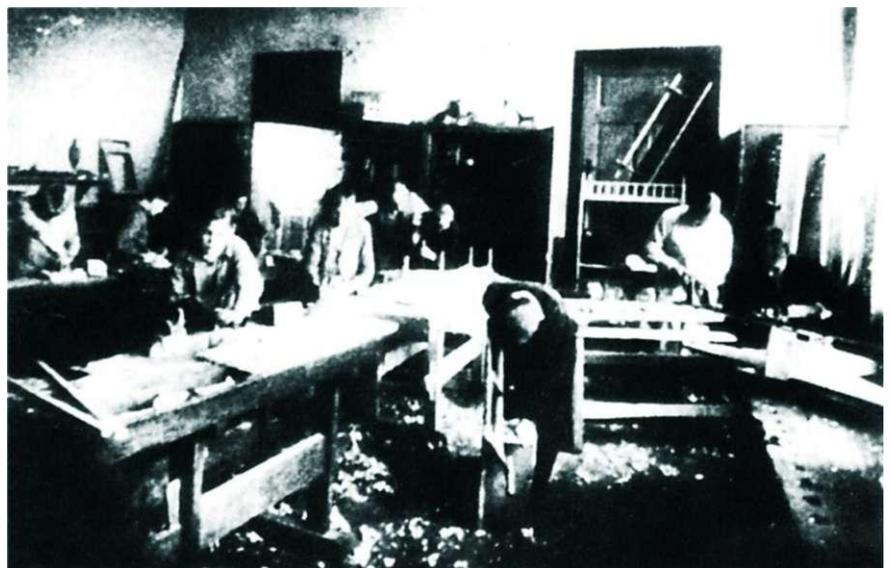
Stadtschulrat Hans Löscher

Allgemeinbildende staatliche und kommunale Schulen sowie Berufsschulen in der Stadt Magdeburg und die in ihnen beschäftigten hauptamtlichen Lehrkräfte (1918-1931)<sup>320</sup>

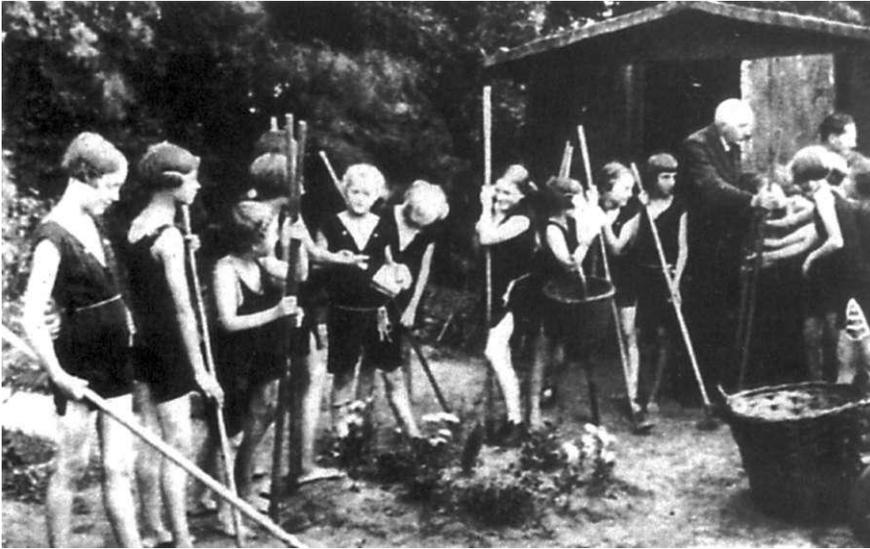
Jahr	Höhere Lehranstalten		Bürger- bzw. Mittelschulen		Volks- und Sammelschulen		Berufsschulen	
	Zahl	Lehrkräfte	Zahl	Lehrkräfte	Zahl	Lehrkräfte	Zahl	Lehrkräfte
1918	10	249	25	320	40	603	2	35
1919	10	262	25	320	41	603	2	37
1920	10	274	24	320	41	604	2	39
1921	10	276	21	313	41	604	3	43
1922	10	272	13	221	48	695	3	47
1923	10	273	12	221	45	694	3	47
1924	10	251	15	220	40	689	3	49
1925	11	263	14	233	43	697	6	74
1926	11	273	14	225	44	708	6	83
1927	11	284	14	209	46	765	6	86
1928	10	285	14	208	46	810	6	86
1929	10	284	12	218	47	848	6	92
1930	10	288	12	214	46	810	6	93
1931	10	288	12	197	51	731	6	93

Von jeher vermißten die Magdeburger eine Universität. Einige Fachschulen - so die über die Grenzen der Stadt hinaus anerkannten Bildungsstätten "Kunstgewerbe- und Handwerkerschule", "Staatliche vereinigte Maschinenbauschulen", "Staatliche Baugewerkschule" - konnten die fehlende Hochschule nur teilweise kompensieren. Zudem war den Bemühungen des Magistrats, eine der beiden im Jahre 1927 in der Provinz Sachsen gegründeten Lehrakademien in die Elbestadt zu holen, kein Erfolg beschieden gewesen. Um den gebildeten Kreisen einen Ausgleich für das fehlende Universitätsfluidum anbieten zu können, organisierte der "Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine" in enger Zusammenarbeit mit der Universität Halle-Wittenberg alljährlich eine Hochschulwoche in Magdeburg, der die Bürgerschaft, wie es in einem Dokument hieß, "das lebhafteste Interesse" entgegenbrachte.<sup>316</sup> Darüber hinaus veranstaltete der Verband eine rege Vortragstätigkeit, in deren Mittelpunkt neueste wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und Erfindungen standen. Auf der aus Anlaß seines 20jährigen Bestehens im Januar 1931 im "Magdeburger Hof" durchgeführten Jubiläumsfeier wurde erstmalig die vom Verband gestiftete Otto-von-Guericke-Ehrenplakette an den Elbstromdirektor Dr. Zander wegen seiner Verdienste um den Bau des Mittellandkanals verliehen.<sup>317</sup>

Zu den bedeutendsten kommunalen Pflichtaufgaben zählte das Schul- und Bildungswesen. Die Schulaufsicht war Angelegenheit des Staates Preußen. Die Schulträgerschaft lag in den Händen der Kommune. Die Stadt mußte sowohl für die Personalfragen - Dienstbezüge und Pensionen der Lehrkräfte - wie auch für den Sachaufwand (Bau und Unterhaltung der Gebäude, Mobiliar, Lehrmittel) die Kosten tragen.<sup>318</sup> Während



Unterricht in der Holzwerkstatt der Buckauer Versuchsschule auf dem Gelände des Fort II (1924)



Mädchen im Schulgarten der Buckauer Versuchsschule (1924)

die Auswahl und Anstellung der Volksschullehrer der staatlichen Schulaufsichtsbehörde vorbehalten blieb, besaß die Stadt dieses Recht für die kommunalen mittleren, höheren und berufsbildenden Schulen.<sup>319</sup>

Das Suchen nach neuen Wegen im Bildungswesen gehörte zu den herausragenden Leistungen der zwanziger Jahre. Neben dem "Neuen Bauen" hat sich der Beims-Magistrat vor allem auf diesem Gebiet ein bleibendes Denkmal gesetzt. Die Magdeburger Reformpädagogik fand weithin Beachtung. Fachleute des In- und Auslandes informierten sich "vor Ort".<sup>321</sup>

Die ersten Bemühungen um Veränderungen im Schul- und Bildungswesen reichen in die letzten Kriegsmonate zurück. So hatte im September 1918 der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung den Antrag eingebracht, zu Ostern 1919 die oberen Klassen der Bürgerschulen in Mittelschulen zu überführen sowie in den Volksschulen Sonderklassen für Begabte einzurichten. Seit Anfang 1919 verlangten vor allem die Sozialdemokraten eine gründliche Umgestaltung des gesamten öffentlichen Schulwesens. Die Einheitsschule mit dem Fundament einer allgemeinen Grundschule wurde angemahnt. Aufgrund des Einwandes der Schuldeputation nahm das "alte Stadtparlament" jedoch zunächst von den Neuerungen Abstand.<sup>322</sup> Nach den Kommunalwahlen 1919, die die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung zugunsten der SPD grundlegend verändert hatten, und der Übernahme des Oberbürgermeisteramtes durch Hermann Beims fielen alle bisherigen Hindernisse für ein modernes Bildungswesen. Der Lehrerrat forderte die Stadtverordneten auf, sich zur Einheitsschule zu bekennen und unverzüglich mit dem Aufbau einer Grundschule zu beginnen.<sup>323</sup> Am 17. April 1919 - ein Jahr vor Erlaß des Gesetzes über die Grundschulen und die Aufhebung der Vorschulen in Preußen - beschloß die Stadtverordnetenversammlung, zum 1. April 1920 die achtstufige Grundschule einzuführen.<sup>324</sup> Es war sehr wichtig, daß

für den Bereich des unteren und mittleren Schulwesens im September 1921 mit Hans Löscher ein Schulrat gewonnen werden konnte, der engagiert und experimentierfreudig die von der staatlichen Schulaufsicht gewährten Freiräume nutzte und den Umbau des Schulwesens zielstrebig vorantrieb. In den folgenden Jahren gab es eine Fülle inhaltlich-struktureller Veränderungen und Neuerungen, von denen hier nur die wichtigsten berührt werden können. Zunächst mußten die unteren vier Klassenzüge der Bürgerschulen (insgesamt 150 Klassen) sowie die unteren Jahrgänge der Lyzeen schrittweise in die achtstufige Grundschule, die weiterhin Volksschule hieß, eingegliedert werden. "Verkürzte Bürgerschulen" wurden zusammengeführt, neue Volksschulen geschaffen. Das große Interesse am sogenannten "lebenskundlichen Unterricht" machte den Aufbau einer neuen Schulform erforderlich. Zu Beginn des Schuljahres 1923 entstanden aus bisherigen Volksschulen Sammelschulen (je eine in Sudenburg und Westerhüsen, je zwei in Neustadt und Buckau; ab 1925 eine in der Altstadt).<sup>325</sup>

Viel Verwirrspiel gab es um die Bürgerschulen. Nach dem Zusammenlegen von Knaben- und Mädchenschulen zum Schuljahresbeginn 1922 (Ostern) in der Wilhelmstadt, in Sudenburg und Buckau mußten dieselben ein Jahr später wieder getrennt werden, da die staatlichen Behörden dem Antrag der städtischen Körperschaften auf Umwandlung der Bürgerschulen in Mittelschulen entsprochen hatten. Die sechsstufige Mittelschule entstand.<sup>326</sup>

Die schulreformerischen Bemühungen zielten in erster Linie auf inhaltliche Veränderungen. Dazu war es notwendig, die Lehrer auf fachlichem und fachdidaktischem Gebiet weiterzubilden. Ostern 1922 ging ein vom Lehrerverein lang gehegter Wunsch in Erfüllung. Die Stadt hob eine Lehrerweiterbildungseinrichtung, das "Institut für Jugendkunde", aus der Taufe.<sup>327</sup> Fortan fanden hier für Lehrer Kurse, vor allem zu neuen pädagogisch-psychologischen Fragen statt.<sup>328</sup>



Schulneubau Große Diesdorfer Straße



Volksschule Rothensee

Eine zentrale Stellung nahm die Begabtenförderung ein. An den Bürgerschulen - später an den Mittelschulen - wurden Sonderklassen mit fremdsprachlichen Unterricht (ab 1920 Französisch, ab 1922 Englisch) eingerichtet. Auch in den Volksschulen entstanden "Begabtenklassen", die bereits nach den Lehrplänen der Mittelschulen unterrichtet wurden.<sup>329</sup> Ab Oktober 1922 wurde in den höheren Klassen der II. Wilhelmstädter Volksschule am Sedanring der Unterricht entsprechend den Vorstellungen des Schulreformers Berthold Otto durchgeführt.<sup>330</sup> Anfang 1924 erfolgte mit maßgeblicher Unterstützung der Lehrerkollegien und der Elternbeiräte die Umwandlung der IV. Buckauer Volksschule und der VII. Neustädter Volksschule in Versuchsschulen. Mit Beginn des fünften Schuljahres teilte

sich der Unterricht in "Kernunterricht und wahlweise Kurse". Die wahlweisen Stunden nahmen in den höheren Schuljahren weiter zu. Ende des Jahrzehnts richtete die Stadt eine Aufbauschule ein, die Volksschüler an den Besuch einer höheren Schule heranführen sollte.<sup>331</sup>

Zu Beginn der zwanziger Jahre gab es - abgesehen von der zeitweiligen Zusammenlegung einiger Bürgerschulen 1922 - im mittleren und höheren Schulwesen noch getrennte Einrichtungen für Jungen und Mädchen. Ende des Jahres 1924 erfolgte ein erster Schritt für den Aufbau "gemischter Schulen". In der Neustadt wurden je eine Mittelschule für Jungen und Mädchen zusammengeführt.<sup>332</sup> Nach einer erfolgreichen "Probezeit" vereinigten sich fünf Jahre später Knaben- und Mädchenmittelschulen in Buckau

und in der Sudenburg. Zu diesem Schritt hatte auch der starke Rückgang der Schülerzahlen an den Mittelschulen beigetragen.<sup>333</sup>

Grundlegende Wandlungen vollzogen sich auch an den höheren Lehranstalten. Dabei waren die entscheidenden Veränderungen in den neun der Kommune unterstehenden Bildungsstätten die stärkere Hinwendung zu den Naturwissenschaften und den lebenden Fremdsprachen. Seit Mitte der zwanziger Jahre wurde das Französisch durch die verstärkte Einführung des Englisch-Unterrichts auf den zweiten Platz verdrängt. Im folgenden sollen die höheren Schulen im Überblick vorgestellt werden.

Entwicklung der Schülerzahlen an den Magdeburger Schulen (1918-1931)<sup>334</sup>

Jahr	Volks- und Sammelschulen			Bürger- und Mittelschulen			Höhere Schulen		
	Klassen	gesamt	davon weibl.	Klassen	gesamt	davon weibl.	Klassen	gesamt	davon weibl.
1918	422	24.224	12.804	260	12.909	5.616	168	5.598	2.117
1919	582	22.716	11.944	328	13.379	5.878	178	5.793	2.236
1920	606	22.572	11.803	338	12.835	5.657	183	5.894	2.241
1921	609	21.840	11.279	334	12.607	5.597	179	5.632	2.094
1922	716	24.562	12.346	220	7.480	3.463	172	5.470	1.938
1923	712	23.611	11.715	190	5.804	2.792	170	5.641	2.030
1924	630	20.917	10.340	176	6.406	3.041	168	5.749'	2.132
1925	584	20.297	10.032	165	5.870	2.759	177	5.644	2.089
1926	617	23.056	11.486	147	4.904	2.179	180	5.380	1.946
1927	671	24.528	12.163	131	4.257	1.892	186	5.319	1.930
1928	715	25.385	12.625	118	3.716	1.604	186	5.310	1.966
1929	735	25.511	12.699	125	3.867	1.631	184	5.191	1.935
1930	696	25.039	12.478	134	4.251	1.839	184	5.316	1.952
1931	680	26.061	13.045	124	4.801	2.068	176	5.304	2.016

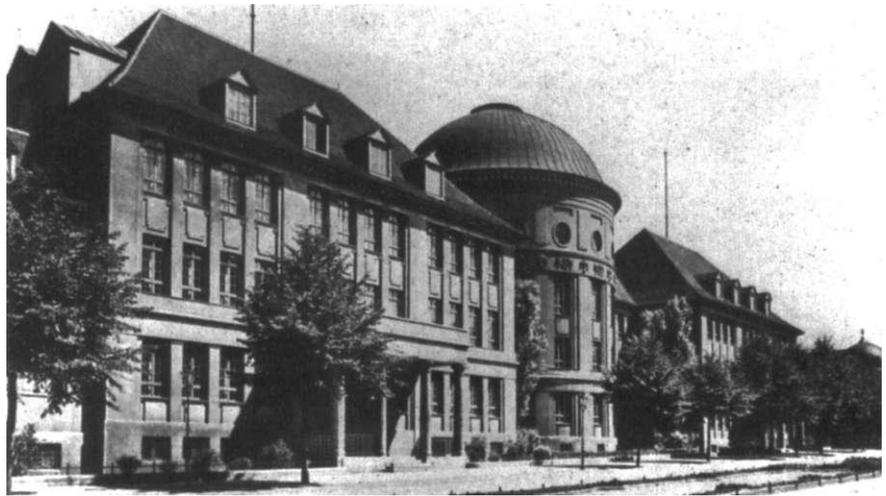
Die traditionellen, Ende des 17. Jahrhunderts entstandenen, von der Kirche getragenen Ausbildungsstätten waren das "Domgymnasium" (ab 1918 staatlich) und das "Pädagogium zum Kloster Unser Lieben Frauen". Beide schlossen sich 1928 zum "Vereinigten Dom- und Klostersgymnasium" zusammen.<sup>335</sup> Die älteste höhere städtische Schule hieß "Realgymnasium". Auf Vorschlag des Lehrerkollegiums gab sie sich mit Zustimmung der städtischen Körperschaften aus Anlaß des 100. Geburtstages des Autors von "Unseres Herrgotts Kanzlei" (Magdeburg M.W.) im September 1931 den Namen "Wilhelm-Raabe-Schule".<sup>336</sup> Weitere höhere Schulen, an denen wie in den bereits genannten ausschließlich "Knaben" Aufnahme fanden, waren das "König-Wilhelms-Gymnasium", in dem 1924 - nur für einige Jahre - ein "reformrealprognasialer Zweig" eingerichtet worden war, die "Guericke-Oberrealschule", die "Bismarck-Schule" (Reformrealgymnasium) und die Realschule.<sup>337</sup> Die letztere (ab 1927 "Lessingschule") wurde bis 1930 zu einer "höheren Vollanstalt" (Unterricht bis zur Oberprima) ausgebaut. Sie nannte sich fortan "Deutsche Oberschule".<sup>338</sup>



Stadtschulrat  
Professor Nordmann

In den mit einem breiten Lehrangebot an Naturwissenschaften und lebenden Fremdsprachen ausgestatteten Lehranstalten nahmen die Schülerzahlen ständig zu (vor allem an der Bismarck-Schule), während die klassische humanistische Schulbildung weniger Zuspruch erfuhr (Domgymnasium, Pädagogium zum Kloster Unser Lieben Frauen). Im Jahre 1927 entstand noch eine weitere höhere Lehranstalt. Ausgangspunkt war die drei Jahre zuvor am Sedanring eingerichtete Versuchsschule, wo in "städtischen höheren Reformklassen" Mädchen und Jungen gemeinsam nach den Erziehungsgedanken von Berthold Otto unterrichtet wurden. Am 17. Juni 1930 nahm die Schule den Namen des Berliner Schulreformers an.<sup>339</sup>

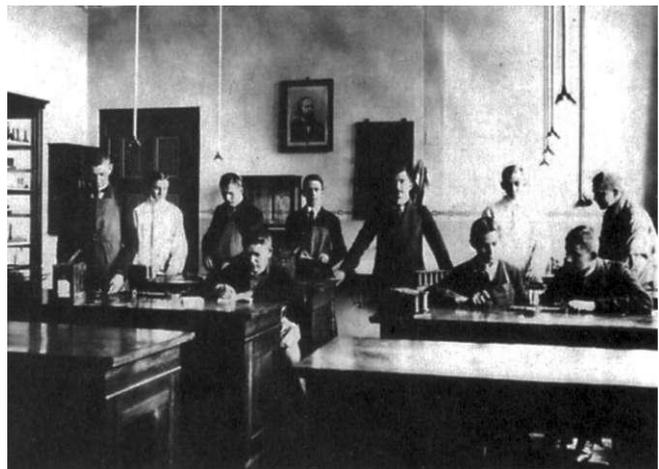
Ein verstärktes Augenmerk der Stadtväter - das Dezernat Höhere Schulen wurde vom Stadtschulrat Prof. Dr. Nordmann geleitet - galt, begabten Mädchen bessere Möglichkeiten zum Erwerb der Hochschulreife zu geben. Das sollte mit dem Aufbau eines Oberlyzeums geschehen. Die Schulzeit an den drei Lyzeen (Luisenschule, Augustaschule, Viktoriaschule) wurde um ein Jahr verkürzt, um einheitlich den dreijährigen Besuch des Oberlyzeums anschließen zu können. Am 1. April 1925 begann der Unterricht des Oberlyzeums an der Luisenschule. Da die Räumlichkeiten hier bald nicht mehr ausreichten, siedelte es zwei Jahre später in die Augustaschule um. Ostern 1930 war der Ausbau der Augustaschule zum Oberlyzeum abgeschlossen.<sup>340</sup>



Bismarck-Schule und Viktoriaschule

Der Magistrat förderte die von Stadtschulrat Löscher auf dem Gelände des ehemaligen Fort II im Sommer 1926 eingerichtete Waldschule. Sie hatte die Aufgabe, mittels Sechs-Wochenkuren die Konstitution unterernährter und gesundheitlich gefährdeter Schüler zu stärken. Die Waldschule wurde in den folgenden Jahren ständig ausgebaut. So erhielt sie 1927 eine Liegehalle. In dem Bericht über einen Kur-Durchgang des Jahres 1930 ist vermerkt, viele der 168 Kinder hätten erstmals ausreichend zu Essen bekommen und ein ordentliches Nachtquartier gehabt.<sup>341</sup> Eingerichtet wurden auch eine Zentralschule für das Hilfsschulwesen, eine Schule für Schwerhörige und die Sprachheilschule.<sup>342</sup>

Seit Ende der zwanziger Jahre fehlten - vor allem in den neuen Wohnkomplexen - Volksschulen. Besonders drückend war die Lage im Arbeitervorort Buckau, wo die Klassenstärke bis zu 60 Kinder betrug. Aus Raumnot mußte von Frühjahr bis Herbst der Unterricht der Versuchsschule in unbeheizbare Baracken verlegt werden.<sup>343</sup> Trotz der angespannten finanziellen Lage der Kommune wurden Schulen gebaut. Den Volksschulen am Sedanring und in Rothensee folgte eine an der Diesdorfer Straße gegenüber dem Westfriedhof. Die städtischen Körperschaften mußten auch auf die angespannte Situation in der Friedrichstadt und in Cracau reagieren. Als Überbrückung für den notwendigen Neubau wurde 1931 eine zweiklassige Schulbaracke aufgestellt.<sup>344</sup>



Unterricht in der Gewerbl. Fortbildungsschule (1931)

Die Stadt unterhielt die folgenden gewerblichen und kaufmännischen Lehranstalten: Gewerbliche Berufsschule für Jungen und Mädchen, Kaufmännische Berufsschule für männliche Angestellte, Kaufmännische Berufsschule für weibliche Angestellte, Städtische Handelsschule, Städtische höhere Handelsschule, Städtische Haushaltungs- und Gewerbeschule mit Seminar und Hausschwesternschule (ab 1922).<sup>345</sup>

Am 28. April 1919 - gefeiert als ein neuer Abschnitt im Geistesleben der Stadt - war die Magdeburger Volkshochschule aus der Taufe gehoben worden.<sup>346</sup> Mit einem reichen Angebot hat sie in den folgenden Jahren viel zur Befriedigung des Wissens- und Bildungshungers der Elbestädter beigetragen. Besonderes Interesse fanden Veranstaltungen zu wissenschaftlichen und pädagogischen Fragen, aber auch zu aktuellen lokalen und regionalen Problemen. So organisierte beispielsweise die Volkshochschule 1931 eine von den führenden Männern des Magistrats bestrittene Vortragsreihe zur Magdeburger Kommunalpolitik.<sup>347</sup>

## Geselligkeit, Freizeit und Sport

Im Nachkriegsjahrzehnt vollzogen sich neben der bisherigen traditionellen Freizeitgestaltung verstärkt Wandlungen in den Konsum-, Geselligkeits- und Unterhaltungsbedürfnissen der Menschen. Vor allem die Bewohner der Großstädte wurden von einem bis dahin unbekanntem kommerzialisiertem Freizeitangebot umworben. Das Kino trat mit dem attraktiven Tonfilm seinen Siegeszug an. Die Zeitungen erhielten durch die aktuelle Fotografie als Bildreport ein neues Gesicht. Ab Oktober 1923 strahlte der Unterhaltungsfunk in Berlin regelmäßig Sendungen aus. Varietes und Revüen schlugen den Besucher in ihren Bann. Dazu kam die zunehmende Bedeutung des Sports. Sportveranstaltungen erfreuten sich immer größerer Beliebtheit.

Das Spektrum des Magdeburger Freizeit- und Vergnügungsangebotes war breit gefächert. Entsprechend der Ausstattung und des Preisniveaus versuchten Cafes, Restaurants und Tanzgaststätten die Angehörigen ganz bestimmter sozialer Schichten anzusprechen. Die Lokalitäten am Breiten Weg (Schloß-Cafe, Cafe-Peters, Cafe National, Gesellschaftshaus Hohenzollern, Holste Gaststätten, Café Monopol), am und in



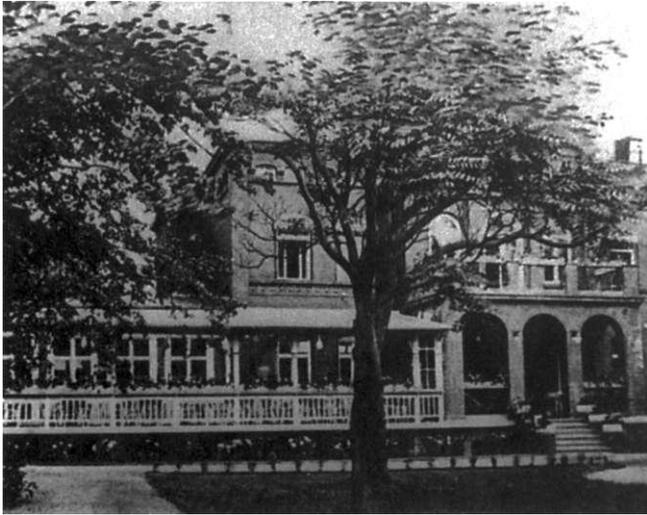
*Herbstmesse auf dem Domplatz*

der Nähe des Alten Marktes (Artushof, Altstädter Bürgersäle, Walhalla-Gaststätten) und an oder bei der Otto-von-Guericke-Straße (Kaiserhalle, Fürstenhofdielen und -prunksaal, Harmonie, Altdeutsche Bierhalle) wurden in erster Linie von den "betuchten Bürgern", der "gehobenen Gesellschaft" und der "kommunalen Elite" besucht.<sup>348</sup> Der Anzeigenteil der nichtbürgerlichen Zeitungen verdeutlicht, welche Gaststätten um die Angestellten und Arbeiter warben. So finden sich in der sozialdemokratischen "Volksstimme" neben zahlreichen Miniofferten kleiner Kneipen die Besuchsaufforderungen des Gesellschaftshauses Stadt Loburg, des Parkrestaurants Herrenkrug, des Konzerthauses Leipziger Straße, des Restaurants Salzquelle, der Sudenburger Festsäle, vom Hofjäger, Admirals-Palast und Golzes Gesellschaftshaus. Ähnliche Inserate brachte auch die KPD-Zeitung "Tribüne". Die Kommunisten trafen sich besonders gern in der "Salzquelle" im Rotehornpark, dagegen Reichsbannerkameraden mit ihren Familien im "Steinernen Tisch" und im Logierhaus "Zur Neuen Welt".<sup>349</sup> Während Gesellschaftsbälle oder Tanzvergnügen mit Frackzwang und hohen Eintrittspreisen den Bürgern mit entsprechender Geldbörse vorbehalten blieben, hatten Variete, Zirkus und Bockbierfest durchaus ein gemischtes Publikum.

Geselliges Leben und Freizeitgestaltung wurden zuletzt durch die Vereine geprägt. Die Anzahl der auf Stadt- bzw. Stadtteilebene existierenden Orts-



*Veranstaltung im Fürstenhof-Prunksaal*



Logierhaus und Bundesschule des Reichsbanners "Neue Welt, Berliner Chaussee

gruppen von Reichs-, Landes- und Regionalvereinigungen bzw. von eigenständigen lokalen Gründungen ist nicht zu übersehen. Aus der Fülle seien - willkürlich ausgewählt - Kaufmännischer Verein, Hausgehilfen-Verein, Bund Königin Luise, Magdeburger Schauspielverein, Ostpreußen-Verein, Magdeburger-Blinden-Unterstützungsverband, Ortsgruppen des Jungstahlhelm und des Deutschnationalen-Handlungsgehilfen-Verbandes, Vaterländischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Botanischer Verein, Verband Magdeburger Hausfrauen, Gustav-Adolf-Frauenverein genannt. Mit Zusammenkünften, Veranstaltungen, Geselligkeiten und gemeinsamen Ausflügen nahmen sie einen bedeutenden Einfluß auf das Alltagsleben. Die Messe und das Schützenfest der Magdeburger Schützengilde ragten aus einer Vielzahl von Frühlingsfesten, Maskenbällen, Dampferfahrten und anderen Vergnügungen noch heraus.

Eine Unterhaltungsform, die quer durch alle sozialen Schichten immer mehr Menschen in ihren Bann zog, war das Kino.<sup>350</sup> Bereits vor dem ersten Weltkrieg gab es in der Elbestadt dreizehn "Kinomatographentheater", die zwischen 80 und 500 Zuschauer aufnehmen konnten. Nach der Stagnation in den Kriegsjahren und der unmittelbaren Nachkriegszeit setzte eine schnelle Erholung ein. Im Jahre 1920 verfügte Magdeburg bereits über 22 Kinos, von denen drei am Breiten Weg und weitere fünf in der Altstadt ihre Pforten öffneten.<sup>351</sup> Magdeburger "Kinozar" war Artur Mest, dem sechs Lichtspielhäuser gehörten. In den Inflationsjahren konnte sich ein Teil der Kinos nicht halten. Schließungen, Besitzerwechsel und Neugründungen hielten sich die Waage. Seit Mitte der zwanziger Jahre kamen die großen Vorführunternehmen (Deulig-Palast, Füll, Kammerlichtspiele, Panorama, Walhalla-Lichtspiele, Zirkus-Lichtspiele), die ausschließlich im Stadtzentrum lagen, in die Hände einer Besitzergruppe (Magdeburger-Lichtspiele).

Lichtspielhäuser und deren Besucher in der Stadt Magdeburg in den Jahren 1926 bis 1931<sup>352</sup>

Jahr	Anzahl der täglich geöffneten Kinos	Anzahl der 3 bis 4 Tage in der Woche geöffneten Kinos	Besucher
1926	12	6	2.457.309
1927	15	4	2.878.723
1928	15	4	3.389.816
1929	16	4	3.201.855
1930	16	5	2.754.141
1931	15	4	2.482.678

Eine wichtige Seite der sinnvollen Freizeitgestaltung und Erholung bildete der Sport. Von Jahr zu Jahr erfreute er sich in Magdeburg eines wachsenden Zuspruchs. 1927 standen an der Spitze einer Vielzahl von Sportvereinen das Turnen (36 Vereine, 7.376 Mitglieder), Fußball (22 Vereine, 5.093 Mitglieder), Schwimmen (13 Vereine, 4.716 Mitglieder) und Radfahren (24 Vereine, 1.614 Mitglieder).<sup>353</sup> Die Voraussetzungen für die sportliche Betätigung waren gut. Im bereits genannten Jahr gab es 67 Turn-, Spiel- und Sportanlagen, 36 Turnhallen, 19 Frei- und Flußbadeanstalten, ein Hallenschwimmbad, je sieben Heime für Ruder- und Segelsport und acht Kanusportanlagen.<sup>354</sup>

Der Magdeburger Sport jener Jahre bestimmte maßgeblich das Niveau im Mittelgebirge mit, konnte in den Wassersportarten jedoch auch nationale Bedeutung erlangen. Die beiden leistungsstärksten Fußballvereine Fortuna (Gaumeister) und Cricket-Victoria zogen mehrere tausend Zuschauer an. Im Handball stand der VfL Jahn (Gaumeister) an der Spitze. Populär in den Ballspielen waren Städtevergleiche, vor allem mit dem "Dauerrivalen" Halle. Im Rudern genossen die Sportler der Magdeburger Rudergesellschaft, des Ruderclubs "Werder" und der Rudervereinigung "Altwerder" sowie des Magdeburger Regatta-Vereins bei den sportlichen Rivalen Ansehen. Als "Flaggschiffe" des Magdeburger Sports galten jedoch Schwimmen und Wasserball, deren Sportler zu den nationalen und internationalen Leistungsträgern zähl-



Freilichtbühne auf dem Gelände des Fort XII



Herrenkrugpark

ten. Vertreten wurde die "Schwimmerhochburg" Magdeburg durch den "Schwimmsport-Club Hellas" und den "Magdeburger Schwimm-Club 96", die - miteinander in gesunder Rivalität stehend - wiederholt am Medailleseggen der Deutschen Meisterschaften - beispielsweise 1930 5 Titel, 1931 Hellas deutscher Vereins- und Wasserballmeister - beteiligt



Magdeburger Turnriege beim Städtekampf im Kunstturnen (Oktober 1931)

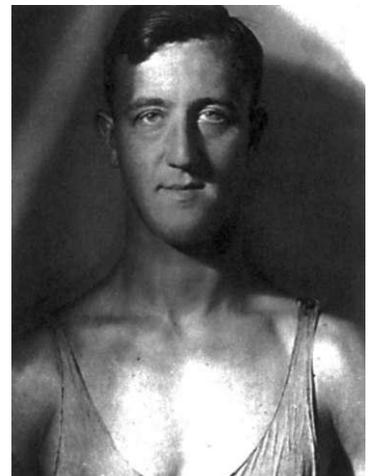


Hellas Magdeburg, Deutscher Wasserballmeister 1928

waren. Nationalen Zuspruch fanden die im Wilhelmsbad durchgeführten "Hellas-Schwimmfeste".<sup>355</sup> Der herausragende und populärste Magdeburger Sportler dieser Jahre war Erich (Ete) Rademacher. Zwischen 1919 und 1928 stellte er 25 Weltrekorde auf und wurde zweimal Europameister. Auf der Olympiade 1928 gewann Rademacher eine Gold- und eine Silbermedaille. Die Hellas-Schwimmerin Hilde Schröder holte ebenfalls olympisches Gold in die Elbestadt.<sup>356</sup> Trotz eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten förderten die Magdeburger Stadtväter den Sport. Es wurden Bürgschaften für die von Vereinen bei der Stadtparkasse beantragten Kredite übernommen. Auf städtischem Gelände - vor allem durch das Einebnen ehemaliger Festungsanlagen - angelegte Sportstätten verpachtete der Magistrat (Stadtamt für Leibes-

übungen) entsprechend den im Oktober 1926 verabschiedeten Richtlinien zu günstigen Konditionen an die Vereine. Dazu zählten Anlagen am Königsweg, Sedanring, Jahnplatz und auf den Seilerwiesen.<sup>357</sup> Im Rahmen von kommunalen Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose (produktive Erwerbslosenfürsorge) wurden weitere Spiel- und Sportstätten - so im Jahre 1930 an der Harsdorfer Straße und am Schöppensteg - gebaut.<sup>358</sup>

Magdeburg galt auch als "Stadt der Radfahrer". 1928 gab es im Polizeibezirk der Elbestadt 140.000 Fahrräder.<sup>359</sup> Im September 1929 wurden in einer Stunde an der Ecke Otto-von-Guericke-Straße/Kölner Straße 3.000 Fahrzeuge gezählt - davon waren 2.217 Fahrräder.<sup>360</sup> Wie kaum in einer anderen Großstadt entstanden in den zwanziger Jahren in und um Magdeburg viele Radfahrwege. Initiator war der "Magdeburger Verein für Radfahrwege". Dank seines Hauptausschusses unter dem Vorsitzenden Bischof wurde mit finanzieller Unterstützung der Stadt Jahr für Jahr das Wegenetz erweitert. Eine Karte von 1928 verdeutlicht die Ausdehnung bis Ranies, Burg, Niagripp, Heinrichsberg und Wolmirstedt. Im folgenden Jahr konnte der Deichweg nach Pretzien durch das Teilstück Pechau-Calenberge geschlossen werden.<sup>361</sup>



Schwimmidol "Ete" Rademacher



Hellas Magdeburg, Schwimmstaffel mit Rademacher, Benecke, Frölich, Kühne (von links)



Pferderennbahn Herrenkrug, Aufgang zu den Tribünen

Schon immer erfreute sich das Wandern großer Beliebtheit. Bekanntlich hatte die "Wandervogel-Bewegung" von Magdeburg ihren Ausgang genommen, als 1890 der Lehrer an der Guericke-Schule Professor Sträter den Schüler Hermann Hoffmann-Fölkersamb und mehrere Klassenkameraden inspirierte, in den Ferien die landschaftlichen Schönheiten der Heimat zu erwandern.<sup>362</sup> Nach dem Kriege knüpften Wanderfreunde hier an. Im Auftrage des "Allgemeinen Vereins zur Förderung der Jugendpflege" publizierte seit Beginn der zwanziger Jahre Dr. Otto Gerlach "Wanderblätter für die Umgebung Magdeburgs". Die ersten Hefte schlugen den Fußmarsch-Enthusiasten die folgenden Strecken vor: Elbwiesen-Weinberg; Körbelitz-Stege- litz-Möckern; Rotehorn-Kreuzhorst-Elbenau; Marienborn-Neuhaldensleben;



Königin Luise-Garten

Süldorf-Dodendorf-Frohser Berge.<sup>363</sup> Im Jahre 1927 gab es in Magdeburg 6 Wandervereine mit 2.134 Mitgliedern und 27 Schülerwandergruppen mit 1.474 Teilnehmern.<sup>364</sup>

Lebhaften Zuspruch fand bei den Magdeburgern das Pferderennen. Die im Herrenkrugpark gelegene idyllische Anlage zählte zu den schönsten in Deutschland. Nach der schweren Nachkriegszeit konnte seit 1924 der "Magdeburger Rennverein" - der 1931 sein 25jähriges Jubiläum feierte - jährlich wieder zwölf Renntage veranstalten.<sup>365</sup>

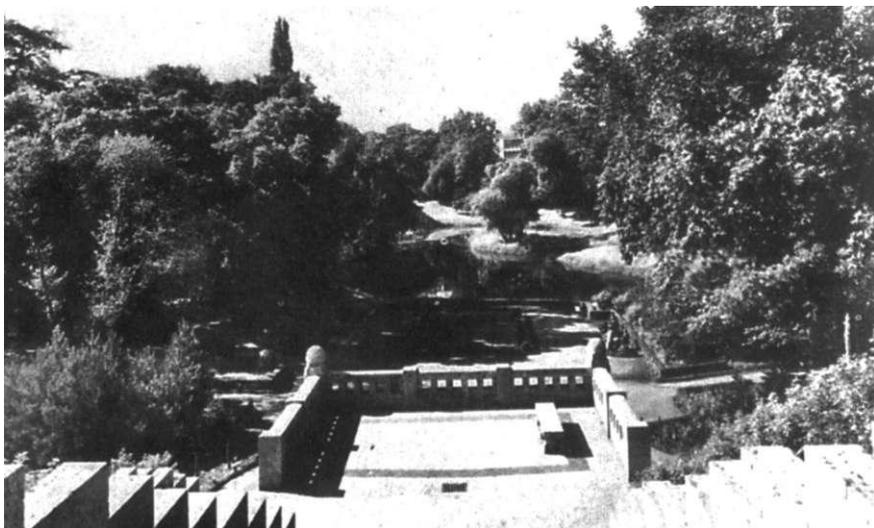
Große Bedeutung für die Erholung der Bürger hatten die bereits im vorigen Jahrhundert angelegten Parks und Grünanlagen. Entsprechend der dichten Bebauung während der Festungszeit waren im Stadtzentrum Bäume und

Sträucher rar. Die älteste aller Anlagen, "in der feierlichen Stille des Domgeländes liegend", war der Fürstenwall. Ihm schlossen sich südlich des Domes die ehemalige "Bastion Cleve" mit dem Ehrenmal für die Gefallenen der Kriege von 1866 und 1870/71 sowie dem Denkmal für Karl Friedrich Friesen an. Der von 1824 bis 1826 auf dem Gelände des früheren Klosters Berge nach Plänen des Königlichen Gartenbaudirektors Lenne angelegte Friedrich-Wilhelms-Garten war der erste städtische Volkspark Deutschlands. Im Laufe eines Jahrhunderts büßte das ursprünglich 33 ha große Areal durch Straßen- und Verkehrsbauten die Hälfte der Fläche ein.<sup>366</sup>

Mit dem Fall der Festungswerke ergaben sich für die städtischen Körperschaften neue Möglichkeiten der Anlage von Grünflächen. So kamen durch einen

Tausch mit den Staatsbehörden die "Bastion Preußen" und das Terrain des Königin-Luise-Gartens, der "Perle aller Stadtanlagen", in kommunale Hände.<sup>367</sup> Die Befestigungen an der Westseite der Altstadt wurden zu einem 4 km langen und 18 ha großen Grüngürtel - das Glacis - umgestaltet und damit eine lockere Verbindung zwischen dem Königin-Luise-Park und dem Friedrich-Wilhelms-Garten (seit 1922 Klosterberggarten) hergestellt.

Seit 1871 begann im Auftrage des Magistrats der Gartendirektor Niemeyer, die Grünflächen und Baumgruppen des südlichen Teils der zwischen den beiden Elbarmen gelegenen Insel zu einem Park (Rothornpark) zu gestalten.<sup>368</sup> In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entstand vor den Toren der Stadt auf



*Blick in den Klosterberggarten*



*Baumallee am Vogelgesang*

Einen gewissen Aufschwung nahm die Pflege der öffentlichen Anlagen im Hinblick auf die geplanten Ausstellungen. Man wollte in erster Linie den auswärtigen Besuchern imponieren. So lesen wir, daß anlässlich der Ausstellung 1922 die "Ausschmückung des Klosterberggartens" erfolgt sei. Gleichzeitig wurden die Grünanlagen an der Südseite des Domes, die Blumenrabatten am Gutenbergdenkmal und die Sternallee instandgesetzt.<sup>373</sup> Im Zusammenhang mit dem Bau des Südbrückenzuges und der Neugestaltung des Ausstellungsgeländes erhielten die Bepflanzungen zwischen Heinrich-Heine-Platz und Adolf-Mittag-See ein völlig verändertes Aussehen.<sup>374</sup> Es war das Bestreben der Gartenverwaltung, "den gärtnerischen und baulichen Anlagen das Gepräge von Groß-

dem östlichen Elbufer eines der beliebtesten Ausflugsziele der Magdeburger - der Herrenkrug. Der weiträumige Wiesenpark mit malerischen Baumgruppen ist der heimischen Elbauenlandschaft nachempfunden.<sup>369</sup> Nicht zuletzt muß noch auf den im Norden der Alten und Neuen Neustadt gelegenen Vogelgesang verwiesen werden.<sup>370</sup>

In dem Dezennium seit 1914 stand für die öffentlichen Anlagen und Gärten wenig Geld zur Verfügung. Alle Arbeiten blieben, wie es in einem Bericht hieß, "auf das äußerste beschränkt."<sup>371</sup> Nur mit Hilfe von Notstandstagewerken war es möglich, die Hauptwege einigermaßen in Ordnung zu halten. Die Bepflanzung der Blumenbeete unterblieb ganz. Kleintierhalter pachteten Wiesen und Rasenflächen zur Futtergewinnung.<sup>372</sup>



*Besucher auf dem Weg zur Dahlien- und Herbstblumenschau (September 1928)*

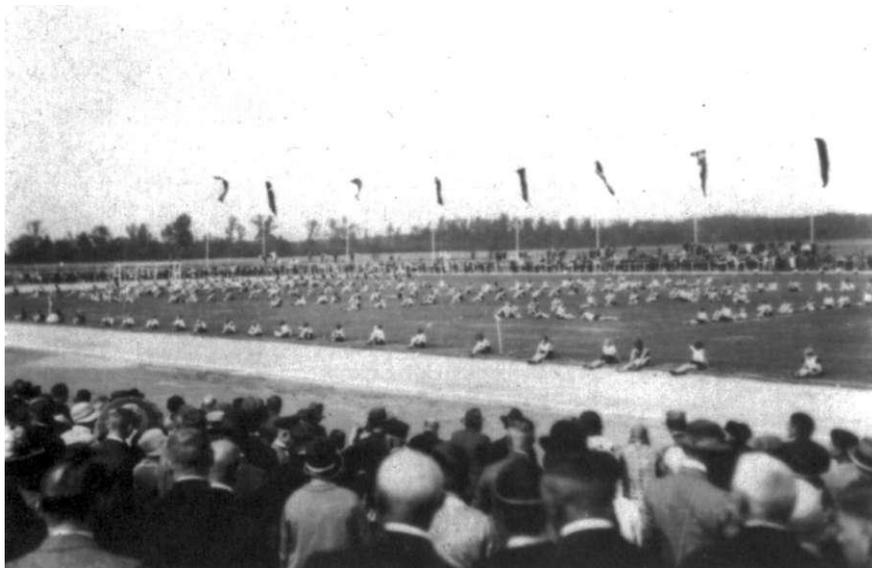


Kinderspielplatz mit Wasserbecken auf dem Gelände des Fort I

Stadtschmuckstücken zu verleihen....<sup>375</sup> Ab 1925, vor allem jedoch im Hinblick auf die Deutsche Theaterausstellung wurden alle Parks und Grünflächen "in vorkriegsmäßiger Weise" betreut und "aufs sorgsamste gepflegt".<sup>376</sup> Dabei schenkte man dem Rotehornpark und dem Klosterberggarten - dessen einhundertjähriges Bestehen im April 1925 festlich begangen wurde - besondere Aufmerksamkeit.<sup>377</sup>

Natürlich richteten sich die Mühen der Stadtväter um schöne Parks und Grünflächen nicht nur auf das Wohlwollen

der auswärtigen Besucher. Den Bürgern sollten erweiterte Möglichkeiten für Erholung und Entspannung geboten werden. Dabei spielte auch der Herrenkrug eine wichtige Rolle. Hier verfolgte man das Ziel, "den Wald mehr an die Stadt heranzubringen". In den Jahren 1924/25 wurden südlich der Eisenbahnstrecke nach Berlin - zwischen den Militärschießständen und dem Biederitzer Busch - 8 ha Acker mit Eichen aufgeforstet. Das Gebiet um die Pumpstation bepflanzte man mit Birken, die Einfriedung des Botanischen Gartens mit Kiefern, Akazien und Fichten. Ein Vogelschutzgehölz wurde angelegt.<sup>378</sup> Mittels Notstandsarbeiten entstand in den folgenden Jahren am Garnsee ein Volkspark mit Schießstand. Die Herrenkrugchaussee wurde ausgebaut und das Wegenetz (Fahr-, Reit-, Fuß-, Radfahrwege) bis zur Ehle fertiggestellt.<sup>379</sup>



Einweihung des "Stadion Neue Welt" (1930)

Bei Kriegsbeginn (1915) hatten die städtischen Körperschaften die Gelder für die Ausdehnung des Vogelgesangs bewilligt. Die zehn Hektar angekauften Landes wurden zunächst - "bis wieder geordnete Verhältnisse eingetreten sind" - als Gartenparzellen verpachtet.<sup>380</sup> Nachdem den Kleingärtnern gekündigt worden war, begann im Oktober 1925 der Ausbau der Anlage. Der Hauptweg vom Schöppenteg zum Park wurde instandgesetzt, die Schrote reguliert, weiterer Grund und Boden durch Aufschüttung des Geländes gewonnen. Alle Aktivitäten

waren auf die im August/September 1928 durchgeführte "Deutsche Dahlien- und Herbstblumenschau" gerichtet, deren Pracht 240.000 Blumenfreunde bewunderten.<sup>381</sup> 1927 begann die Stadt, den Nordfriedhof in einen Park umzuwandeln.<sup>382</sup>

Die großzügige Ausgestaltung der öffentlichen Anlagen war in erster Linie das Verdienst des Gartendirektors Wilhelm Lincke. Der engagierte Vertreter moderner Gartenarchitektur stand von 1904 bis 1931 in städtischen Diensten. Er hat sich mit der Verschönerung des Rotehornparks, des Herrenkrugs und Vogelgesangs ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Bislang ungenutzte Reserven für weitere Naherholungsgebiete lagen in den ehemaligen Festungsanlagen (12 Forts, 7 Zwischenwerke), die die Stadt in einem Gürtel umschlossen.<sup>383</sup> Die Befestigungen waren Eigentum des preußischen Staates. Obwohl seit Ende des vorigen Jahrhunderts militärisch völlig bedeutungslos, wollte sich - wie bereits das Beispiel der Zitadelle gezeigt hat - die Regierung nur schwer von ihrem Besitz trennen. Im Interesse des Allgemeinwohls bemühte sich die Stadt um die Pacht. Als im März 1925 für fünf Forts die Pachtverträge ausliefen, konnten neue Abschlüsse für zwölf Jahre nur für die Anlagen an der Leipziger Straße (Fort II) und bei Klein-Ottersleben (Fort III) erreicht werden, da die anderen Werke meistbietend ausgeschrieben wurden.<sup>384</sup> Ein Jahr später pachtete die Stadt die ehemaligen Forts I (südlich von Buckau) und VI (zwischen Ebendorf und Olvenstedt). Unverzüglich begann man, hier Sport- und Spielplätze anzulegen sowie die Grünanlagen für die Erholung der Menschen nutzbar zu machen.<sup>385</sup>

Eine immer populärere Form sinnvoller Freizeitgestaltung bildete für Arbeiter, Angestellte und Beamte der Kleingärten. Die Anfänge der Magdeburger Kleingartenbewegung reichen bis in die letzten Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Im Jahre 1900 hatte sich der Magistrat entschlossen, in den Kiehnebergen am Vogelgesang ein größeres Ackerstück in Kleingärten aufteilen zu lassen. In der Folgezeit entstanden an der Peripherie der einzelnen Stadtteile weitere Anlagen. 1910 waren bereits 19,35 ha Stadt- und Stiftungsland parzelliert. Die Pächter schlossen sich zu Vereinen zusammen.<sup>386</sup>

Nach dem Kriege setzte eine stürmische Entwicklung ein. Zwischen 1913 und 1924 vermehrte sich das Kleingartenland von 181 auf 598 ha. Am 1. Januar 1924 gab es 13.307 Kleingärten.<sup>387</sup> Die Bemühungen engagierter Vertreter des Kleingartenwesens, alle Vereine in einer Organisation zusammenzufassen, gehen in Magdeburg auf das Jahr 1919 zurück. Die "Arbeitsgemeinschaft der Schrebergärtenvereine Magdeburgs" versuchte den Zusammenschluß zu befördern. Im Jahre 1925 entstand der "Verband der Kleingärtner Magdeburgs e.V.", dem 73 Vereine mit 5.617 Mitgliedern, die 5.222 Kleingärten bewirtschafteten, angehörten. Über einen Kleingärtnerstag des Regierungsbezirkes Magdeburg im Jahre 1929 lesen wir in einer Publikation: "Die Stadthalle, die ca. 5.000 Personen Platz gewährte, war an beiden Abenden, an denen hochinteressante Fachvorträge gehalten wurden, voll besetzt. Eine Blumenschau, auf der in 6.000 Vasen Blumen aus Magdeburger Kleingärten gezeigt wurden, ließ erkennen, daß neben der Wirtschaftlichkeit auch Schönheit, Freude und Erholung im Kleingarten Platz gefunden hatten."<sup>388</sup>



Luftbildaufnahme "Stadion Neue Welt"

## Auf dem Weg zur Metropole Mitteldeutschlands?

Nach der schweren Nachkriegszeit zeichnete sich Mitte des Jahrzehnts ein allseitiger Aufschwung ab. Wenn in der Elbestadt die soziale Not der unteren Volksschichten auch weiterhin groß blieb, die Arbeitslosenzahlen nicht wie erhofft zurückgingen, so griffen doch zunehmend Optimismus und Tatbereitschaft um sich. Von der allgemeinen Aufbruchstimmung wurden sowohl die Repräsentanten von Wirtschaft, Handel und Verkehr als auch die Mitglieder der städtischen Körperschaften erfaßt. Den Zukunftsglauben vieler Ausdruck gebend, bezeichnete der Stadtverordnetenvorsteher Otto Baer 1926 als "ein Jahr starken Wollens".<sup>389</sup> Er erwartete von den Stadtverordneten einmütiges Handeln in dem Bestreben, "die Stadt Magdeburg zur wirklichen Provinzialhauptstadt werden zu lassen".<sup>390</sup> Ganz in diesem Sinne war der Oberbürgermeister aktiv geworden. In einer vielbeachteten Rede im provinziälsächsischen Landtag hatte Beims am 18. März 1926 die staatliche Zerrissenheit des mitteldeutschen Raumes und deren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung beklagt und von der preußischen Regierung eine Änderung des Zustandes angemahnt. Bei einmütiger Zustimmung des Landtages verlangte das Magdeburger Stadtoberhaupt, Mitteldeutschland entsprechend den herangereiften Erfordernissen politisch, wirtschaftlich und verkehrsgemäß neu zu gestalten, um so dessen Entwicklungschancen im Vergleich mit den anderen Territorien zu erhöhen.<sup>391</sup> Im Rahmen der allseits diskutierten

Reichsreform - die ein Aufbrechen der historisch gewachsenen territorialen Strukturen und die föderale Neuordnung entsprechend den Bedürfnissen des 20. Jahrhunderts im Auge hatte - war mit dem Vorstoß von Beims die sogenannte "Mitteldeutschlandfrage" zum öffentlichen Thema gemacht worden. Sie wurde von Politikern, Vertretern der Wirtschaft und von Wissenschaftlern aufgegriffen. Dabei ging es zum einen um die exakte territoriale Bestimmung des mitteldeutschen Raumes, zum anderen um die Fixierung eines oder mehrerer politisch-kultureller, verkehrsgeographischer und wirtschaftlicher Zentren. Es waren kleinemitteldeutsche (Provinz Sachsen, Anhalt) und großmitteldeutsche Lösungen (Anhalt, Braunschweig, Provinz Sachsen, Sachsen, Thüringen) im Gespräch.<sup>392</sup> Unterschiedliche Interessen der verschiedenen mitteldeutschen Länder und Regionen fanden in divergierenden Ansichten über die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Gebiete und über die zukünftige Metropole ihren Niederschlag. Der mündliche und schriftliche Gedankenaustausch erwärmte zudem "alte Rivalitäten", so um die Provinzhauptstadt zwischen Halle und Magdeburg. In einer Publikation hieß es: "Wenn die Alternative Magdeburg oder Halle überhaupt gestellt wird, so ist weiter von ausschlaggebender Bedeutung, daß Halle inmitten der Braunkohlenschätze liegt und damit weit günstigere Bedingungen für die industrielle Entwicklung eines Hinterlandes gegeben sind, als sie Magdeburg hat. Diese Hinweise allein genügen, um erkennen zu lassen, daß ... ein mitteldeutsches Wirtschaftsgebiet in der Ausdehnung Anhalt und Provinz Sachsen mit Magdeburg als Zentrale nicht haltbar ist."<sup>393</sup> Das wurde in der Elbestadt jedoch ganz anders gesehen! Mit seiner Forderung verfocht Beims als engagierter Landespolitiker die Belange des Territoriums, gleichzeitig jedoch als Oberbürgermeister die Zukunftschancen Magdeburgs. In einem politisch neu geordneten und vergrößerten Wirtschaftsraum sollte die Stadt aufgrund ihrer ökonomischen Kraft und der sehr günstigen verkehrsgeographischen Lage zukünftig eine viel bedeutendere Rolle spielen. Über den weiteren Ausbau als unbestrittene Provinzhauptstadt war ihr langfristig die Stellung als Metropole in der nördlichen Hälfte des gesamten mitteldeutschen Raumes zugeordnet. In dieser Frage wußte Beims sich eins mit den Repräsentanten der kommunalen Politik und der Wirtschafts- und Handelskreise Magdeburgs. Schon seit Ende des Krieges bezeichneten sich in der Elbestadt angesiedelte Institutionen und Organisationen als mitteldeutsch - Mitteldeutsche Ausstellungsgesellschaft, Mitteldeutscher Verkehrsverband - und unterstrichen damit die von ihnen angestrebte territoriale Rolle. Das gewachsene Magdeburger Selbstbewußtsein zeigte sich in vielfacher Hinsicht. In einer vom Magistrat 1927 herausgegebenen Schrift, die alle Vorzüge der Kommune gebührend herausstellen sollte, war das erste Kapitel mit "Die Hauptstadt Mitteldeutschlands" überschrieben.<sup>394</sup> Eine derartige Selbstüberschätzung fußte natürlich auch auf dem in den zwanziger Jahren bisher Erreichten. Nun wollte man sich weiter gefaßte Ziele stellen. In erster Linie ging es darum, die Grundlagen für den Bevölkerungs- und Wirtschaftszuwachs zu schaffen. Der unter Leitung von Stadtbaurat Taut vom Stadterweiterungsamt erarbeitete General-siedlungsplan war bis 1927 mehrfach modifiziert worden. Das Dokument und die von Stadtbaurat Gödelitz 1928 herausgegebene Stadtbauordnung schrieben die Grundzüge der Stadtentwicklung für die kommenden Jahrzehnte fest. Dabei wurde eine "klare Gliederung... nach Stätten der Arbeit, des Wohnens und der Gesunderhaltung" ins Auge gefaßt.<sup>395</sup> Mittels umfangreicher Erweiterungen, so unter anderem durch Einbeziehung der unmittelbar an der Peripherie Magdeburgs ge-



Kaufhaus Barasch, Breiter Weg



*Katharinenkirche*

legen Ortschaften, sowie durch die vorgesehene Eingemeindung von Barleben, Biederitz und Heyrothsberge sollten nun großflächige Siedlungsräume und Wirtschaftsstandorte entstehen. Der Ausbau der Elbmetropole zu einer Kommune mit 700.000 Einwohnern wurde anvisiert.<sup>396</sup>

Fußend auf diesen Plänen verfolgten die Stadtväter seit 1927/28 das Projekt "Groß Magdeburg". Dabei richtete sich zunächst der Blick auf die südlich der Stadt gelegenen Orte Frohse, Schönebeck und Salzelmen. Eile war geboten, da der Schönebecker Magistrat mit Unterstützung des Regierungspräsidenten die Absicht verfolgte, im Gegensatz zu den Magdeburger Wünschen die drei Kommunen zu einer eigenständigen Mittelstadt zusammenzuführen. So wurde aufgrund des Schönebecker Widerstandes der Abschluß von Eingemeindungsverträgen zwischen der Stadt Magdeburg und dem Magistrat der Stadt Bad Salzelmen bzw. dem Bürgermeister von Frohse immer wieder hinausgezögert.<sup>397</sup> Als letztlich die Stadtverordnetenversammlung im April 1929 einer Einigung mit Frohse zustimmte<sup>398</sup>, fand der Vertrag bei den zuständigen preußischen Behörden keine Bestätigung. Der Plan eines "Groß Magdeburg" erlitt einen herben Rückschlag.

Ein weiteres Feld kommunalpolitischer Bemühungen, die in die Vorkriegszeit zurückreichten, war, das im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten bestehende Defizit als Ausstellungs- und Kongreßzentrum auszugleichen. Unmittelbar nach Kriegsende ergriff der Vorsitzende des "Verkehrs-Verein e.V. Magde-

burg" und Stadtverordnete Carl Miller die Initiative. Er und auch andere Abgeordnete beantragten 1919 im Stadtparlament, feste Baulichkeiten für eine zukünftige Magdeburger Großmesse zu errichten. Sie wurden in ihrem Verlangen durch den Erfolg, den eine Wanderausstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte bei den Elbestädtern und den Menschen des Umlandes gefunden hatte, bestärkt. Im Dezember 1919 stellte Miller im Stadtparlament den Antrag, im Rotehornpark eine Ausstellungshalle - die auch als provisorische Stadthalle genutzt werden sollte - zu bauen, um im kommenden Jahr eine "Mitteldeutsche Ausstellung für Siedelung, soziale Fürsorge und Arbeit" (Miama) durchzuführen. Der Vorschlag fand Zustimmung.<sup>399</sup> Es konstituierte sich ein vorbereitender Ausschuß. Ein Geschäftsführer wurde angestellt. Sowohl die politischen Widrigkeiten als auch die wirtschaftlich-soziale Notlage zögerten jedoch die Bereitstellung des benötigten Geldes hinaus. Erst im Dezember 1920 entstand die Ausstellungsgesellschaft. Das Verwaltungsgebäude und die Hallen wurden 1921/22 errichtet. Vom Juli bis Oktober 1922 fand dann in der Nähe des Adolf-Mittag-Sees die "Miama" statt.<sup>400</sup> Die gelungene Generalprobe eines eigenständigen Magdeburger Ausstellungswesens - auf der Miama 1922 wurden 64 Kongresse und Tagungen durchgeführt, prominentester Besucher war der Reichspräsident Friedrich Ebert - ermunterte die Stadt in den folgenden Jahren zu weiteren vielbeachteten Schauen, so "Allgemeine Nahrungs- und Genußmittelherstellung" (1923), "Gas, Wasser, Elektrizität" (1924), "Zucker" (1925), "Mitteldeutsche Handwerker-Ausstellung" (1925).



Eintrittskarte "Miama" 1922

Der neue Anziehungspunkt im Rotehornpark hatte sehr zum gewachsenen Ansehen der Stadt und für die Stärkung als Industriestandort und Handelsumschlagplatz beigetragen. Die von Jahr zu Jahr zunehmende Bedeutung der Expositionen bewog den Magistrat, das Ausstellungsgelände, das bislang einer Gesellschaft gehört hatte, zu erwerben - die Stadt besaß bereits den entscheidenden Kapitalanteil - und weiter

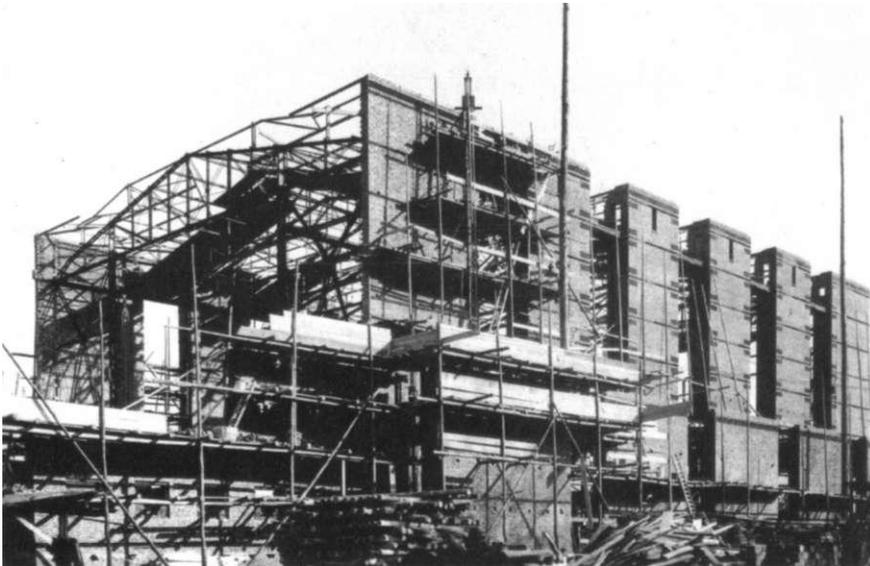
auszubauen. Das entsprach auch dem Interesse der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft, die bestrebt war, den Unterhalt der Anlage in städtische Hände zu geben. Bereits im Oktober 1922 hatte der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung die Einwilligung erhalten, Kurs auf die Übernahme des Ausstellungsparkes zu nehmen.<sup>401</sup> Im Februar 1925 kam der entsprechende Vertrag zustande.<sup>402</sup>

Aufbauend auf dem bisher Erreichten verfolgten die Stadtväter das Ziel, eine Ausstellung mit nationaler, ja mit internationaler Resonanz nach Magdeburg zu holen. Als der Verband deutscher Volksbühnenvereine 1925 anfragte, ob im kommenden Jahr die Durchführung einer Jahresversammlung möglich sei, ergriff der Präsident der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft, Carl Miller, die Gelegenheit beim Schopfe. Er schlug vor, die Tagung mit einer Ausstellung über das Theater zu verbinden.<sup>403</sup> Der

Gedanke wurde von der Leitung der Magdeburger Theater unterstützt. Man versprach sich davon wichtige Impulse für die eigenen Bühnen und steigende Besucherzahlen. Vor allem Schauspieloberregisseur Dr. Adolf Winds entwarf mit Eifer Pläne. Mitte Juni hatte er das Konzept für eine Ausstellung, die das gesamte Theaterwesen umfassen sollte, fertig. Ziel der angedachten Exposition sollte es auch sein, im deut-



Werbung für Magdeburg als Ausstellungsort



Bau der Stadthalle (1927)

schen Theaterleben die Stellung der "Provinz" gegenüber der Reichshauptstadt aufzubessern.<sup>404</sup>

Der rührige Präsident der Ausstellungsgesellschaft und die Theaterleitung liefen mit ihren Vorstellungen bei den Stadtvätern offene Türen ein. Nachdem am 10. August die Stadtverordnetenversammlung ein "Ja" signalisiert hatte, beschloß der Magistrat am 21. September 1925, die Ausstellung "Maske Magdeburg 1926" zu übernehmen. Dem Direktor der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, Professor Wilhelm Deffke, wurde die künstlerische und architektonische Gestaltung übertragen.<sup>405</sup>

Sorge bereitete ein würdiges Domizil. Nachdem ein Ausschuß die "Halle Land und Stadt" als nicht geeignet befunden hatte, blieb nur das Ausstellungsgelände. Anfang November 1925 bat die Ausstellungsgesellschaft - die den Rat führender Persönlichkeiten des deutschen Theaterlebens eingeholt hatte - den Magistrat, im Hinblick auf das anstehende Ereignis die Anlage am Adolf-Mittag-See eines grundlegenden Umbaus zu unterziehen.<sup>406</sup> Jedoch befand man sich bereits in einem zu großen Zeitverzug. Im Frühjahr 1926 zeichnete sich ab, daß

der Ausstellungstermin nicht gehalten werden konnte. Der außerordentlich befähigte Deffke wurde "ausgebootet". In einem vertraulichen Schreiben des Magistrats hieß es, die Theaterausstellung benötige ein Profil, das den provinziellen Charakter der bisherigen Veranstaltungen übersteige. Das zu errichtende baulich-künstlerische Ensemble müsse jeglicher Kritik standhalten können, und Magdeburg dürfe als Ausstellungsstadt



Ansteckabzeichen Theaterausstellung

keinen Schaden erleiden.<sup>407</sup> Die Planung des Gesamtprojektes wurde Professor Albinmüller - der Anfang des Jahrhunderts an der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule gelehrt hatte und seit April 1926 der Ausstellungsgesellschaft mit Rat und Tat zur Seite stand - aus Darmstadt übertragen. Ende Juli 1926 einigten sich Oberbürgermeister Beims und Magistratsbaurat Göderitz mit dem Architekten über die Gestaltung des Ausstellungsgeländes. Man entschloß sich, die seit langem geplante und von der Bevölkerung geforderte Stadthalle in das Projekt einzubeziehen. Es war gleichzeitig klar, daß der Ausstellungstermin um ein Jahr hinausgeschoben werden mußte. Trotzdem war Eile geboten. Nachdem im August die städtischen Körperschaften die finanziellen Mittel bewilligt hatten, konnte das Baubüro (10 Mitarbeiter) die Arbeit aufnehmen. Ziel war es, das Ausstellungsterrain "in großzügig-symmetrischer Weise, in einfach-wuchtiger Linienführung" neu zu gestalten.<sup>408</sup> Anfang September wurde mit der Stadthalle begonnen. Mitte Januar 1927 erging der Auftrag, die Arbeiten in Tag- und Nachtschichten bis zum Ausstellungsbeginn abzuschließen. Im Oktober 1926 hatte das ursprüngliche Konzept eine wesentliche Erweiterung erfahren. Als Wahrzeichen der Ausstellung wurde ein auf 89 Pfäh-



Theaterausstellungs-Plakat von Karl Schulpig



*Besucherandrang auf der Theaterausstellung*

len ruhender 60 Meter hoher Turm errichtet. Unter Nutzung der bereits von den Architekten Mebes und Taut gebauten, schräg gegeneinander gestellten Hallen entstand durch Erweiterungen ein sogenannter Ehrenhof, der im Norden durch das Pferdeter, im Westen durch die Stadthalle begrenzt wurde. In Richtung zum Adolf-Mittag-See erhob sich eine Versuchsbühne.<sup>409</sup>

Neben dem Baugeschehen stand die von Magistrat, Ausstellungsgesellschaft und Verkehrsverein in die Wege geleitete Öffentlichkeitsarbeit. National und international ausgerichtet erreichte sie im Vergleich mit allem Bisherigen eine völlig neue Qualität. Ende August/Anfang September 1926 nahmen ein Presseauschuß des Magistrats und die Presseabteilung der Theaterausstellung die Arbeit auf. Beide versorgten die natio-



*Ungebrochenes Interesse an der Theaterausstellung*



*Abendliches Fluidum der Theaterausstellung*

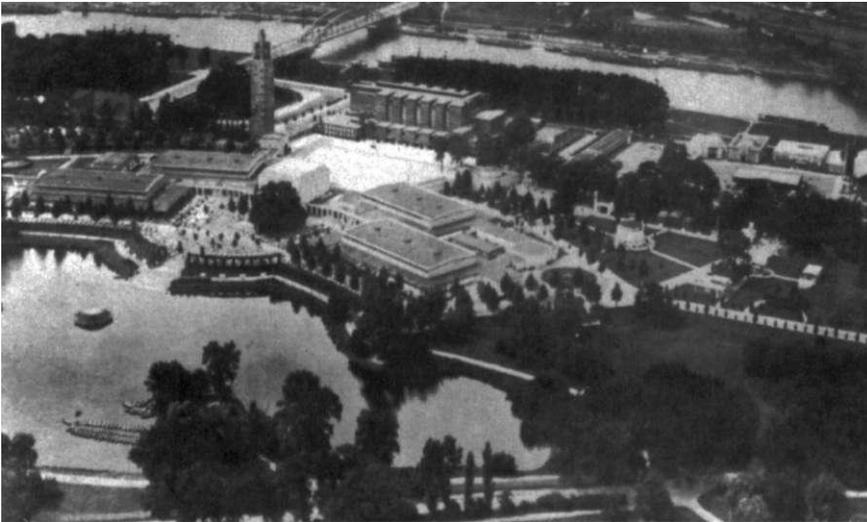
nale und internationale Presse mit Anzeigen und Berichten. Unter der Schriftleitung von Paul Alfred Merbach - der auch der "Wissenschaftlichen Abteilung" der Theaterausstellung vorstand - wurde das Organ der Theaterausstellung "Die Vierte Wand" ins Leben gerufen. Zwischen August 1926 und Oktober 1927 erschienen 22 Hefte.<sup>410</sup> Der im Oktober 1926 gegründete "Verein zur Förderung der Deutschen Theaterausstellung Magdeburg 1927" warb mit Vortragsabenden für das kommende Ereignis. Am 4. März 1927 luden Magistrat

und Ausstellungsleitung in Berlin die wirtschaftliche, künstlerische und wissenschaftliche "Prominenz" ein, um das Projekt zu erläutern. Warmherzig nahmen dort die Magdeburger die Rede des preußischen Kultusministers Professor Becker auf, der die bevorstehende Ausstellung nicht als lokales Ereignis, "sondern als deutsche Tat..." bezeichnete.<sup>411</sup>

Um Sponsoren zu gewinnen, suchte man gezielt Kontakte zur Industrie. Im gesamten Reich wurden zwölf Beratungsstellen eingerichtet, die geleitet vom Geschäftsführer der Ausstellungsgesellschaft, Wilhelm Koch, eine gezielte Werbung betrieben.

Mitte September erfolgte an die Grafiker und Künstler ein Aufruf, Entwürfe eines Plakates bzw. eines Symboles für die Theaterausstellung einzureichen. Aus zahlreichen Einsendungen - unter anderen von Lyonel Feininger und Johannes Molzahn - wurde der Vorschlag des Berliners Karl Schulpig ausgewählt. Das Plakat wurde in 325.000 Exemplaren gedruckt. Als Siegelmarke kamen acht Millionen Stück in Umlauf. Über eine Million Taschenkalender und Briefbögen, die das Signum der Theaterausstellung trugen, fanden Abnehmer.<sup>412</sup>

Die "Deutsche Theaterausstellung" - unbestritten der geistig-kulturelle Höhepunkt der Stadtgeschichte in der Weimarer Zeit - fand vom Mai bis September 1927 statt. Die Besucher konnten über 2.000 Exponate zum Theater und seiner Geschichte besichtigen. Daneben gab es mehrere Sonderausstellungen. Namhafte Künstler und Wissenschaftler hielten Vorträge. 207 Tagungen und Kongresse konnten durchgeführt werden. Es wurde Theater gespielt, musiziert, getanzt und gesungen. Persönlichkeiten des In- und Auslandes besuchten die Elbestadt. Die Presse berichtete ausführlich über das bedeutende Ereignis. In jenen Monaten empfand sich Magdeburg als ein europäisches "Kultur-Mekka". Bei den Offiziellen der Stadt herrschte Freude und Genugtuung. Ganz in diesem Sinne stellte Stadtverordentenvorsteher Otto Baer fest: Die "Magdebur-



Ausstellungsgelände im Rotehornpark

ger Theaterausstellung war ein Teil der Magdeburger Außenpolitik, die künftig in viel stärkerem Maße betrieben werden muß. ...<sup>413</sup> Im Rückblick auf das Jahr 1927 würdigte Oberbürgermeister Beims die ereignisreichen Monate, weil die Stadt dadurch wie nie zuvor international ins Gespräch gekommen sei.<sup>414</sup> Dank der Theaterausstellung hatte sich Magdeburg als ein mitteldeutsches Kongreß- und Ausstellungszentrum mit nationaler Ausstrahlung endgültig durchgesetzt. In den folgenden Jahren konnten weitere bedeutende Expositionen - so die "Hygiene-Ausstellung", die "Gewerbe-schau", die "Deutsche Woche", "Fotographie der Gegenwart", "Die Wohnung" - in den Rotehornpark geholt werden. Zum Renommee einer deutschen Großstadt gehörte nach dem ersten Weltkrieg die Einbindung in den sich stürmisch entwik-



Werbung für die Ausstellung "Deutsche Woche"

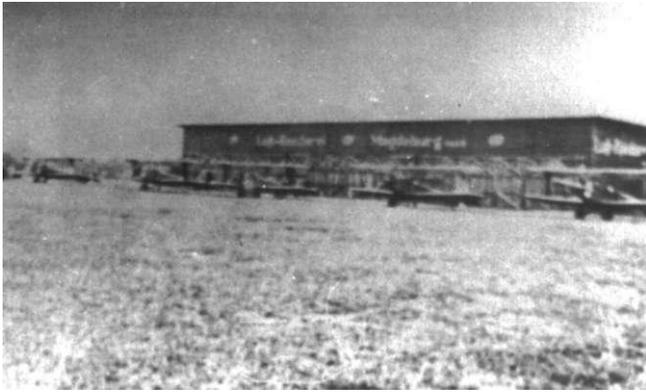


Vorfürungen bei der Ausstellung "Gewerbe-schau"

kelnden Luftverkehr. In der Geschichte der Anfänge der deutschen Fliegerei besaß Magdeburg dank der Leistungen von Hans Grade einen guten Namen. Nach dem Weggang des Flugpioniers wurde das Gelände auf dem Cracauer Anger weiterhin von seinen Schülern und Enthusiasten für Flugversuche genutzt.<sup>415</sup> Das allein genügte jedoch den an der Stärkung der Stellung Magdeburgs Interessierten nicht. Im Frühjahr 1919 forderte der Verkehrsverein die Stadtväter auf, einen Flughafen zu bauen. In der folgenden Stadtverordnetenversammlung (Mai 1919) stellte sich eine Gruppe Volksvertreter hinter die Initiative und beantragte, Magdeburg zum Luftverkehrsmittelpunkt zu entwickeln und schnellstens als Landungspunkt in bestehende und geplante Fluglinien einzu-

beziehen.<sup>416</sup> Der Magistrat sah Handlungsbedarf und bekundete bereits wenige Wochen später die Absicht, den Militärfiskus um die Anlage eines regulären Flugplatzes auf dem Großen Cracauer Anger zu bitten. Einem Bericht zufolge brachte das Rathaus der Fliegerei "das größte Interesse entgegen und versuchte auf jede Weise, dem Flugwesen eine Heimat zu bieten und der Stadt eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung im Flugverkehr zu sichern".<sup>417</sup> Der engagierte Carl Miller stellte den Antrag, um den Beitritt Magdeburgs in dem Verein für Flugplätze und Flugunternehmern nachzusuchen.<sup>418</sup>

Um das Gesamtanliegen zu befördern, überließ die Stadt der "Luftreederei Magdeburg G.m.b.H." das aus der Kriegszeit stammende Terrain. Die Luftreederei vereinbarte Ende 1920 mit dem "Deutschen Luft-Lloyd", die Elbestadt im Sommer-



Flugplatz auf dem Großen Cracauer Anger

flugplan (1. April - 31. Oktober) der kommenden Jahre als Landeplatz einer Luftpoststrecke (1921 Hamburg-Magdeburg-Leipzig-Dresden; 1922 Bremen-Hannover-Magdeburg-Leipzig-Dresden) einzubeziehen. Der "Haupthafen" Magdeburg wurde auch von Personen "eifrig benutzt".<sup>419</sup>

Nach der Flaute 1923 (kein Flugverkehr) bemühte sich die Luftreederei um einen Neuanfang. Dabei hatte sie bei der erhofften Einbindung in mehr Strecken die Ausweitung des Flugfeldes im Auge. Der Magistrat wurde von den Plänen in Kenntnis gesetzt und gebeten, den Flugplatz am Großen Cracauer Anger zu erweitern und dringend benötigte Gebäude errichten zu lassen.<sup>420</sup> Voraussetzung war eine Übereinkunft mit dem Eigentümer des Areals, der Militärverwaltung. Nach schwierigen Verhandlungen pachtete die Stadt Teile des Angers für 25 Jahre und konnte somit der Luftreederei das Nutzungsrecht der Anlage für

weitere zehn Jahre (bis 1934) verlängern und an den Ausbau gehen. Mit Hilfe von Notstandsarbeiten wurden 190.000 m<sup>2</sup> Fläche eingeebnet, eine Flugzeughalle und ein Bürogebäude errichtet.<sup>421</sup> Am 28. Juli 1925 weihte der Oberbürgermeister den Flughafen ein. Mit Optimismus sah man in die Zukunft.

Im selben Jahr bemühten sich Magdeburg, Dresden und Altona, in Zusammenarbeit mit der "Junkers-Luftverkehrs-A.G." eine Wasserflugstrecke ins Leben zu rufen, die von drei Maschinen befliegen werden sollte. An der breitesten Stelle der Elbe - Südspitze des Rotehornparks - wurde der Landeplatz eingerichtet. Am 10. August 1925 war Premiere. Das Projekt blieb jedoch aus wirtschaftlichen Gründen - in drei Monaten wurden 479 Passagiere befördert -, aber auch wegen der unzureichenden Größe der Landeflächen - die 1 Km<sup>2</sup> betragen mußte - Episode.<sup>422</sup>



Innenansicht der Flugzeughalle auf dem Großen Cracauer Anger



Wirtschaftsgebäude auf dem Flugplatz am Großen Cracauer Anger

Die "großen Flugjahre", an denen Magdeburg teilhatte, wurden 1926 mit den Routen Berlin-Köln (Subvention der Stadt Magdeburg: 68.925 RM) und Hamburg-Dresden (Subvention der Stadt Magdeburg: 50.813 RM) eingeläutet. Luftreederei und Magistrat waren mit diesem Angebot unzufrieden. In einem Bericht hieß es: "Dies [nur zwei Flugstrecken M.W.] lag hauptsächlich daran, daß die Stadt Magdeburg über keinen eigenen Flugplatz verfügte, sondern auf einen reichseigenen Platz angewiesen war, über den sie nur in beschränktem Umfang und auf Widerruf verfügen konnte. Ferner wurde im allgemeinen weniger auf die unbedingte Verkehrsnotwendigkeit Gewicht gelegt als auf die Höhe der von einigen Städten geleisteten Subventionen".<sup>423</sup> Die so begründete Unrentabilität wurde in den Sommerflugzeiten 1926 und 1927 deutlich, wo 533 bzw. 729 Flugzeuge planmäßig in Magdeburg

landeten und starteten. Aus ihnen stiegen 1926 297 Personen, 1927 718 Personen (Theaterausstellung!) aus, während vom Cracauer Anger 1926 292 Personen, 1927 566 Passagiere die Flugreise antraten.<sup>424</sup> Die Flugzeuge beförderten in erster Linie Fracht- unter anderen Blumen und Maschinenteile - und Post.<sup>425</sup>

Luftverkehr auf dem Flughafen Magdeburg in den Jahren 1926 bis 1930<sup>426</sup>

Jahr	Planmäßiger Flugverkehr			Außerplanmäßiger Flugverkehr
	Flugzeuge	Passagiere	Fracht (in t)	
<b>1926</b>				
Ankunft	533	297	3.794	701
Abflug	533	292	2.048	707
<b>1927</b>				
Ankunft	729	718	7.382	401
Abflug	727	566	4.558	399
<b>1928</b>				
Ankunft	703	699	6.714	290
Abflug	705	588	3.604	288
<b>1929</b>				
Ankunft	682	1.533	18.748	166
Abflug	682	1.607	18.905	166
<b>1930</b>				
Ankunft	710	1.578	20.916	228
Abflug	711	1.627	18.989	230

Der seit 1927 sich andeutende hoffnungsvolle Aufschwung bewog die städtischen Körperschaften zu Überlegungen, wie man die Einbindung der Kommune in günstige Flugstrecken ausweiten könne. Vorschläge der Deutschen Lufthansa, die sich vor allem auf den engeren mitteleutschen Raum bezogen, stießen beim Magistrat und dem Luftfahrtanschluß auf wenig Gegenliebe. Man wünschte Routen mit Anschlüssen nach London, Paris, Wien und München.<sup>427</sup> Die Stadtväter klagten, daß Magdeburg "bisher weder am innerdeutschen noch am europäischen Luftverkehr den ihr zukommenden Anteil" besäße, "auf die sie [die Stadt M.W.] nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als größte Stadt Mitteldeutschlands und als Provinzhauptstadt unter allen Umständen Anspruch" hätte.<sup>428</sup>

Zunächst stellte sich jedoch ein anderes Problem. Die Militärverwaltung verfolgte mit Sorge den Flugplatzausbau. Als schließlich der Magistrat vorschlug, den Exerzierplatz für die Soldaten vom Cracauer Anger auf die Rothenseer Wiesen zu verlegen, kündigte die Heeresverwaltung den Pachtvertrag für den Großen Cracauer Anger zum Jahresende 1927. Die Stadt erreichte lediglich die Zusage, bei Zahlung von 20.000,- RM Pachtzins den Flugplatz in der Sommersaison 1928 noch nutzen zu dürfen.<sup>429</sup> Gleichzeitig mußte man sich nach einem neuen Gelände umsehen. Es bot sich die Gelegenheit, das in den Gemarkungen Biederitz, Gübs und Cracau gelegene, 179 ha große Gut von Max Loburg (Heyrothsberge) zu erwerben. Im Juni 1927 lehnte jedoch das Stadtparlament eine diesbezügliche Magistratsvorlage mit dem Hinweis, daß das Flugfeld zu weit von der Stadt entfernt liegen würde, ab. Zu Recht bezeichnete der Magistrat es als unmöglich, westlich der Elbe

sei.<sup>430</sup> Wenige Monate später stimmten die Stadtverordneten dem Gutskauf östlich der Elbe zu. Unverzüglich begannen an der Berliner Chaussee vor dem Umflutkanal auf einer Fläche von 61 ha die Arbeiten am zukünftigen städtischen Flugplatz.<sup>431</sup> Bis zum Herbst 1928 wurden 1 Million m<sup>2</sup> Land eingeebnet und eine Fläche von 640.000 m<sup>2</sup> planiert und besät.<sup>432</sup>

Für die Anlage des neuen Flugplatzes reichten die kommunalen Finanzen nicht aus. Das Reich, der Staat Preußen, die Provinz Sachsen sowie die Industrie- und Handelskammer Magdeburg beteiligten sich an den 470.000,- RM (davon Magdeburg 285.000,- RM) Stammkapital.<sup>433</sup> Dafür erhielten sie im Aufsichtsrat der "Magdeburger Flughafengesellschaft m.b.H.", zu der die Luftreederei - die 1926 in den Besitz der Stadt übergegangen war - umgewandelt wurde, Sitz und Stimme.<sup>434</sup>

Der Flughafenbau hatte in der Stadt eine neue "Luftfahrt-Euphorie" ausgelöst. 1928 landeten vier planmäßige Linien. Aber bereits bei der Einweihung am 25. Mai 1929 gab es vor dem Hintergrund der wirtschaftlich-sozialen Probleme auch skeptische Stimmen. So bekannte der Oberbürgermeister, die Stadt sei an das Projekt nur ungern herangegangen, da von dem Flugverkehr in den kommenden Jahren kein Nutzen für die Kommune zu erwarten sei.<sup>435</sup> Nach der Inbetriebnahme der neuen Magdeburger Attraktion schien sich der Pessimismus nicht zu bestätigen. Die Elbestadt war 1929 in drei Linien eingebunden.

Beteiligung der Stadt Magdeburg am planmäßigen Sommerflugverkehr in den Jahren 1921 bis 1932<sup>436</sup>

Jahr	Flugstrecke (Sommerflugplan)
1921	Hamburg-Magdeburg-Leipzig-Dresden
1922	Bremen-Hannover-Magdeburg-Leipzig-Dresden
1925	Altona-Magdeburg-Dresden (August bis November)
1926	Hamburg-Magdeburg-Halle-Leipzig-Dresden Berlin-Magdeburg-Kassel-Köln
1927	Hamburg-Magdeburg-Halle/Leipzig Berlin-Magdeburg-Kassel-Köln Magdeburg-Braunschweig-Hannover
1928	Berlin-Magdeburg-Kassel-Köln Magdeburg-Halle/Leipzig-München Magdeburg-Braunschweig-Hannover Magdeburg-Erfurt
1929	Hamburg-Magdeburg-Halle/Leipzig-München Berlin-Magdeburg-Kassel-Köln Bremen-Hannover-Magdeburg-Berlin
1930	Hamburg-Magdeburg-Halle/Leipzig Berlin-Magdeburg-Hannover-Köln
1931	Hamburg-Magdeburg-Halle/Leipzig
1932	Hamburg-Magdeburg-Halle/Leipzig

Der neuerliche Aufschwung der Jahre 1928/29 sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein, vor allem, weil die Unterhaltskosten für den Flughafen und die den Fluggesellschaften zu



Luftschiff "Graf Zeppelin" über Magdeburg

zahlenden Zuschüsse laufend stiegen. Unter dem Eindruck der schnell zunehmenden kommunalen Ausgaben für die Wohlfahrtspflege mahnte Anfang 1930 Otto Baer, die deutschen Städte sollten endlich den Ehrgeiz aufgeben, sich mit sehr hohen Geldbeträgen die Beteiligung am Flugverkehr zu erkaufen. Der Stadtverordnetenvorsteher forderte, daß Magdeburg alle eingegangenen Verträge lösen und so jährlich 150.000 RM sparen solle.<sup>437</sup>

Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen machten die Einbindung der Stadt in die Fluglinien immer schwieriger. Hatte sie sich im Sommer 1930 noch an zwei Routen beteiligt, so konnte danach - wie es in einem Magistratsbericht hieß - der "planmäßige Luftverkehr... wegen Mangels an Mitteln im laufenden Geschäftsjahr nur auf der Strecke 122 [Hamburg-Halle/Leipzig M.W.] durchgeführt werden".<sup>438</sup> Magdeburg war gerade noch in der Lage, die stark gekürzten Subventionen für den Flugverkehr (1925 145.000,- RM; 1929 142.000,- RM; 1930 48.000,- RM; 1931 25.000,- RM; 1932 12.400,- RM) in Raten zu zahlen.<sup>439</sup> Klagen über das Zurückbleiben im Vergleich mit den "Provinz-Konkurrenten" Halle (1931 in 11 Fluglinien eingebunden) und Erfurt (1931 in 3 Fluglinien eingebunden) halfen nichts.<sup>440</sup> Die leere Kämmereikasse forderte ihren Tribut. Das übergroße Flugfeld im Osten der Stadt verödete. Auf dem Höhepunkt der Krise 1932 hieß es: "Die laufenden Verwaltungskosten wurden der fortschreitenden Wirtschaftsnotlage entsprechend weiter eingeschränkt ...".<sup>441</sup>

Wenn auch die Teilhabe am nationalen Flugverkehr in der Weimarer Zeit bescheiden blieb, so machte sich die Stadt in Fortsetzung des Wirkens von Hans Grade als Standort anerkannter Fliegerschulen einen Namen. Die im Mai 1925 von der Luftreederei eingerichtete Aus-

bildungsstätte entwickelte sich schnell zur besten Fliegerschule Deutschlands.<sup>442</sup> Etwa 30 bis 40 Flugschüler wurden vom Fluglehrer Meyer mit den Geheimnissen des Fliegens vertraut gemacht. Aufgrund des Drängens der Siegermächte des ersten Weltkrieges mußten die Pilotenausbildung in Deutschland gedrosselt und die Zahl der Fliegerschulen verringert werden. Daher wurde am 2. August 1926 die Magdeburger Fliegerschule nach Staaken bei Berlin verlegt. Einen Tag zuvor hatten sich Ausbilder und Schüler mit einem großen Schaufliegen von den Magdeburgern verabschiedet.<sup>443</sup> Im Frühjahr 1931 nahm eine privat betriebene "Magdeburger Fliegerschule" die Tätigkeit auf. Sie führte beispielsweise im ersten Jahr ihres Bestehens 3.908 Schulflüge und 784 Platz- und Rundflüge durch.<sup>444</sup>

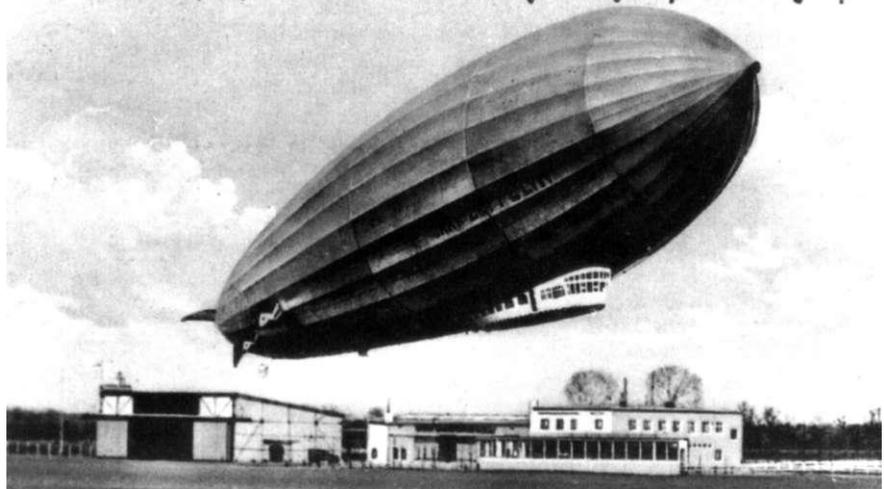
Reges Interesse am Magdeburger Start- und Landeplatz hatten auch die flugsportlichen Vereine. So mietete sich 1927 der "Verein für Segel- und Modell-

flugsport" ein. Die ersten in den Dienst gestellten Segelflugszeuge wurden "Elbvogel" und "Otto von Guericke" getauft.<sup>445</sup> Der Segelflug bildete eine feste Größe des flugsportlichen Geschehens, beispielsweise 1932 mit 2.000 Starts und Landungen.<sup>446</sup>

Zu einem Höhepunkt auf dem Fluggelände wurde der 7. Juni 1931. Seit den Vormittagsstunden bewegten sich 3.000 Autos und 100.000 Menschen zum Volksflugtag in Richtung Berliner Chaussee. Um 18.00 Uhr des ergebnisreichen Sonntags kam und landete das sehnsüchtig erwartete Luftschiff "Graf Zeppelin".<sup>447</sup>

Im Mai 1929 konnte der von Hermann Beims geführte Magistrat auf eine zehnjährige kommunalpolitische Tätigkeit zurückblicken. Wenn auch nicht alle Bemühungen - so die Über-

Luftschiff „Graf Zeppelin“ landet in Magdeburg auf dem Flughafen



Ansichtskarte zur Landung des Luftschiffes "Graf Zeppelin" am 7.6.31 auf dem Flugplatz an der Berliner Chaussee



Stadtrat Dr. Ernst Fresdorf

bauamtes das nationale und internationale Niveau mitbestimmt. Als beispielgebend konnte auch die insgesamt gute Zusammenarbeit der die einzelnen wirtschafts- und kommunalpolitischen Interessen vertretenden Kräfte in den städtischen Körperschaften und in anderen Gremien gelten. Sozialdemokraten und bürgerliche Politiker handelten oft gemeinsam zum Wohle der Kommune. Diese Aussage ist darum so wichtig, weil - wie Hermann Beims im Rückblick auf seine Amtszeit einschätzte - die Mehrheit der Magistratsmitglieder konservativ-traditionalistisch eingestellt war.<sup>450</sup> Unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung haben sich neben Oberbürgermeister Beims der Bürgermeister Paul (nach dessen Weggang aus Magdeburg seit 1927 Bürgermeister Prof. Dr. Landsberg), die Stadtschulräte Prof. Nordmann und



Stadtrat Dr. Siegfried Klewitz

Siedlung der Merseburger Provinzialbehörden an die Elbe<sup>448</sup> und die Eingemeindung von Schönebeck-Frohse-Salzelmen - von Erfolg gekrönt gewesen waren, so fiel die Bilanz insgesamt sehr positiv aus. In mehreren Publikationen wurden die erreichten Leistungen vorgestellt und gewürdigt.<sup>449</sup> Trotz vieler Widrigkeiten war die Entwicklung der Elbestadt gut verlaufen. Vor allem im modernen Wohnungsbau und in der Zweckarchitektur hatten die Mitarbeiter des Hoch-

Löscher, die Stadtbauräte Götsch und Göderitz, Stadtmedizinalrat Dr. Konitzer sowie aus dem Kreis der Stadträte Dr. Arnold, Dr. Fresdorf, Goldschmidt, Dr. Klewitz, Wittmaack und Dr. Zinserling Verdienste um das Wohl Magdeburgs erworben. In der Stadtverordnetenversammlung engagierten sich vor allem Männer wie Otto Baer, Kaufmann Carl Miller und Rechtsanwalt Dr. Georg Zehle für die städtischen Belange.

Das erfolgreiche kommunalpolitische Wirken unter maßgeblicher Beteiligung ihrer Mitglieder wür-

digte die sozialdemokratische Führung in Berlin mit der Vergabe des Reichsparteitages 1929 nach Magdeburg. Mit dem Büchlein "Die Rote Stadt im Roten Land" legten die Sozialdemokraten der Stadt Magdeburg und des Bezirkes Magdeburg-Anhalt vor den Parteitagsdelegierten gleichsam Rechenschaft über die zurückliegende Arbeit ab.<sup>451</sup> Der Verlauf des Parteitages (26.-31. Mai 1929) gab der heimischen Sozialdemokratie einen wichtigen Impuls für die im November anstehenden Stadtverordnetenwahlen.

Der erst im Oktober zögerlich einsetzende Wahlkampf verlief alles andere als stürmisch. Natürlich machten die einzelnen politischen Lager bei der Werbung um die Wählergunst gegeneinander Front. Um die "rote Vorherrschaft" im Rathaus und im Stadtparlament zu brechen, hatten sich DVP, DNVP und andere Gruppierungen zu einer "Bürgerlichen Einheitsliste" zusammengeschlossen. Den Sozialdemokraten wurde vorgehalten, die kommunalpolitischen Erfolge durch "Verschwendung der öffentlichen Mittel", durch Mißbrauch der bürgerlichen Steuergroschen erreicht zu haben.<sup>452</sup> "Unser gutes Steuergeld?", überschrieb die "Magdeburgische Zeitung" am Wahltag einen ganzseitigen Artikel und kritisierte noch einmal den "Polypen im Rathaus".<sup>453</sup> Besonders wurde den sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern unterstellt, sie hätten heimlich das Reichsbanner-Objekt "Stadion Neue Weif an der Berliner Chaussee finanziert."<sup>454</sup> Die lokalen bürgerlichen Zeitungen erklärten die Wahl zur "Schicksalsfrage" für Magdeburg. Am 17. November entschied sich jedoch die Mehrheit der Wähler für die Verantwortlichen der bisherigen Kommunalpolitik.

Ergebnis der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1929<sup>455</sup>

Parteien	Stimmen	Sitze
SPD	76.388	32
DDP	13.262	5
Zentrum	3.810	1
Bürgerliche Einheitsliste	44.813	18
Dt.-Völkische Freiheitsbewegung	4.576	1
NSDAP	9.205	3
KPD	16.727	7

Im Vergleich mit der letzten Kommunalwahl hatten die Sozialdemokraten ihre Stellung deutlich ausgebaut. Die seit 1919 bestehende Koalition mit der DDP konnte gestärkt weitergeführt werden. Den Extremisten am linken und rechten Spektrum war kein Zuwachs gelungen. Die Kommunisten hielten mit sieben Abgeordneten ihre bisherige Stellung. Erstmals zogen die Nazis mit drei Vertretern in das Stadtparlament ein. Für sie war es jedoch nicht einmal zusammen mit dem völkischen Abgeordneten möglich, eine Fraktion zu bilden. Ende 1929 schienen auch in Magdeburg die politischen Verhältnisse stabil.



Stadtverordnetenvorsteher Otto Baer

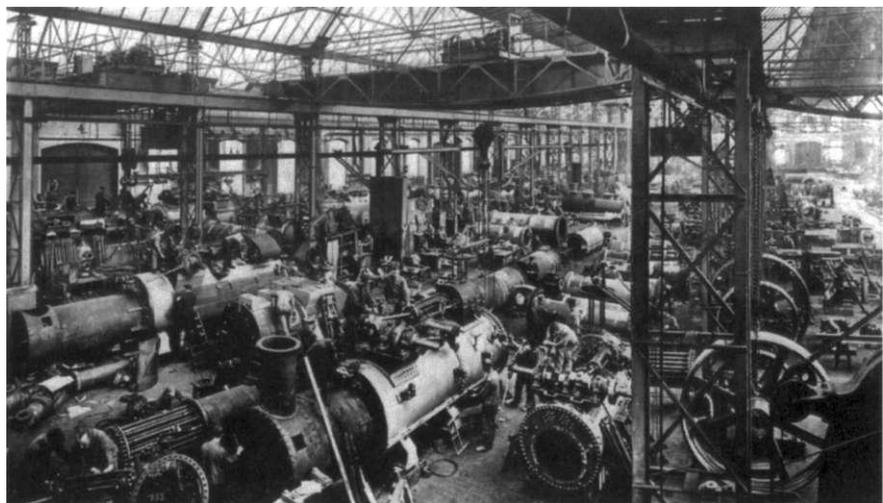


*Firma Krupp-Gruson AG. Magdeburg*

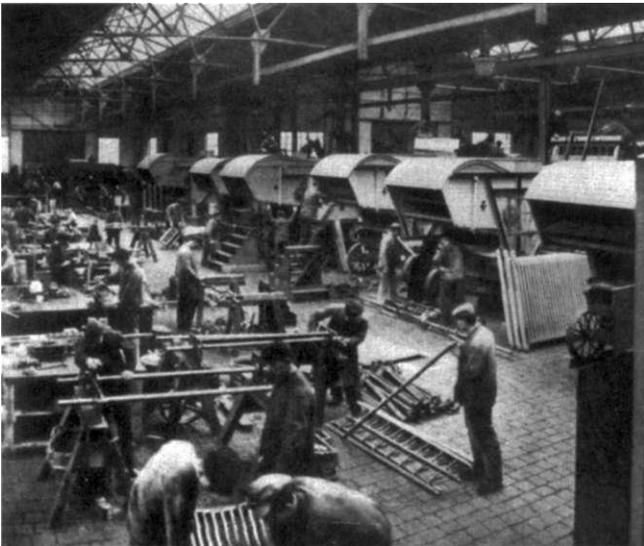
## Vergeblicher Widerstand gegen das Hineingleiten in die Krise

Hatte sich Magdeburg Mitte des Jahrzehnts im Aufbruch zu einer politisch-kulturellen Metropole Mitteldeutschlands und auf dem Weg zur führenden Industrieregion im Territorium gewöhnt, so sollten diese Hoffnungen und Illusionen nur von kurzer Dauer sein. Während die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands noch aufwärts verlief, ging es seit 1927/28 in der Elbestadt schon wieder bergab. Eine der wichtigsten Ursachen dafür lag in der einseitigen Struktur der Magdeburger Industrie. Sie war zum überwiegenden Maße auf Maschinen-, Apparate-, Meßtechnik- und Armaturenbau ausgerichtet. Die Wurzeln der vor allem im Süden und Südosten der Elbestadt beheimateten Großunternehmen (Krupp-Gruson, Maschinenfabrik Buckau R. Wolf, Schäffer & Budenberg, Maschinen- und Armaturenfabrik, vorm. C. Louis Strube, Polte) reichen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück. Im Juni 1925 arbeiteten von den 28.532 in der Metallindustrie Beschäftigten (19,7 % der berufstätigen Bevölkerung) 20.842 Magdeburger im Maschinenbau.<sup>456</sup> Die während des Krieges und in den folgenden Jahren unterbliebene Investitionstätigkeit hatte - international gesehen - zu einem Rückstand in der Produktionstechnik und damit auch zu abnehmenden Exportmöglichkeiten geführt. Um sich auf dem Welt-

markt behaupten zu können, war die auf Ausfuhr angewiesene Metallindustrie zu einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen, die einen spürbaren Arbeitsplatzabbau mit sich brachten, gezwungen. Dies alles verschärfte sich noch mit dem Ende der Nachkriegsprosperität und dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Es begann die schwerste Depression in der Geschichte der modernen Wirtschaft.



*Montagehallen der Maschinenfabrik Buckau R. Wolf*

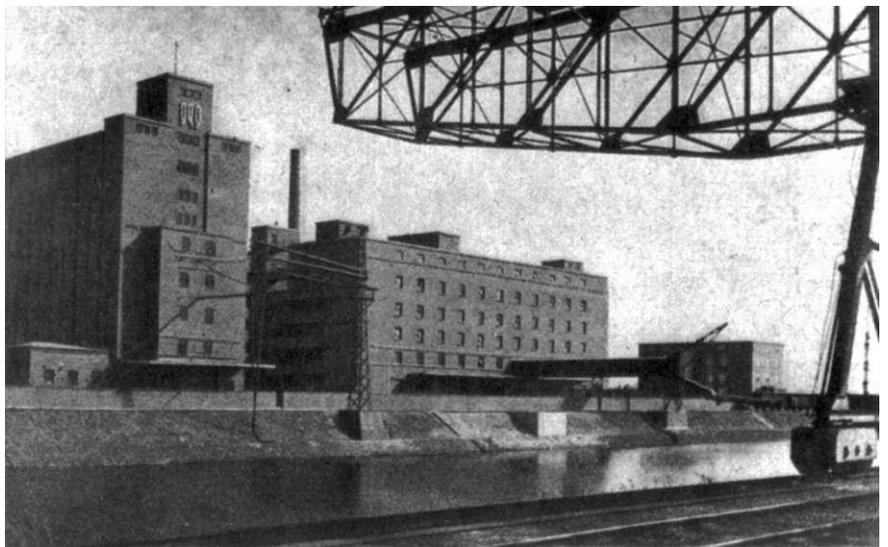


*Dreschkastenbau in der Maschinenfabrik Buckau R. Wolf*

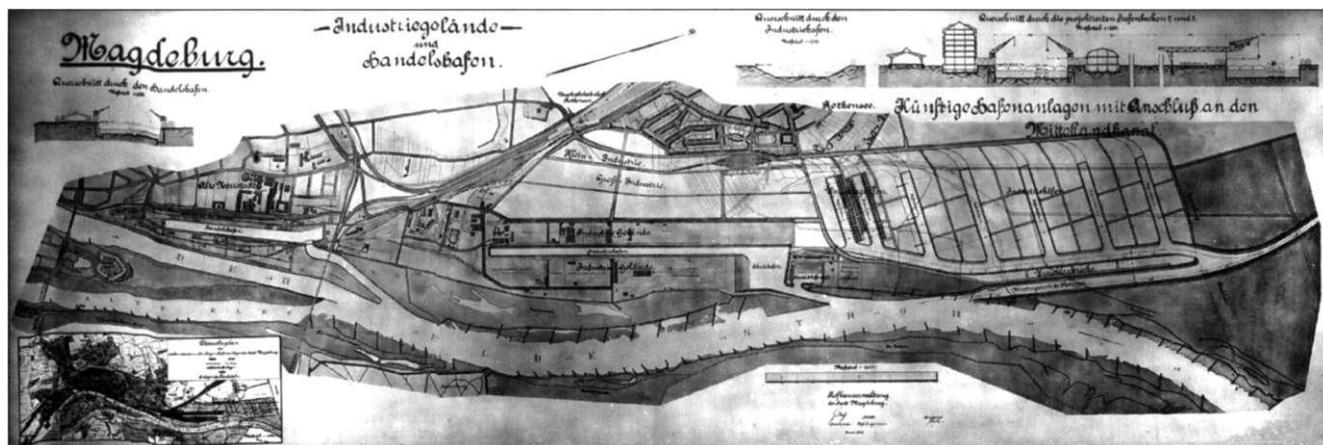
Die führenden Männer in der Kommunalpolitik verfolgten mit Sorge den zunehmenden Abschwung mit seinen Folgen. Im Verwaltungsbericht des Magistrats für das Rechnungsjahr April 1928/März 1929 wurden die Dinge beim Namen genannt. Es hieß: "Die schweren Lähmungen der Magdeburger Wirtschaft beginnen sich auszuwirken. Es erfolgte eine größere Zahl von Stilllegungen industrieller Anlagen, die alle Arten der gewerblichen Betriebe treffen. Besonders aber wird die ehemals so starke Lebensmittelindustrie betroffen. Zucker, Schokolade usw. zeigen große Verluste auf. Diese Erscheinungen verallgemeinern sich, und auch die alte, eingesessene Metallindustrie verliert eine Anzahl Mittelbetriebe. Die Folgen sind in den dauernd zunehmenden Erwerbslosenziffern, in den steigenden Wohlfahrtslasten und den sinkenden Steuereinnahmen zu sehen. Während andere deutsche Großstädte noch voll beschäftigt sind, hat Magdeburg bereits schwere Anzeichen der Wirtschaftskrise aufzuweisen".<sup>457</sup> Auf einer Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1929 stellte der Oberbürgermeister fest, daß der "Niedergang der Magdeburger Wirtschaft" nicht gestoppt werden konnte und "der Rückgang der Magdeburger Industrie... enorm" sei.<sup>458</sup> Bereits im Jahr zuvor hatte der Magistrat eine "Forschungsstelle für die Magdeburger Wirtschaft" - das Wirtschaftsamt - eingerichtet, der die Aufgabe übertragen wurde, die Ursachen des Abschwungs zu erkunden. Gestützt auf erste Erkenntnisse richteten sich die kommunalen Bemühungen neben der Unterstützung der vom Konkurs bedrohten Unternehmen vor allem darauf, das Industrieprofil durch die Ansiedlung neuer, zukunfts-trächtiger Firmen zu verbreitern, um aus der einseitigen Ausrichtung auf Metallverarbeitung herauszukommen. Dabei boten sich als Standort die weitgehend im städtischen Besitz befindliche Gemarkung Rothensee und ein Teil der Gemarkung Barleben, der im Geländeaustausch mit der Elbstromverwaltung erworben worden war, an. Erste Überlegungen im Bezug auf ein Großindustriegebiet im Norden der Stadt gingen bereits auf die Vorkriegszeit zurück.<sup>459</sup> Sie

erhielten in den zwanziger Jahren im Zusammenhang mit dem Mittellandkanal und der Anlage des Kanalhafens immer deutlichere Konturen.

In Fortsetzung des Rhein-Weser-Kanals wurde nach dem Weltkrieg der Bau des Teilstückes Hannover-Peine in Angriff genommen.<sup>460</sup> Über die weitere Linienführung gab es zunächst noch keine Entscheidung. Die Regierungen der interessierten deutschen Länder und die Vertreter der einzelnen Wirtschaftsregionen brachten ihre Vorstellungen ein. Bereits in den letzten Kriegsmonaten war in Magdeburg das Kanalproblem wieder verstärkt aufgegriffen worden. Anfang 1918 hieß es in einem Pressebericht, die Vollversammlung der Mitglieder der Handelskammer sei zu der Überzeugung gelangt, "daß die Mittellinie von den bisher geplanten Projekten des Kanals den Vorzug verdient".<sup>461</sup> Sieben Wochen später luden Magistrat und Handelskammer Vertreter hiesiger und auswärtiger Unternehmen, Institutionen und Vereine ein, um in Schrift - so wurde den Anwesenden eine Denkschrift, die den Magdeburger Standpunkt darlegte, übergeben - und Wort für ihr Mittellandkanal-Konzept zu werben.<sup>462</sup> An diese Position knüpfte 1919 Oberbürgermeister Beims und die neu gewählte Stadtverordnetenversammlung an. Die Repräsentanten der Magdeburger Politik und Wirtschaft schlugen vor, den Kanal in einer sogenannten Mittellinie von Peine über Oebisfelde bis zur Elbe zu führen. Diesen Standpunkt vertraten auch Preußen, Hamburg und Lübeck, während Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt die Südlinie über Staßfurt, Halle, Leipzig wünschten. Schließlich erreichte man im Jahre 1920 einen Vergleich. Danach sollte die Mittellinie ausgeführt werden. In der Vereinbarung vom März 1921 verpflichtete sich die Reichsregierung, zwei Drittel der zukünftig anfallenden Kosten zu übernehmen und den Kanalbau entsprechend den finanziellen Möglichkeiten zu betreiben. Ein Staatsvertrag vom Juli 1926 gab dafür die endgültige Grundlage. Drei Monate später erfolgte der erste Spatenstich für die Arbeiten zwischen Peine und Magdeburg.<sup>463</sup> Die in den folgenden Jahren nicht abreißen lassen finanziellen Sorgen ließen das Baugeschehen immer wieder ins Stocken geraten. Magdeburg, am zügigen Fortgang mit am meisten interessiert, mußte sowohl das Reich als auch den Staat Preußen wiederholt auf die Bereitstellung der erforderlichen Gelder drängen.<sup>464</sup>



*GEG-Mühle im Industriegelände (Inbetriebnahme 1927)*



Entwurf für den Ausbau des Industriegeländes und für die Erweiterung der Hafenanlage in Rothensee

Beim Abschluß der Kanal-Vereinbarungen war der Magistrat die Verpflichtung zum Ausbau des Hafengeländes, vor allem zur Anlage großer Hafenbecken in der Nähe des geplanten Elbabstiegkanals (Verbindung vom Mittellandkanal und Elbe) eingegangen. Der Großhafen rentierte sich für die Kommune nur bei der entsprechenden Zunahme des Warenumschs. Da derselbe in den bisherigen Hafenanlagen stagnierte, war die Ansiedlung von Unternehmen mit entsprechendem Brennstoff- und Materialbedarf unumgänglich. Die Magdeburger Stadtväter begriffen daher von Anfang an Hafenerweiterung und Schaffung des Industriereviers Rothensee als eine Einheit. Die Verwirklichung beider Projekte bildete für sie eine "Lebensfrage der Stadt".<sup>465</sup> Wenn sich die Kommune von der neuen Industrieansiedlung selbst handfeste Vorteile versprach, so wurden deren Wirkungsraum und Bedeutung bewußt als "mitteledeutsch" apostrophiert.

Anzahl der im Hafen Magdeburg abgefertigten Schiffe und Tonnage des Güterumschlags (1925-1931)<sup>466</sup>

Jahr	Zahl der abgefertigten Schiffe	Güterumschlag (in t)
1925	6.197	1.033.695
1926	6.239	1.080.498
1927	9.985	1.357.760
1928	11.822	1.477.340
1929	10.320	1.246.806
1930	10.514	1.346.186
1931	8.753	1.337.475

Im März 1929 stimmten die Stadtverordneten nach eingehender Debatte den Industrieverträgen zu. Danach sollten in den folgenden Jahren drei bedeutende Unternehmen (Großgaserei, Großkraftwerk, Zinkhütte der Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben) errichtet werden. Gleichzeitig wurde die "Mittellandkanal-Hafen Magdeburg AG" gegründet und mit einem Kapital von 6 Millionen RM (2,25 Millionen RM hatte die Stadt Magdeburg aufzubringen) ausgestattet.<sup>467</sup> Bereits 1928 war mit der "Deutschen Continental-Gasgesellschaft Dessau" die "Gasversorgung Magdeburg-Anhalt AG" (Gama-

nag) geschaffen worden.<sup>468</sup> Eine "Gaskokssyndikat A.G." verpflichtete sich, den in der Großgaserei zukünftig als Nebenprodukt anfallenden Koks zu verkaufen.<sup>469</sup>

Die Bauarbeiten an der nördlichen Stadtgrenze begannen zügig. Umfangreiche Erdbewegungen waren durchzuführen. Neben dem Ausheben des Abstiegkanals und der Hafenbecken mußte das 220 ha große Hafengelände hochwasserfrei aufgeschüttet werden. Dazu wurden 1930 auch 87.500 Notstandstagerwerke in Anspruch genommen.<sup>470</sup> Am 1. April 1931 konnten die neuen Hafenbecken der Bestimmung übergeben werden. Fortan brachten Elbschiffe über den Abstiegkanal Kohle zur Großgaserei.<sup>471</sup>

Die "Großgaserei Mitteldeutschland A.G. Magdeburg" war in einem reichlichen Jahr gebaut worden. Am 8. November 1930 begann die Gaserzeugung. Die "Gamanag" übernahm den Vertrieb. Bereits vor der Produktionsaufnahme der Großgaserei hatte sie Lieferungsverträge mit Aschersleben, Genthin und Wernigerode abgeschlossen. Ende 1931 stellten die Gaswerke in Schönebeck und Hecklingen die Eigenerzeugung ein. Auch Calbe und eine Reihe von Gemeinden in der Börde wurden versorgt. Hochdruckleitungen - 1932 hatte das Netz eine Länge von 413 km - führten über Dessau nach Wiederritzsch bei Leipzig, nach Staßfurt und in den Harz. Selbst im schweren Jahr 1932 konnte sich die "Gamanag" mit einem "krisenfesten Gasabsatz" behaupten. 151 Städte und Gemeinden mit ungefähr 1 Million Menschen bezogen Gas aus Magdeburg.<sup>472</sup> Während die kommunalen Körperschaften den Aktienanteil an der "Gamanag" hielten, stiegen sie im Juli 1932 aus der Beteiligung an der Großgaserei (2,45 Millionen RM Aktien) aus.<sup>473</sup>

Ein neues Elektrizitätswerk wurde aus zwei Gründen dringend gebraucht. Zum einen konnte - wie bereits oben dargelegt worden ist - nur so der ständig zunehmende Energiebedarf befriedigt werden. Außerdem benötigte die geplante Zinkhütte - über deren Ansiedlung die Stadt seit Ende 1928 in Verhandlungen stand - sehr viel elektrischen Strom, da das begehrte Metall auf elektrolytischem Wege gewonnen werden sollte. Anfang der dreißiger Jahre wurde von der "Mitteldeutschen Kraftwerk Magdeburg AG" (Mikramag) ein modernes Großkraftwerk, das mit Koks der Großgaserei und Steinkohle aus den oberschlesischen Gruben der Giesche-Bergwerksgesellschaft betrieben werden sollte, gebaut. Da die wirtschaftlichen Widrigkeiten die Grundsteinlegung für die Zinkhütte hinausschoben - sie erfolgte am 1. August 1933 - war es bei dem fehlenden Hauptabnehmer nicht möglich, das Kraftwerk sofort in Betrieb zu nehmen.<sup>474</sup>